

## DRINGLICHKEITSANTRÄGE

### 1) Projekt "Joanneumsviertel"

GRin. Dr. **Leb** stellt namens der ÖVP, SPÖ, KPÖ, Grünen und Gemeinderat Khull-Kholwald folgenden Dringlichkeitsantrag:

Dr. **Leb**: Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, meine Damen und Herren! Bei diesem dringlichen Antrag handelt es sich um das Projekt Joanneumsviertel und es freut mich, dass in diesem Haus wirklich fast alle der Meinung sind, dass wir uns für die Sanierung dieser bedeutenden Kultureinrichtung in unserer Stadt einsetzen sollen. Immerhin ist dieses Museum 1983 vom Europarat zum Europäischen Museum des Jahres ernannt worden und der Zustand der Haupthäuser, dass der nicht mehr den modernen Anforderungen entspricht, ist seit langem bekannt. Es gab einen ersten Masterplan im Jahre 1997 von Architekt Eisenköck damals schon, der aber nicht weiter verfolgt wurde und auch damals war schon klar, dass Zugänge für Behinderte fehlen, dass die Klimatechnik nicht in Ordnung ist und nicht mehr entspricht und die Fluchtwege nicht ausreichend in diesen Häusern vorhanden sind. Bis zur Feier des 200-jährigen Bestehens dieses ältesten Museums in Österreich, des Landesmuseums Joanneum, im Jahr 2011 besteht für die Generalsanierung der beiden ältesten Gebäude des Landesmuseums der bei weitem größte Investitionsbedarf. Konkret handelt es sich um das im Jahr 1811 bezogene Stammhaus in der Raubergasse 10 (erbaut 1665 – 1674 als St. Lamprechter Stiftshof) mit den wesentlichen naturwissenschaftlichen Sammlungen sowie das parallel dazu gelegene Museumsgebäude Neutorgasse 45, errichtet in den Jahren 1890 – 1898 als Kunstgewerbemuseum, das künftig die Sammlungen der Kulturgeschichtlichen Abteilung sowie das Bild- und Tonarchiv beherbergen soll.

Aufbauend auf städteplanerischen Überlegungen rund um diese beiden Museumsgebäude wurde gemeinsam mit Architekt Eisenköck von der Architektur Consult Gesellschaft Graz im Jahr 2005 unter dem Arbeitstitel „Museumsquadrant“ ein Masterplan auf Grundlage von Landesregierungsbeschlüssen in den Jahren 2004 und 2005 und Frau Landeshauptfrau Klasnic erstellt. Diesem gingen umfangreiche Bedarfsstudien für die Landesbibliothek und die Joanneums-Abteilungen voraus,

welche wiederum die Basis für alle weiteren Planungsschritte darstellen sollen. Diese umfassen die Generalsanierung der Objekte Raubergasse 10, Neutorgasse 45 sowie der im Rahmen des Joanneums 1811 mitbegründeten und 1894 erweiterten heutigen Landesbibliothek in der Kalchberggasse 2 sowie einen zwischen diesen beiden Gebäuden geplanten Tiefbau zur gemeinsamen Erschließung der Museen und der Bibliothek und zur Abdeckung des dringend notwendigen Depotbedarfs der Bibliothek und des Museums. Dieser Tiefspeicher war auch deshalb notwendig, weil der Denkmalschutz keine andere Verbauung der oberirdischen Teile zugelassen hat.

Insgesamt handelt es sich bei diesem Projekt „Joanneumsviertel“ um eine Sanierung, die ungefähr 57 % der Kosten beträgt und um einen Neubau, der in dem Fall, also dieser Tiefspeicher, gar nicht den Hauptkostenanteil darstellen wird.

Da die Finanzierung und Realisierung des Projektes die Kapazitäten des Landesmuseums Joanneum weit übersteigt, entschlossen sich die Steiermärkische Landesregierung, die landeseigene Landesimmobiliengesellschaft mit Finanzierung und Realisierung des dargestellten Projekts zu beauftragen, weshalb die Liegenschaft mit Jahreswechsel 2006/2007 an die LIG Steiermark verkauft wurde.

Nach EU-weiter Ausschreibung wurde in einem zweistufigen Verhandlungsverfahren schließlich das Projekt der Architekturbüros Nieto Sobejano/Madrid gemeinsam mit der eep/Graz zur Realisierung ausgewählt.

Dieses Projekt beschränkt sich darauf, mittels eines „mineralischen Teppichs“ unter Einbeziehung zeitgenössischer Kunst eine Abdeckung über den Tiefbau zu erreichen und eine moderne Piazza entstehen zu lassen. Von einem Zentrum aus können die Besucher und Besucherinnen sowohl in das Naturhistorische Museum in der Raubergasse als auch in das Kulturhistorische Museum in der Neutorgasse gelangen. Außerdem gewährt dieser Zubau auch die ordentliche Zulieferung von Kunstwerken, die jetzt nicht mehr gegeben ist und auch die Infrastruktur des Museums sollte da untergebracht sein (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*).

Derzeit wird das Gesamtprojekt einer Bedarfsprüfung durch den Landesrechnungshof unterzogen, aus der heraus sich aus Kostenüberlegungen noch

die eine oder andere Abänderung ergeben könnte. Da der künftige Tiefbaubereich im Areal der früheren Stadtbefestigung von Graz liegt, finden seit Herbst 2006 intensive archäologische Grabungen und Untersuchungen statt. Der Baubeginn des neuen Joanneumsviertels ist Ende 2008 vorgesehen.

Die Eröffnung des Kulturhistorischen Museums in der Neutorgasse einschließlich des unterirdischen Besucherzentrums oder Besucherinnenzentrums ist für Jahresmitte 2010 geplant, die Eröffnung des Naturhistorischen Museums sowie der neuen Landesbibliothek zu Jahresmitte 2011.

Für die Stadt Graz bietet dieses „Jahrhundertprojekt“ nicht nur die Chance, künftig einen der modernsten und internationalen Museumskomplexe beherbergen zu können. Das „Kunst- und Kulturprojekt Joanneumsviertel“ eröffnet grundsätzlich beispielhafte Möglichkeiten im Sinne der Stadtentwicklung im Zentrum des UNESCO-Weltkulturerbes der Grazer Altstadt – eine eindeutig städtebauliche Aufwertung der gesamten Grazer Innenstadt im Zuge dieser prioritären Aufgabe des Landes Steiermark. Kunst und Kultur werden mit diesen musealen Bauten einmal mehr zum bedeutsamen Standortfaktor für Graz. Die Umwegrentabilität für die Grazer Wirtschaft ist ebenso nachvollziehbar wie die Bedeutung des Projektes im Sinne der „Lebensqualitätsindikatoren“ dieses Stadtteils. Aus Sicht der Stadt wäre auch die Grünanlage und eine mögliche öffentliche Zugänglichkeit im Sinne von Stadtklima und „Sachprogramm Grünraum“ anzusprechen. Außerdem ist es natürlich eine Investition, die wir für unsere Jugend tätigen, denn durch ein schönes Naturhistorisches Museum könnte die Jugend wirklich Interesse für die naturwissenschaftliche Bildung erwerben und außerdem die zukünftigen Museumsbesucher.

Ich stelle daher namens der Gemeinderatsfraktionen von ÖVP, SPÖ, KPÖ, GRÜNEN und dem Gemeinderat Khull-Kohlwald nach den Vorberatungen im gemeinderätlichen Kulturausschuss im Sinne dieses Motivenberichts den

**dringlichen Antrag,**

der Gemeinderat der Stadt Graz begrüßt und befürwortet ausdrücklich das Kunst- und Kulturprojekt Joanneumsviertel. Daher ersucht der Gemeinderat das Land Steiermark dieses Projekt in der nun bekannten und präsentierten Form, nach Prüfung durch den Landesrechnungshof, umgehend umzusetzen, um das 200-jährige Jubiläum des Joanneums im Jahre 2011 in neuer Frische begehen zu können (*Applaus ÖVP*).

***Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 15.15 Uhr den Vorsitz.***

GR. Mag. **Korschelt** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Wir glauben, dass die Dringlichkeit nicht gegeben ist, denn als gebranntes Kind sozusagen scheuen wir das Feuer und glauben, dass gerade bei einem so großen Projekt, das sich doch wieder an die 15 Millionen Euro mindestens bewegt, vorab der Landesrechnungshof die Prüfung durchführen sollte und dann erst sollte über dieses Projekt diskutiert werden. Zum Inhaltlichen werde ich mir dann erlauben, auch noch Stellung zu nehmen.

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.***

GR. **Herper** zum Antrag: Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist wirklich ein Jahrhundertvorhaben im Herzen der Stadt. Gott sei Dank, weil wer selber durch das Joanneum geht, also den Gebäudekomplex sich anschaut, das ist weder dem heutigen Standard gemäß für das älteste und zweitgrößte Museum Österreichs, noch entspricht es den technischen und musealen Anforderungen der Heutzeit. Es ist einfach zusammengeflickt. Die Leitungen hängen heraußen, die Dinge im Dach sind einfach so an der Außenfassade, was inzwischen bereits nicht nur größere Schäden verursacht hat sondern auch inzwischen herabfallende Teile zur

Notsicherungen geführt haben. Die bestehende Klimaanlage ist keine und wenn man sich vorstellt, dass unser geistiger Reichtum, nämlich die Steiermärkische Landesbibliothek, mit knapp 686.000 Bücherbänden, davon 120.000 Bände Styriaca, 70.000 Manuskripte, ich brauche gar nicht aufzählen wie viele Blätter der Ex-Libris-Sammlung, 15.000 Mikrofilme entsprechender technischen und vor allem auch wartungsgemäßen Unterbringung bedürfen, gar keine Frage, schließlich ist die Geschichte unseres Landes hier dokumentiert, die ältesten Dokumente, ich denke nur an den Herzoghut des ersten steirischen Regenten, nämlich Ernst des Eisernen, bis zum Landschadenbundbecher und den Prunkwagen von 1452 sind dort ausgestellt. Es ist natürlich, auch schon eine 20-jährige Geschichte, Anne Marie Leb hat ja bereits darauf hingewiesen, wir haben inzwischen 20 Jahre von der ersten Raumbedarfserhebung her Entwürfe, Bebauungsstudien. Ich kann mich noch erinnern selber, Altlandeshauptmann Krainer hat bei der Ausstellung 180 Jahre Landesbibliothek in den 90er-Jahren vom Neubau der Landesbibliothek bis spätestens 2000 gesprochen, es gab immense Diplomarbeiten, studentische Projekte, Aufträge verschiedenster Kulturreferenten und unter Federführung der Landeshauptmannfrau Klasnic in den Jahren 2004/2005 entsprechende Landesregierungsbeschlüsse über ihre Initiative, um nun in der neuen Regierungsperiode, doch das Vorhaben das Museumsquartier neu als auch städtebaulich neuen Wurf für die Innenstadt, für das Weltkulturerbe des Masterplan, wie wir erst vor kurzem beschlossen haben, im Auftrag des Landes und mit Bezahlung des Landes durchführen zu lassen. Besonders freue ich mich, ich sage das auch ganz ausdrücklich, besonders freue ich mich, weil es ja nicht die Initiative vom Land ist, von der jetzigen Landesregierung, sondern weil es auch einen Sinneswandel, Gott sei Dank, Anne-Marie, Herr Bürgermeister, Herr Kulturstadtrat bei der Grazer ÖVP, gibt. Wir freuen uns darüber sehr, weil noch vor Wochen hat es nämlich anders getönt und wir hatten natürlich große Sorge, nicht nur wir, sondern auch das Kuratorium des Steiermärkischen Landesmuseums Joanneum, Altbürgermeister Alfred Stingl, Altkulturreferent Landeshauptmannstellvertreter Kurt Jungwirth und Dr. Franz Harnoncourt-Unverzagt haben ja in einem offenen Brief im März darauf hingewiesen. Du, Herr Bürgermeister, hast ja noch relativ hart im Februar gemeint, dies sei ein sündteures Prestigeobjekt, hast du gemeint. Ich zitiere dich in einem Artikel aus Graz im Bild, wo du gemeint hast, ein derartig teurer

Neubau ist ein Witz, Graz brauche kein Museumsquartier in dieser Größenordnung, da habe ich mir gedacht, jetzt schrillen die Alarmglocken...

***Zwischenruf Bgm. Mag. Nagl: Hast du das da?***

GR. **Herper:** Ich habe das da bitte, ich kann dir das gerne übergeben, da meint auch noch der Kulturreferent Werner Miedl damals, inzwischen ist bei ihm ein Lernprozess eingetreten, maliziös konstatiert er, wer soll dieses gigantische Projekt bezahlen, der freien Kulturszene geht das Geld aus und hier werden Unsummen für solche Großprojekte hinausgeschmissen. Wahlkampfleiter Werner Miedl hat inzwischen ja eingesehen, dass es doch nicht an der Zeit ist, sich dageganzustemmen, er meint jetzt, er hoffe auf einen letztlich positiven Ausgang, ich kann dich ja nur loben, weil er ein Fan der Landesbibliothek ist wie aller Bibliotheken in Graz. Der Bürgermeister hat, Gott sei Dank, auf Grund des Kuratoriumsbriefes auch ein Einsehen gehabt und die Grazer ÖVP auf diesen gemeinsamen Weg geführt.

***Zwischenruf GRin. Gesek: Wir haben halt einen fixen Bürgermeister.***

GR. **Herper:** Ich habe mich ja zwischendurch noch gewundert, als der Kollege Rinner, den ich ja schon aus der Kulturszene gut kannte, gemeinsam eine Aussendung gemacht hat, wo er meinte, dieses Projekt sei ja überhaupt dringendst zu überdenken. Und Klubobmann der ÖVP Drexler und der Universitätsprofessor Gerald Schöpfer haben in ihrem Antrag Ende April dieses Jahres noch gemeint in einem Entschließungsantrag, es geht ja nicht nur um Zweckmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit, Notwendigkeit, sondern man möge das gleich redimensionieren, Standort verlagern, zeitlich verschieben und überhaupt gar nicht durchführen.

Deswegen begrüße ich den offenen Brief und deswegen begrüße ich auch, lieber Herr Bürgermeister Siegfried Nagl, ob das so zitiert ist, ich weiß nicht, ich war aufgeschreckt, Alfred Stingl hat mich sofort angerufen und hat gemeint, wo ist die Stadt, wie steht sie dazu und ich bin froh, dass die ÖVP diesen Sinneswandel vorgenommen hat und dass wir heute zu einer gemeinsamen Beschlussfassung kommen. Wenn du fehlzitiert bist, dann bitte ich dies zu korrigieren, lieber Bürgermeister, weil wir haben uns schon wundern dürfen, dass es diese Aussagen in den letzten Wochen gegeben hat. Die gemeinsame Linie für dieses Projekt ist jetzt klar, wir ziehen an einem Strang, aber ich bitte, vielleicht diesen Nachdenkungsprozess in Zukunft abzukürzen und gleich mitzugehen. Danke (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich danke auch, wie du siehst, lese ich nicht immer alles, bin echt überrascht da drüber. Abgesehen davon, weil es mir als Bürgermeister von Graz nicht einfallen würde zu sagen, dass ich ein solches Projekt in Graz nicht will und wie du weißt, habe ich ganz bewusst den Herrn Pakesch und den Herrn Muchitsch in die Stadtregierung eingeladen, ich war derjenige, der eingeladen hat, um zu sagen, meine Herrschaften, es gilt kulturpolitisch aufzuzeigen; das, was mich generell stört ist nur, das sage ich schon auch dazu, dass wir permanent beim Land Steiermark vorstellig werden, vielleicht ist das aus dieser Richtung dann auch so geschrieben worden. Mich stört, dass wir in vielen Projekten beim Land Steiermark vorstellig werden und immer wieder abblitzen. Und die Verwunderung war schon groß, dass dann auf einmal 50 Millionen Euro aber quasi da waren und bei allen anderen Dingen kriegen wir nicht einmal gescheit Antworten und ich sage das auch vor allen und das tut einfach weh, weil wenn dann unsere Straßenprojekte, die wichtig sind, unsere Verkehrsprojekte, die wichtig sind, keine Antworten bekommen und, und, und, dann tut das weh. Ich distanziere mich, sage ich ganz klar, davon, ich freue mich, deswegen habe ich eingeladen, deswegen haben wir heute auch diesen Dringlichen gemacht, weil wir unser Joanneum, noch einmal, da brauche ich nicht viel dazu sagen, Frau Gemeinderätin hat alles vorgelesen, klar und deutlich gesagt, dass es eine einzigartige Institution in Mitteleuropa ist und die gehört ausgebaut, die

gehört gefördert und im Jubiläumsjahr wünsche ich mir auch, 2011, dass das passt und da gilt es etwas richtigzustellen. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Korschelt**: Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Klubobmann Herper hat das ja gezeigt, dass wir uns ja bis vor kurzem in gar nicht so schlechter Gesellschaft befunden haben. Natürlich werden jetzt wieder alle aufschreien und sagen, die FPÖ, und Korschelt insbesondere, die Ewig-Gestrigen, aber in dem Fall sind wir gerne die Ewig-Gestrigen, wenn es um 50 Millionen Euro geht, dann sollte man sich das doch sehr genau überlegen, und wie gesagt, der Stadtrechnungshofdirektor sitzt ja links von mir, ähnliche Diskussionen haben wir ja mit dem Kunsthaus auch erlebt, ich habe damals noch nicht die Ehre gehabt, diesem hohen Gemeinderat anzugehören, aber auch damals die große Euphorie, und inzwischen ist es etwas schon stiller geworden ums Kunsthaus und die Euphorie ist auch gewichen und vielleicht wird es auch in ein paar Jahren wird die große Euphorie die heute hier von Klubobmann Herper ja hauptsächlich erzeugt wurde, wird auch hier etwas weichen. Und wenn man sich auch die Kommentare in den Zeitungen anschaut, dann ist es ja auch nicht unbedingt so, dass hier alles große Jubel, Eitelkeit und Wonne ist und es wird ja auch hie und da von einem Kunstmal oder wie auch immer, Flecker, bezeichnet, die Kronen Zeitung schreibt ja sehr genau darüber und wir haben uns das eben zu Herzen genommen und gesagt, also man sollte ein so ein Projekt, wo es immerhin um 50 Millionen Euro geht, nicht so von einem Tag auf den anderen vom Zaun brechen. Und für uns war, und da muss ich sagen, natürlich kann man sagen, seid selber schuld, wenn ihr eine kleine Fraktion seid, aber für uns war es wieder ein typisches Lehrbeispiel, wobei man kann es hier sehen mit h oder zwei e, je nachdem, wie man hier mit Fraktionen hier im Haus umspringt. Mir wurde gestern um 15.00 Uhr der erste Entwurf dieses Dringlichkeitsantrages übermittelt. Nachdem ich unsere Kollegin Frick ja im Kulturausschuss vertreten darf, der Text war etwas anders als im dringlichen Antrag, als wie er heute dann eigentlich dann formuliert wurde, wurde dann groß verkündet, heute um 12.00 Uhr, sage und schreibe um 12.00 Uhr, also genau 30 Minuten vor Beginn der Gemeinderatssitzung ist die Möglichkeit oder wird dieses Projekt im Kulturausschuss vorgestellt. Und ich glaube, ein so ein Projekt und da kann man



stehen wie man will dazu, ein so ein Projekt, das immerhin 50 Millionen Euro kostet, und man kann natürlich sagen, na ja, es ist eh gleich, kostet eh nicht das Geld der Stadt Graz, soll uns eh jemand anderer herbauen, nur Steuergelder sind Steuergelder und Steuergelder haben kein Mascherl und der Herr Bürgermeister hat es ja gesagt, es gibt ja anderer Projekte, wo um, wenn ich nur erinnere an das Bad Eggenberg, wo um drei, vier Millionen Euro gefeilscht wird wie am Bazar, also wird das Land auch nicht so locker die 50 Millionen Euro von sich geben. Das hat mir heute auch schon zu denken gegeben, und das ist auch wieder das typische Beispiel, wie halt hier in diesem Haus mit Information gezeigt wird, wenn die Berichterstatterin, die ja eigentlich sich in den Bericht einlesen sollte, dann sagt im Rahmen ihres Berichtes, mineralische Teppichs oder was auch immer das sei, dass die Berichterstatterin nicht einmal selbst weiß, um was es hier geht. Also hier sieht man, dass es sehr wohl, und immerhin gehören Sie ja der Mehrheitsfraktion an in diesem Haus, also nicht einmal Sie sind genau informiert, um was es hier bei diesem Projekt geht, wie sollte dann eben eine kleinere Fraktion, wie wir es eben sind, noch sind, Gott sei Dank gibt es ja im nächsten Jahr im Jänner Gemeinderatswahl und dann werden wir ja sehen, ja man muss immer optimistisch sein, es hat mich immer ausgezeichnet, durch 30 Jahre Tätigkeit. Lieber Freund, wenn ich dich erinnere an die AK-Wahlen, da wart ihr auch sehr ruhig und dann wart ihr noch ruhiger dann. Man muss immer abwarten, man soll den Wähler immer erst am Wahlabend loben, also warten wir ab entweder den 20. oder den 27. Jänner, dann werden wir weiterreden. Aber wie gesagt, ich will zum Thema wieder zurückkommen dann, dass es gezeigt hat, dass eben auch hier eine Mehrheitsfraktion, und wie gesagt, der Herr Bürgermeister war heute selber erstaunt, was er gesagt hat, was ihm der Kollege Herper in der Zweisamkeit der Fraktionen oder der Arbeitsübereinkommen ja vorgeworfen hat und auch nur den Kollegen Schöpfer zu nennen oder meinen Freund Drexler, also so ist es ja nicht, dass da große Wonne jetzt auf einmal ausbricht dann und eben hier auch im eigenen Haus sieht man, dass eben...

***Zwischenruf GR. Herper: Freund?***

Mag. **Korschelt**: Drexler würde ich als Freund bezeichnen, ja wirklich, Freund. Mein Freund aus alten jahrzehntelangen AK-Tagen stehe ich hier an, den Christopher Drexler als meinen Freund zu bezeichnen. Ich hoffe, es wird sich für ihn nicht karrieremindernd auswirken, aber ich hoffe nicht. Nein, mir hilft es nichts, ich hoffe, es schadet ihm nicht dann. Nur abschließend möchte ich sagen, wir stimmen deswegen nicht zu (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), wir sind nicht bereit, diese Vorgangsweise zu akzeptieren, dass uns um 12.00 Uhr ein Projekt vorgestellt werden sollte, dass dann um 12.30 Uhr zur Abstimmung gelangt, wo eigentlich die eigene Berichterstatterin nicht einmal selbst weiß, um was es hier bei diesem Projekt geht und da geht es immerhin um 50 Millionen Euro, das ist relativ viel Geld dann und wie gesagt, wir haben schon bei anderen Projekten gesehen, dass man sehr wohl das abwarten könnte, was der Rechnungshof zu diesem Projekt sagt und dann erst abstimmen. Also sowohl von der Dringlichkeit her als auch vom Inhalt findet dieses Projekt unsere Zustimmung nicht. Danke.

GRin. **Bergmann**: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe da bei mir zwei dringliche Anträge liegen, die sich im Antragstext dann unterscheiden und für mich ist jetzt nicht ganz klar, welcher Text momentan überhaupt Gültigkeit hat. Darf ich das kurz vorlesen, um nicht wieder Missverständnisse zu produzieren, wie wir das schon einmal gehabt haben und zwar „Der Gemeinderat der Stadt Graz begrüßt und befürwortet ausdrücklich das Kunst- und Kulturprojekt Joanneumviertel, daher ersucht der Gemeinderat das Land Steiermark, dieses Projekt in der nun bekannten und präsentierten Form nach Prüfung durch den Landesrechnungshof umgehend umzusetzen, um das 200jährige Jubiläum des Joanneums im Jahre 2011 in neuer Frische begehen zu können.“ Ist das jetzt der Text? Also diesen Text haben wir jetzt in unserer Fraktion noch einmal diskutiert, werden wir unsere Zustimmung da nicht geben, weil wir haben gestern in unserer Klubsitzung den vorhergehenden Text diskutiert und in diesem Text steht drinnen, vorbehaltlich der Konsequenzen des Landes Steiermark und das ist für uns auch wichtig, weil wenn der Landesrechnungshof feststellt, dass dieses Projekt finanziell nicht durchzuführen ist, dann wollen wir uns dem eigentlich nicht entgegenstellen. Für die Stadt Graz selbst unterstützten wir das Projekt, aber nachdem es immer kurzfristig diese

Antragstextänderungen gibt, werden wir dem jetzt in dieser Form nicht zustimmen (*Applaus KPÖ*).

Dr. **Leb**: Zum Ersten, zu Karl-Heinz Herper wollte ich nur sagen, ich bin kein solcher Zeitungsausschnittsammler wie du und studiere diese Sachen auch nicht so genau, vor allem nicht in Gratis-Zeitungen. Und wenn man bedenkt, dass die Kultur des Landes eigentlich lange Zeit mit kurzer Unterbrechung in den Händen der ÖVP war und das Museumsprojekt schon seit langem diskutiert wurde, weiß man, wie die ÖVP eigentlich immer dazu gestanden ist.

*Zwischenruf GR. Herper: Ich habe Krainer und Klasnic positiv erwähnt.*

Dr. **Leb**: Ok. Und auch zum Herrn Kollegen Korschelt darf ich sagen, Sie sagen, Sie richten sich nach Artikeln der Kronen Zeitung, ich finde, wenn man sich in der Politik nach Zeitungsartikeln richtet, das ist auch nicht ganz richtig. Dass ich da gesagt habe, was immer das ist, wir alle haben heute das Modell gesehen, das war eine glatte Fläche, das ist eine moderne Platzgestaltung, wie immer die dann ausschaut und welches Material verwendet wird, kann man bitte an dem noch nicht sehen. Aber an und für sich ist das ein ganz kleines Detail an einem Riesenprojekt. Und wenn Sie sagen, Sie sind gerne von vorgestern, dass Sie dieses Projekt nicht befürworten, muss ich sagen, das ist eigentlich ein Armutszeugnis. Wir haben seit 200 Jahren eines der bedeutendsten und vor allem das erste umfassende Museum in Graz und wir waren vor 200 Jahren für den Erzherzog Johann so interessant als Kulturstandort, dass er seine Sammlung, die teilweise in Wien und in irgendeinem Schloss in Niederösterreich verteilt war, hierher gegeben hat und wir alle, die wir hier sitzen, wissen, was dieses Museum und die Abteilungen dieses Museums, die dann schon zerteilt wurden, bewirkt haben. Wir haben die Montanuniversität, wir haben die Technische Hochschule und alles ist von diesem Ort ausgegangen, der im Jahr 2011

200-Jahr-Feier hat. Also wenn wir uns hier nicht gemeinsam für dieses Projekt einsetzen, wo das Land schon sagt, es möchte das machen, dann sehe ich eigentlich uns als Gemeinderat wirklich fehl am Platz. Danke (*Applaus ÖVP*).

***Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.***

## **2) Maßnahmen zum Schutz junger Menschen vor der Gefahr der Spielsucht**

GR. **Hohensinner** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat! Junge Menschen sind einer Vielzahl von gefährlichen Verlockungen wie Nikotin, Alkohol und illegalen Drogen ausgesetzt. Seit einiger Zeit ist zu beobachten, dass eine weitere Gefahr Jugendliche bedroht: die Glückspielsucht.

Laut Mediziner sind etwa 20.000 Österreicher spielsüchtig. Die steigende Zahl an Automaten in Wirtshäusern und Wettcafes bereitet den Experten Kopfzerbrechen. "Die Spielsucht ist vergleichbar mit Alkohol- oder Heroinsucht", so der Leiter des Anton-Proksch-Instituts in Kalksburg, Michael Musalek. Auffällig sei, dass Betroffene oft gleichzeitig alkoholkrank oder tablettensüchtig seien. Jugendliche gehören zu den "klassischen" Risikogruppen. Die Anzeichen seien eindeutig: Klarer Kontrollverlust und die ständige Steigerung der "Dosis". Es erfolge eine "Zentrierung des Lebens aufs Spiel", so der Experte weiter.

Hier gilt es, gesetzliche Rahmenbedingungen zu setzen, die besonders junge Menschen vor der Spielsucht schützen sollen.

Lockangebote motivieren zur Verwendung der Geldspielautomaten und erleichtern so den Einstieg in die Spielsucht, wie etwa:

Gratis Jetons: In diversen Lokalitäten wird mit jedem Getränk (Café, Mineral, Bier) ein Gratis-Jeton im Wert von 50 Cent ausgegeben.

Der sogenannte Klubraum: Es gibt vielerorts Sub-Vereine in Spielräumen. Offiziell ist nur den Klubmitgliedern der Eintritt in diesen separaten Klubraum erlaubt – eine Kontrolle gibt es jedoch nicht. In diesem Klubraum werden kostenfrei Getränke ausgegeben – auch stark alkoholische Getränke, wie Whiskey oder Wodka.

Spielgeld: Es gibt derartige Lockangebote für Jugendliche: „Zahle 20 Euro ein – wir legen 50 Euro als Spielgeld drauf“. Damit wird die Hemmschwelle, um große Beträge zu spielen, durchbrochen.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g ,**

der Gemeinderat möge mit der Petition an den Steiermärkischen Landesgesetzgeber auf Einarbeitung folgende Forderungen in das Steiermärkische Veranstaltungsgesetz und Steiermärkische Jugendschutzgesetz herantreten:

1. Untersagung von Lockangeboten, wie sie im Motivenbericht beispielsweise dargestellt sind, welche die Verwendung von Geldspielautomaten motivieren.
2. Wie bereits bei der Verwendung von Zigarettenautomaten gesetzlich vorgeschrieben, soll auch bei Glückspielautomaten über Bankomatkarten/Quickcards das entsprechende Alter als Zugangsmodalität verpflichtend eingeführt werden.

GRin. **Edlinger** zur Dringlichkeit: Werte KollegInnen! Ich denke, wir sind uns einig, dass diese zwei hier vorgeschlagenen Maßnahmen nur kleine Bausteine im Zusammenhang mit einer umfassenden Prävention von Spielsucht darstellen. Gerade deswegen, weil es eben zwei kleine Bausteine sind, stimmen wir der Dringlichkeit und dem Antrag zu.

GRin. Dr. **Sickl**: Für die FPÖ ist dieses Thema auch dringlich, weil wenn man durch die Stadt Graz geht, ist wirklich an jeder Ecke schon ein Spielsalon und die müssen alle funktionieren, weil sonst würde nicht dann wieder der eine oder der andere aufmachen. Also für uns ist das dringlich und wir unterstützen dich, Kurt.

*Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.*

GR. Mag. **Fuchs** zum Antrag: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Kurt! Es ist außerordentlich erfreulich, dass sich im Grazer Gemeinderat heute erstmals eine Mehrheit für gesetzliche Maßnahmen aussprechen wird, die der rasant zunehmenden Spielsucht einen Riegel vorschieben sollen. Bis dato war nämlich von einem Problembewusstsein nicht viel zu spüren. Wie wäre sonst zu erklären, dass sowohl ÖVP als auch SPÖ im Landtag noch vor wenigen Monaten einen Antrag, der jenem vom Kollegen Hohensinner entspricht, die Zustimmung verweigert haben. Selbstverständlich wird die KPÖ dem Antrag ihre Zustimmung erteilen. Darüber hinaus möchte ich aber einen Zusatzantrag einbringen, da ich davon überzeugt bin, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen für sich genommen zwar richtig, aber unzureichend sind. Auch wenn Jugendliche, deren Schutz selbstverständlich durch zusätzliche Maßnahmen einen besonderen Stellenwert einnimmt, einen überproportionalen Anteil der Spielsüchtigen ausmachen, darf uns das Schicksal der Betroffenen im Erwachsenenalter nicht gleichgültig sein. Die im Motivenbericht genannte Zahl von 20.000 spielsüchtigen Personen in Österreich ist sehr optimistisch geschätzt. Dr. Roland Mader, Leiter der Suchtberatungsstelle Baden, geht von 56.000 Spielsüchtigen in Österreich aus. Das Wiener Anton-Proksch-Institut schätzt die Zahl der pathologischen Spielerinnen und Spieler auf 60.000. Laut Dr. Mader haben 89 % der wegen Spielsucht behandelten zumindest 50.000 Euro Schulden. Nicht nur ihre eigene Existenz ist durch die Spielsucht bedroht, auch ihre Familien werden mit in den Abgrund gerissen. Wettcafes und Glückspielautomaten sprießen, wie es Kollegin Sickl gesagt hat, in immer größerer Anzahl aus dem Boden. Die Politik ist daher dringend aufgefordert, Jugendliche wie Erwachsene endlich zu schützen und ein verunglücktes Gesetz zu

reparieren. Darüber hinaus sollten wir uns Gedanken machen, wie dem zunehmenden Bedarf an Beratungsstellen und Therapieplätzen begegnet werden soll. Und wir sollten uns die Frage stellen, warum das Land Steiermark laut einer Anfragebeantwortung im Landtag über kein ausgebildetes Personal verfügt, das in der Lage ist, die Glücksspielbetreiber auf Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen zu überprüfen.

So lange es das sogenannte „Kleine Glücksspiel“ in seiner heutigen Form gibt, so lange werden auch die damit verbundenen sozialen Probleme wachsen. Deshalb ist langfristig ein bundesweites Verbot des „Kleinen Glücksspiels“ anzustreben. Bis ein solches Verbot durchzusetzen ist, müssen das Land Steiermark und seine Kommunen aber alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die Geschäftemacherei mit dem Unglück von tausenden Betroffenen weniger attraktiv zu machen.

In der heutigen Ausgabe von einigen Gratiszeitungen fordern Automatenaufsteller sogar Landesförderungen, da sie der Meinung sind, „tausende Arbeitsplätze“ zu schaffen. Die Wahrheit ist aber, dass jeder Arbeitsplatz in dieser Branche mindestens einen anderen Arbeitsplatz vernichtet. Denn jeder Cent, der in einen „einarmigen Banditen“ wandert, kann nicht mehr für andere, vielleicht wichtigere Dinge ausgegeben werden. Und es gibt wenige Branchen, in denen so wenig Personal benötigt wird, um den Kunden so viel Geld aus der Tasche zu ziehen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, dass es bereits von drei Grazer Bezirksräten – Innere Stadt, Gries und Lend – bereits einstimmige Beschlüsse gibt, die die Eindämmung des Glücksspiels durch gesetzliche Maßnahmen zum Inhalt haben.

Namens der Gemeinderatsfraktion der KPÖ stelle ich aus den genannten Gründen folgenden Zusatzantrag:

In Ergänzung der beiden von Gemeinderat Hohensinner formulierten Forderungen möge der Gemeinderat mit folgenden zusätzlichen Forderungen an den Steiermärkischen Landtag herantreten:

1. Einführung einer Standortabgabe zur Eindämmung des Wildwuchses an Wettcafés;

2. Erhöhung der Abgaben von derzeit maximal 467,50 Euro pro Monat und Automat auf Wiener Niveau, das wären 1.400 Euro pro Automat und Monat;
3. Neuformulierung der Bestimmungen zum sogenannten „Kleinen Glücksspiel“ mit dem Ziel, den vom Landesgesetzgeber ursprünglich intendierten maximalen Wetteinsatz von 50 Cent pro Spiel nicht durch Tricks umgehbar zu machen: Automaten dürfen tatsächlich nicht mehr als eine 50-Cent-Münze pro Spiel annehmen und gleichzeitig ist eine Spieldauer von mindestens 20 Sekunden festzulegen, weil das ist ja jetzt der Trick, dass zwar 50 Cent vom Gesetzgeber als Limit festgelegt ist, aber man kann trotzdem 100 Euro reinschmeißen und das wird dann in viele Einzelspiele zerlegt und der Spieler merkt das aber gar nicht und das ist der eigentliche Missstand und darum ist das Kleine Glücksspiel auch nicht klein und das Problem umso größer.

Danke (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Edlinger**: Werte KollegInnen, lieber Georg Fuchs! Ich denke mir, durch die bisherigen Wortmeldungen ist sichtbar geworden, dass wir uns größtenteils einig sind, was einfach das gemeinsame und intensive Vorgehen zur Eindämmung von Spielsucht anlangt. Da wird es wahrscheinlich auch notwendig sein, über gesetzliche Adaptionen zu diskutieren, um zu sinnvollen Lösungen zu kommen. Ich bitte nur um Verständnis, was euren Zusatzantrag anlangt. Gerade vorhin, beim vorigen dringlichen Antrag hat die Kollegin Bergmann erklärt, weil drei Sätze geändert waren im Antragstext oder herausgekommen ist, dass das für euch zu schwierig war, das jetzt abzustimmen. Euer Zusatzantrag ist ein sehr differenzierter, sehr detaillierter Antrag, da geht es um die Sekundendauer, wie lange ein Spiel mindestens dauern soll, es geht um technische Fragen, wie man hier diese 50 Cent-Grenze umgehen kann oder nicht. Für uns, ehrlich gesagt, ist es einfach ein bisschen schwierig, während der Gemeinderatssitzung diesen Antragstext auf den Tisch zu bekommen, aber gar nicht in der Lage zu sein, in dieser kurzen Zeit sich da wirklich umfassende Informationen holen zu können und das auch noch in der Klubdiskussion abstimmen zu können. Sollen wir da jetzt ja oder nein dazu sagen, das ist, denke ich mir, keine Frage, die man mit hopp oder tropp auf die Schnelle beantworten sollte und auch die Frage der Standortabgabe, da sind wir eindeutig der Meinung, dass nicht nur das



Abgabenrecht allein hier das Problem lösen kann. Es ist ein großer Themenkomplex, deswegen ist auch auf Landtageebene geplant, dass es eine umfassende Enquete zu diesem Thema geben soll. Am kommenden Dienstag tagt auf Landtageebene der erste Unterausschuss zur Vorbereitung dieser Enquete, wo wirklich alle notwendigen Fragestellungen in diesem Komplex umfassend vorbereitet werden sollen und daher bitte einfach um Verständnis, dass es uns nicht möglich ist, in dieser kurzen Zeit einfach zu diesen sehr differenzierten Formulierungen und Antragstext, den ihr hier einbringt, ja oder nein sagen zu können.

GR. **Rajakovics**: Dem meiner Vorrednerin ist so nichts hinzuzufügen, das ist auch die Haltung der ÖVP. Ich wollte nur noch dazusagen, gerade diese Einführung der Bankomatkarte beim Automaten, so wie es der Kurt vorgeschlagen hat, ist ja auf der einen Seite ein Schutz für die Jugend, ist aber sehr wohl auch ein Schutz für jene, die betroffen sind, sowohl jene, die spielsüchtig sind und ich habe mit einer Schuldnerberaterin gestern gesprochen auch über dieses Thema, dass es sehr wohl die Möglichkeit gibt, dass man sich freiwillig sperren lässt. Und genau so etwas, um nicht, wenn man unter Alkohol rückfällig werden würde, um da nicht so leicht rückfällig zu werden, genau solche Möglichkeiten würde auch diese Bankomatkarte bieten. Also es ist auf der einen Seite ein Schutz der Jugendlichen, es ist aber auch ein Selbstschutz von denen, die einsichtig sind und sagen, ich möchte aber aus der Spielsucht herauskommen. Also ich glaube, dass das wirklich ein ganz ein toller Vorschlag ist und ich hoffe, dass er in der Form auch möglichst rasch umgesetzt wird. Danke (*Applaus ÖVP*).

GRin. Dr. **Sickl**: Ja, wir werden den Zusatzantrag der KPÖ sehr wohl unterstützen, ich habe mich eingehend mit dem Gemeinderat Fuchs unterhalten und ich bin der Überzeugung beziehungsweise zur Überzeugung gelangt, dass sie sich sehr wohl was überlegt haben, die KPÖ, weil das ist ja ein Thema, das sie schon lange am Tablett haben oder auf der Tagesordnung und es geht das alles in den Landtag, es wird eine Enquete stattfinden, es werden Experten darüber sprechen, das ist schon

in Ordnung so, es wird dann das Gesetz geändert, also für mich ist diese Information ausreichend und daher wird die FPÖ dem auch zustimmen. Danke (*Applaus KPÖ und FPÖ*).

GRin. **Rücker**: Wir von den Grünen halten den Antrag und den Zusatzantrag für sinnvoll. Wundern uns ein bisschen, dass jetzt die Regierungsparteien ein bisschen Angst kriegen anscheinend wegen dem Inserat, das da heute geschaltet wurde von den Glücksspielautomatenbetreibern, weil da geht es dann plötzlich wieder um heißere Geschichten, nämlich wirklich regulierend einzugreifen. Das heißt, wenn man im Bereich Abgaben und im Bereich Steuerung über politische Mittel, wie eben Abgaben und Steuersystem, da eingreift und wirklich dem einen Riegel verschieben will, dann gibt es plötzlich wieder Angst vor bestimmten Zielgruppen, das ist sehr schade. Also wir werden dem Antrag und dem Zusatzantrag zustimmen (*Applaus KPÖ und Grüne*).

*Der Antrag wurde einstimmig angenommen.*

*Der Zusatzantrag von GR. Mag. Fuchs wurde mit Mehrheit abgelehnt.*

### **3) Einfahrt in Tiefgarage für erdgasbetriebene Fahrzeuge – Änderung der Steiermärkischen Bauordnung § 85**

GRin. **Krampl** stellt namens der ÖVP, SPÖ, Grünen und FPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Krampl**: Meine Damen und Herren! Da geht es um eine Änderung der Steiermärkischen Bauordnung im Zusammenhang mit der Einfahrt in Tiefgaragen für

erdgasbetriebene Fahrzeuge. Bekanntlich, wie alle wissen, ist ein mit Erdgas betriebenes Fahrzeug mehr als eine umweltfreundliche Alternative zu Benzin und Diesel. Im Rahmen der EU-Luftqualitätsziele für Schadstoffe im Straßenverkehr kommt dem Kraftstoff Erdgas eine hohe strategische Bedeutung zu. Insbesondere, um die strengen Kriterien für Feinstaub und Stickoxid zu erfüllen, sind erhebliche Anstrengungen zur Reduzierung des Schadstoffausstoßes erforderlich. Die Schadstoffreduzierung im Vergleich zu einem Dieselfahrzeug beträgt bei einem erdgasbetriebenen Fahrzeug bis zu 99 Prozent. Nicht nur große Mineralölfirmen, sondern auch steirische und vor allem auch Grazer Unternehmen haben sehr ambitionierte Ausbaupläne auf dem Sektor erdgasbetriebener Fahrzeuge. Beispielsweise auch die Steirische Gas-Wärme oder die Grazer Energieagentur propagieren den Einsatz von Erdgas als Kraftstoff mit großem Engagement.

Obwohl die ökologischen Vorteile auf der Hand liegen, der Kraftstoffpreis günstig ist und eine ausgereifte Motorenteknologie sowie attraktive Fahrzeugmodelle zur Verfügung stünden, lässt der allgemeine Durchbruch dieser Technologie bei uns noch auf sich warten. Während in vielen Ländern ein wahrer Boom auf Erdgasautos eingesetzt hat, sind Erdgasautos bei uns nur eigentlich in homöopathischer Dosis zu finden

„Darf ich da jetzt reinfahren oder nicht?“ Also Fahrer von gasbetriebenen Fahrzeugen geraten an der Einfahrt zu Tiefgaragen manchmal in Entscheidungsnot: Einerseits gilt diese Antriebstechnik als besonders umweltverträglich, sicher und zuverlässig. Andererseits hängen an diversen Parkhaus- und Garagen-Einfahrten, auch bei Neubauten, noch immer Schilder, die das Abstellen „gasbetriebener Fahrzeuge“ untersagen. Diese Schilder, meine Damen und Herren, sind schlicht und einfach veraltet.

Schilder wie „keine Einfahrt für gasbetriebene Fahrzeuge“ galten früher für mit Flüssiggas angetriebene Fahrzeuge und entsprechen nicht mehr den aktuellen Regelungen.

Die Verbotsschilder, auf denen mit wechselnder Bezeichnung auf das Einfahrtsverbot hingewiesen wird, verunsichern die Menschen und halten viele davon ab, den Ankauf eines gasbetriebenen oder erdgasbetriebenen Fahrzeuges ins Auge

zu fassen. Es wäre auch Aufgabe der Politik, so meine ich, darauf hinzuweisen und öffentlich bewusst zu machen, dass die Benutzung von Tiefgaragen mit erdgasbetriebenen Fahrzeugen unbedenklich ist und dies auch durch eine Änderung des § 85, Abs. 3 der Steiermärkischen Bauordnung zu manifestieren. In vielen Bundesländern hat man in den jeweiligen Garagenordnungen oder Bauordnungen schon darauf reagiert und das Verbot aufgehoben.

Mit einer Änderung der Steiermärkischen Bauordnung in diesem Punkt könnten unnötige Barrieren auf dem Weg zur Attraktivierung einer umweltfreundlichen Technologie – vor allem in den Köpfen der Menschen - beseitigt werden. Es wäre ein erster Schritt, Hürden abzubauen und einer Technologie zum Durchbruch zu verhelfen, die es sich im Interesse unserer Umwelt verdient hat, nicht weiter als Randerscheinung fungieren zu müssen.

Es wird daher der

### **d r i n g l i c h e   A n t r a g**

gestellt, mittels einer Petition an den Landesgesetzgeber heranzutreten, den § 85, Abs. 3 der Steiermärkischen Bauordnung dahingehend abzuändern, dass ein Einfahrts- beziehungsweise Abstellverbot in Garagen dezidiert nur mehr für flüssiggasbetriebene Fahrzeuge besteht und erdgasbetriebene Fahrzeuge davon ausgenommen sind.

Dies und eine entsprechende Aufklärung von Garagenbetreibern und Hausverwaltern könnte dazu führen, dass auch in der Steiermark – und nicht nur in der Wiener Lugner-City - bald Schilder mit der Aufschrift „Erdgas – ich darf hinein“ bei Tiefgarageneinfahrten zu finden sind. Danke (*Applaus SPÖ*).

***Bürgermeisterstellvertreter Ferk übernimmt um 16.00 Uhr den Vorsitz.***

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

GRin. Mag. **Taberhofer**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist so, dass ich zwar keine Technikerin bin, aber mir Erklärungen, die mir so einfach erscheinen, die stimmen mich etwas skeptisch. Also, natürlich der Schluss, Flüssiggas ist schwerer als Luft, Erdgas leichter und verflüchtigt sich, verflüssigt sich nach oben, scheint ein logischer Schluss zu sein, aber nachdem ich mich durchaus mit wissenschaftlichen Bereichen beschäftige, ist für mich irgendwie da ein Erklärungsansatz trotz alledem erforderlich, denn aus meiner Sicht Gas-/Luft-Gemische können durchaus explosionsgefährlich sein, es hängt nur von der Zusammensetzung vom Gemisch ab und für mich stellen sich da einige Fragen, in welchem Kontext kann es eben durchaus explosionsgefährlich sein. Nämlich inwieweit ist die Lüftung in den Tiefgaragen, funktioniert die auch tatsächlich so, dass so, wie hier angeführt, alles gleich abgeführt wird. Also ich bin skeptisch und aus dem Grund wünschen wir als KPÖ-Fraktion Hilfestellung über das Referat für maschinen- und elektrotechnische Angelegenheiten, um die technischen Belange nochmals abklären zu können. Deshalb werden wir dem Inhalt nicht zustimmen und es war auch zu kurzfristig, um das tatsächlich genauer durchschauen zu können (*Applaus KPÖ*).

GR. Dipl.-Ing. **Topf**: Kurz zum Inhalt, die ÖVP wird dem Inhalt selbstverständlich auch zustimmen, in der Form zustimmen, die Frau Kollegin Krampfl hat einen Sachverhalt aufgeworfen, den wir in unserer Funktion als Aufsichtsräte der Grazer Energieagentur auch fachlich/technisch diskutiert haben und es ist, glaube ich, angebracht, darüber nachzudenken und das ist im Petitionsweg jetzt eben der Fall, dass die Steiermärkische Bauordnung, wo ja noch Techniker auch ihre entsprechende Stellungnahme abgeben, dass also dieser Paragraph der Steirischen Bauordnung geändert wird, wie er schon in anderen Bundesländern, die auch zuständig für die jeweilige Bauordnung sind,...

***Zwischenruf GRin. Krampl: Und in Deutschland.***

Dipl.-Ing. **Topf**: ...auch in Deutschland, auch abgeändert wurde, also dass wir guten Gewissens auch hier die Petition an das Land weitergeben können, wo technisch, und da kann ich deine Befürchtungen etwas beschwichtigen, auch technisch geprüft wird, ob diese Änderung auch in der Bauordnung möglich ist. Also, Zustimmung von unserer Seite.

***Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.***

**4) Stadtteil Hauptbahnhof/Gesamtkonzeption**

GR. Dipl.-Ing. Dr. **Getzinger** stellt namens der SPÖ und der Grünen folgenden Dringlichkeitsantrag:

Dr. **Getzinger**: Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der heutige Zeitungsbericht über die mögliche Versagung der Flächenwidmungsplanänderung beim Hauptbahnhof gibt diesem dringlichen Antrag besondere Aktualität und ich glaube auch Dringlichkeit. Es geht also um den Grazer Hauptbahnhof. Der Grazer Hauptbahnhof hat im Zuge des Kulturhauptstadtjahres 2003 eine sehr deutliche Aufwertung erfahren. Hinsichtlich Funktionalität, Architektur und äußerem Erscheinungsbild gehört er wohl zu den attraktivsten Bahnhöfen Österreichs. Er ist ja diesbezüglich auch mit der Viktor-Geramb-Medaille beispielsweise ausgezeichnet worden.

Die Entwicklungen der letzten Jahre machen aber nicht nur einen neuerlichen Ausbau des Hauptbahnhofs zur echten Nahverkehrsdrehscheibe erforderlich, sondern eröffnen auch neue Chancen, die Qualität des „Stadtteils Hauptbahnhof“ –

der städtebaulich sich derzeit in keinem guten Zustand zeigt – signifikant zu verbessern.

Dem Ausbau des Grazer Hauptbahnhofs zur Nahverkehrsdrehscheibe samt deutlicher Verbesserung seiner Straßenbahnanbindung kommt aus mehreren Gründen höchste Priorität zu:

1. Die Vorarbeiten zur Einführung eines S-Bahn-Systems schreiten zügig voran. In wenigen Jahren werden Pendlerinnen und Pendler auf den vier Achsen des schienengebundenen öffentlichen Verkehrs im Halbstundentakt oder weniger vielleicht sogar nach Graz fahren können. Realistische Prognosen gehen von zusätzlich ca. 27.000 Fahrgästen pro Tag aus: der größte Teil davon wird am Grazer Hauptbahnhof ankommen und von dort auch wieder abreisen. Eine vorausschauende, die Kapazitäten deutlich vergrößernde Planung der Straßenbahneinbindung des Hauptbahnhofes sowie dessen Busanbindung, das möchte ich hier besonders unterstreichen, ist also dringend geboten.
2. Rund um den Bahnhof ist mit der Errichtung weiterer Einkaufszentren – aktuell: ECE – sowie anderer Verkehrserreger zu rechnen. Auch das erfordert neue Kapazitäten, insbesondere des Straßenbahnverkehrs.
3. Am Bahnhofsgürtel/Eggenberger Gürtel verkehren täglich bald durchschnittlich 50.000 Fahrzeuge. Der motorisierte Individualverkehr und der öffentliche Verkehr behindern sich bereits jetzt in einem nicht mehr akzeptablen Ausmaß. Offensichtlich kann eine Lösung nur in der unterflurigen Führung des Individualverkehrs oder aber des Straßenbahnverkehrs liegen.
4. Nicht zuletzt werden Investitionen in den überregionalen Schienenverkehr (Koralmtunnel, Semmeringbasistunnel, grenzüberschreitender Verkehr nach Ungarn und Slowenien) den Grazer Hauptbahnhof vor neue Herausforderungen im Hinblick auf seine Kapazität stellen.

Es ist offenkundig, dass auch die Organisation des Busverkehrs, des motorisierten Individualverkehrs und des Radverkehrs – sowohl hinsichtlich der Verkehrsführung

als auch hinsichtlich des ruhenden Verkehrs – am Bahnhofsvorplatz und angrenzend daran von vielen Problemen behaftet und daher zu verbessern ist. Erst kürzlich wurden von Medien die völlig unzureichenden Haltestellen des regionalen Busverkehrs vor dem Postgebäude kritisiert.

Die Lösung der Verkehrsprobleme muss aber mit einer generellen Aufwertung des Stadtteils Hauptbahnhof (unter Einschluss großer Teile der Annenstraße) einhergehen. Bahnhofsgenden vieler Städte sind mahnende Beispiele planerischer kommunaler Vernachlässigung. Das genaue Gegenteil führt die Stadt Wien soeben mit ihrem Vorhaben auf dem Gebiet des heutigen Süd- und Ostbahnhofes vor: Hier entsteht in den nächsten Jahren ein neues urbanes Zentrum der Bundeshauptstadt.

Nicht nur die Tatsache, dass der Stadtteil Hauptbahnhof Wohngebiet für viele Grazerinnen und Grazer ist, dass viele hochwertige Arbeitsplätze sich in diesem Gebiet konzentrieren, sondern auch die Identität des Hauptbahnhofs und seine Umgebung als „Tor zur Stadt Graz“, als Ort der Ankunft und der Abreise gebieten es, dass sich die Stadtregierung aus einer integrierten, städtebaulichen Perspektive mit der nachhaltigen Entwicklung dieses Stadtteil befasst und systematische Schritte zu einer Qualitätsverbesserung und Aufwertung setzt.

Ich stelle daher namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs, des Gemeinderatsklub der Grünen - ALG den

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g ,**

eine Projektgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern kompetenter Stellen des Magistrats Graz – unter der Federführung der Stadtbaudirektion und unter Einbeziehung der GBG, der GPG, der ÖBB und selbstverständlich auch der GVB – damit zu beauftragen, den Bereich des Hauptbahnhofs und seiner Umgebung einer ganzheitlichen, aber insbesondere städtebaulichen Analyse zu unterziehen; mit dem Ziel, eine langfristige und nachhaltige Lösung der verkehrlichen Probleme zu erarbeiten, wobei auf die gewachsenen, vielfältigen Nutzungsinteressen Rücksicht zu nehmen ist und – im Sinne des Motivenberichts – auf eine deutliche Attraktivierung und funktionale Aufwertung dieses Stadtteils abgezielt wird. Hinsichtlich der



Umsetzung und deren Finanzierung sind sofort Gespräche mit dem Verkehrsministerium und mit der Steiermärkischen Landesregierung zu beginnen. Ein erster Zwischenbericht ist dem Gemeinderat ehebaldigst, spätestens aber im Oktober 2007, vorzulegen. Ich ersuche um Zustimmung (*Applaus SPÖ*).

GR. **Mayr** zur Dringlichkeit: Ja, in letzter Zeit erleben wir es immer wieder, dass sich dringlicher Anträge, vor allem auch bei Themen, die wirklich sehr dringlich sind, selbst überholen, weil die antragstellende Fraktion nicht sich so genau informieren möchte oder halt doch auf dem Thema noch aufspringen möchte, Profil setzen möchte, auf jeden Fall einen Antrag stellt, wider besseres Wissens, dass die Inhalte des Antrages schon längst in Bearbeitung sind. In diesem Fall muss man sagen, ja sogar so dringlich sind, dass der Zeitrahmen, der hier in diesem dringlichen Antrag genannt ist, weit über das Maß der Zeit, die wir für die Bearbeitung dieses Themas haben, hinausgeht. Es gibt schon längst eine Projektgruppe in der Stadtbaudirektion, die sich mit den wesentlichen aktuellen Fragen zu dem Thema beschäftigt und es ist die Verkehrssituation, die sich aus dem geplanten Einkaufszentrum ECE ergibt, aber natürlich auch aus dem Thema Nahverkehrsknoten Hauptbahnhof. Und hier sind die ersten Projektberichte oder die Ergebnisse dieser Projektgruppe schon für Juni geplant. Und wir brauchen auch diese rasche Planung, weil es einfach sowohl für die weitere Vorgangsweise beim Thema ECE, aber natürlich auch für den Nahverkehrsknoten, und das hast du ja richtig erwähnt, extrem dringend ist. Ich verstehe natürlich jetzt, wenn ihr versuchen möchtet, im angehenden Wahlkampf das eine oder andere Thema noch einmal verstärkt zu besetzen. Nur es ist in dem Sinn eine Wiederholung und daher ist dieser dringliche Antrag für uns nicht dringlich, weil dieses Thema eben schon superdringlich bearbeitet wird, muss man ganz ehrlich sagen. Ein zweiter Punkt, den ich noch erwähnen möchte, der dringliche Antrag bezieht sich nicht nur auf diese zentralen Themen, um die es jetzt geht, nämlich Nahverkehrsknoten und Einkaufszentrum ECE, sondern stellt in den Raum eine städteplanerische Gesamtlösung oder Gesamtplanung, Neuplanung für den Raum des Bahnhofsviertels. Und da muss ich schon ehrlich fragen, ob sich die SPÖ-Fraktion noch an das Jahr 1999, im Speziellen an den Herbst 1999, erinnern kann, vielleicht kann sich auch der Herr Vizebürgermeister Ferk sehr genau daran erinnern,

zu dem Zeitpunkt war er für das Straßenamt etc. zuständig und hat einen Modellversuch Annenstraße initiiert, der dann in relativ kurzer Zeit wieder gestoppt wurde, also hier muss ich schon ehrlich fragen, das ist jetzt mittlerweile schon acht Jahre her und jetzt acht Jahre später sozusagen diesen dringlichen Antrag wieder aufs Tapet zu holen, finde ich relativ mutig. Wie auch immer, der Dringlichkeit können wir nicht zustimmen, der Inhalt des Antrages, dazu werden wir später noch kommen, der ist natürlich schon in Bearbeitung (Applaus ÖVP).

GR. **Lozinsek:** (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*). Ich kann mich im Wesentlichen den Ausführungen des Kollegen Mayr anschließen, auch wir Freiheitlichen werden der Dringlichkeit nicht zustimmen.

GRin. **Binder:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Den Ausführungen des Kollegen Peter Mayr ist ja immer sehr interessant zuzuhören. Ich hätte auch einmal ganz gerne jemanden, der mir diese Reden alle so schön schreibt, leider muss ich sie mir selber schreiben, aber das hat auch seinen Vorteil, ich muss mich da halt dann hineinknien inhaltlich. Peter Mayr, wenn du glaubst, dass dieser dringliche Antrag nicht wichtig wäre, dann möchte ich dir nur sagen, ich weiß nicht, wie oft der Herr Stadtrat Gerhard Rüschi gefragt wurde in dieser Gemeinderatsperiode, wie das denn mit der Nahverkehrsdrehscheibe Bahnhof aussieht und konkrete Antworten sind nie, bis heute nicht gekommen und ich freue mich natürlich sehr, wenn der Peter Mayr, mein Lieblingskollege von der ÖVP, weiß, zu berichten weiß, dass auf Hochdruck gearbeitet wird, nur macht der Herr geschätzte Stadtrat Gerhard Rüschi das immer so geheim, dass man kaum dahinterkommen soll und auch bei der letzten großen Diskussion im Hotel Europa zum ECE war es nicht möglich zum Beispiel, dass Herr Stadtrat Rüschi hier eine klare Aussage gemacht hätte, er hat nur gesagt, ja natürlich, das ist ein wichtiges Projekt und irgendwann müssen wir das angehen. Also, machen wir keinen Heiligenschein um den Herrn Stadtrat Rüschi, ihm gelingt es immer wieder, möglichst viel offen zu halten, was an Konkretisierung notwendig

wäre. Daher ist es extrem wichtig, der Antrag hat seine Dringlichkeit und er ist inhaltlich auch hochnotwendig.

*Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.*

*Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 16.20 Uhr den Vorsitz.*

Bgm.-Stv. **Ferk**: Meine Damen und Herren! Ich hätte ja gedacht, dass die ÖVP-Fraktion heute eine große Freude hat mit diesem Antrag, weil wir wollten eigentlich nur unserem Planungs- und Verkehrsstadtrat ordentlich den Rücken stärken. Das ist deswegen notwendig, Herr Kollege Mayr, es hat schon einen Grund, warum es dringlich ist, möglicherweise gibt es seit langer Zeit die eine oder andere Zusammenkunft zu dem Thema Nahverkehrsdrehscheibe. Ist auch wichtig, ist auch nicht das erste Mal jetzt am Tapet, aber wissen Sie, was so wichtig gewesen wäre und dringlich ist? Die Frau Landesrätin für Verkehr wird in wenigen Tagen oder Wochen mit dem Bundesminister für Verkehr zusammentreffen und eine klare Positionierung auch der Dringlichkeit des Grazer Gemeinderates in Bezug auf eine außer Streit stehende notwendige Nahverkehrsdrehscheibe, eine zeitgemäßen Umsetzung notwendiger verkehrspolitischer Maßnahmen wäre inhaltlich wichtig, dringlich und da bedarf es in Wirklichkeit der gesamten Anstrengung aller Kräfte in positiver Hinsicht für dieses Projekt. Und jetzt noch irgendwas von dem Modellversuch 1999 hierher stellen im Zusammenhang mit einem Jahrhundertprojekt, das auch notwendig zu finanzieren ist, wo Sie angesprochen haben, wissen Sie, Herr Kollege, wenn der Wirtschaftsbund nicht mit allen Möglichkeiten gegen diesen Modellversuch aufgetreten wäre, dann hätten wir ihn auch nicht einstellen müssen, aber es ist ihm halt gelungen, seine Mitgliedsbetriebe in der Annenstraße in eine Unruhe zu versetzen, wo eigentlich am Tisch gelegen ist, ob die Betriebe bald zusperrten mussten und dann denke ich im Interesse dann der

Wirtschaft war es richtig, nachdem es auch keinen entsprechenden Konsens gegeben hat, eine Zurücknahme dieses damals angesetzten Modellversuches.

***Zwischenruf GRin. Gesek: Was hat das damals gekostet?***

Bgm.-Stv. **Ferk**: Und, meine Damen und Herren von der ÖVP, ich hoffe jetzt sehr, dass Sie unseren Antrag jetzt stark inhaltlich unterstützen. Der Herr Bundesminister Faymann, das sei der ordnungshalber noch erwähnt, war vor wenigen Wochen hier im Rathaus bei mir und wir haben ganz besonders dieses Projekt auch besprochen. Und wenn Sie uns helfen jetzt über die Verkehrslandesrätin und ihre Möglichkeiten, nämlich auch auf die Fraktion im Bund Einfluss zu nehmen, dann hätten wir vielleicht die Chance, weil ohne Geld ka Musi, dieses Projekt relativ rasch anzugehen. Ich glaube, dass es ein höchst notwendiges Projekt für das gesamte Grazer Stadtgebiet und für den öffentlichen Verkehr in diesem Zusammenhang ist (*Applaus SPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Also heute sind alle so nett zu mir, ich bekomme einen Heiligenschein als Stadtrat.

***Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Dabei hast du gar nicht Geburtstag.***

Dr. **Rüsch**: Ja genau, soll ich ihn dir weitergeben, Wolfgang? Der Vizebürgermeister, Bürgermeisterstellvertreter unterstützt mich, also heute geht es mir wirklich gut. Ich möchte gerne ein paar Bemerkungen auch begründen, weshalb wir den Antrag nicht für dringlich halten. Zunächst einmal möchte ich wiederholen, der Grund, sich mit

dem Wunsch der ECE-Ansiedlung zu beschäftigen, ist nach wie vor ein zweifacher. Es ist die Chance, einen Teil der Kaufkraft, die im Laufe der letzten Jahrzehnte ins Umland abgewandert ist, wieder zurückzuholen und es ist zum Zweiten eine Chance für die Annenstraße, nämlich hier einen Frequenzbringer zu holen, einzurichten in der Stadt Graz, der dieser Straße wieder eine Chance geben kann. Ich habe ganz bewusst von Chancen gesprochen, ob das tatsächlich funktioniert, hängt natürlich auch dann von den Aktivitäten der Eigentümer dort ab, der Unternehmerinnen und Unternehmer. Klar ist aber auch, dass die planerische Vorbereitung und die Abwicklung aller Verfahren selbstverständlich umfassend und gründlich gemacht werden kann und klar ist auch, dass trotz dieser positiven Grundeinstellung es zum heutigen Zeitpunkt noch nicht klar ist, dass es tatsächlich zu dieser Ansiedlung kommt. Ich möchte nur erwähnen, was ohnehin alle wissen in diesem Raum, dass die Umweltverträglichkeitsprüfung wahrscheinlich die entscheidende Hürde sein wird. Klar ist auch, dass es am Bahnhof eine schwierige Situation gibt, es gibt eine schwierige Verkehrssituation, ich denke aber, und das nehme ich durchaus für mich, aber auch für den Ausschuss, der darüber informiert ist und für die Planungsabteilungen in Anspruch, dass alle wichtigen Fragen gestellt sind und auch bearbeitet werden. Ich darf einmal ganz kurz beginnen bei der Verkehrsplanung. Wir haben seit der Vorstellung der Verkehrsplanung im Ausschuss sehr intensiv gearbeitet, andere Varianten bearbeitet und es hat sich aus aktueller Sicht bestätigt, dass die Lösung, die wir vorgeschlagen haben unter den gegebenen Umständen die wirkungsvollste Lösung ist. Das ist der Umbau der Kreuzung, kein Geheimnis, das ist die dritte Spur, abschnittsweise auf den Bahnhofsgürtel, das ist die Neuausführung der Einbindung der Niesenbergerstraße. Das Land hat das inzwischen geprüft, hat festgestellt, dass die Annahmen, die wir getroffen haben, plausibel sind, hat auch festgestellt, dass die vorgeschlagene Verkehrslösung nachvollziehbar ebenfalls plausibel ist, hat aber auch zusätzlich Informationswünsche angemeldet, etwa im Bereich der Lärmuntersuchung im Bereich der großräumigen Analyse und diese Unterlagen sind inzwischen fertiggestellt. Zum Teil sind sie schon dem Land übergeben worden, zum Teil wird das in den nächsten Tagen der Fall sein und aus heutiger Sicht wird der AROB im Lande am 31. Mai allenfalls auch im Juni, auch das ist zeitlich kein Problem, sich mit der Flächenwidmungsplanänderung befassen und auch mit den Einsprüchen und wird dann entscheiden, ob die Stadt richtig entschieden hat oder nicht. Es gibt ein zweites Projekt, das ganz, ganz wichtig ist für

die Zukunft der Stadt, das ist der Nahverkehrsknoten Hauptbahnhof und das ist die zur Diskussion stehende Unterführung der Straßenbahn Annenstraße, also unterm Bahnhofgürtel und dann unter der Eggenbergerstraße. Dieses Projekt ist deshalb wichtig, weil das Land Steiermark eine S-Bahn plant und zwar sehr gründlich und sehr intensiv, jedenfalls noch nie so intensiv wie bisher. Und wenn dort eine weitere Stufe, eine nennenswerte Stufe umgesetzt wird, dann werden wir zusätzliche Fahrgäste am Bahnhof haben, aber wir können sie nicht wegbefördern, weil wir zu wenig Kapazitäten bei der Straßenbahn haben. Wann diese zweite Stufe umgesetzt wird, ist derzeit nicht klar, das ist weniger ein Planungsproblem, sondern das ist ein Finanzierungsproblem. Aber klar ist auch, dass wir uns darauf einzustellen haben und aus diesem Grund habe ich, und das habe ich dem Ausschuss auch mitgeteilt, und mich wundert auch in diesem Zusammenhang, dass gerade der Günter Getzinger als Autor dieses dringlichen Antrages fungiert, denn den Günter Getzinger habe ich sogar persönlich informiert über diese Projektgruppe, nicht den Vizebürgermeister, aber den Günter Getzinger. Es gibt seit Anfang dieses Jahres eine eingerichtete Projektgruppe unter der Leitung der Stadtbaudirektion mit Beteiligung des Landes, mit Beteiligung der GVB, mit Beteiligung der ÖBB, ich denke, dass das alle wichtigen Institutionen für diese Frage sind, die sich überlegen, wie ein Projekt der Unterführung Annenstraße und am Bahnhofgürtel, Zuführung zum Bahnhof und Eggenberger Gürtel-Unterführung aussehen könnte. Und diese Projektgruppe hat von mir die Vorgabe bekommen, bis Ende Juni dazu einen Vorschlag auszuarbeiten. Also wie immer der Antrag durchgehen mag, wir werden uns mit dem 1. Oktober nicht aufhalten lassen und Ihnen das Ergebnis Ende Juni nicht verschweigen, sondern wir werden ihn selbstverständlich, wie versprochen und auch wie ausgemacht, Ende Juni im Ausschuss jedenfalls vorstellen. Das sind die Dinge, die wir gemacht haben und jetzt sage ich Ihnen ganz offen, eine neue Projektgruppe einzurichten, halte ich einfach für kontraproduktiv. Ich kann es nur noch einmal sagen, es geht um entscheidende Fragen und es geht darum, ob diese Fragen gestellt sind oder ob sie nicht gestellt sind. Alle Forderungen nach umfassenden Lösungen würde ich ebenfalls nicht empfehlen, wir hatten zweimal umfassende Lösungen, selbstverständlich, der Kollege Peter Mayr hat es gesagt, wir hatten 1999 eine umfassende Lösung, wo die gesamten Probleme der Bezirke Lend und Gries gelöst werden sollten. Nach wenigen Tagen war die Lösung futsch. Wir hatten eine zweite umfassende Lösung, es hat nicht nur eine Projektgruppe

gegeben, die vor 2003 das Problem Nahverkehrsknoten Hauptbahnhof bearbeitet hat, diese Projektgruppe hat schon Pläne ausgearbeitet im Maßstab 1 : 500, das alles liegt in den Schubladen, ist ebenfalls nicht umgesetzt worden. Hätte eine Milliarde Schilling, also in neuer Währung, 70 Millionen Euro gekostet, das heißt, ich denke, es bringt keinen Vorteil, hier jetzt wieder eine neue Projektgruppe einzusetzen, sondern es ist einfach entscheidend und wichtiger, an den derzeitigen Fragen zu arbeiten. Mich hat schon ein bisschen interessiert, weshalb kommt die SPÖ dazu, diesen Antrag zu stellen. Aus meiner Sicht ist das keine Strategie der Beschleunigung, sondern das ist eine Strategie der Verzögerung, denn das wissen wir genau, eine neue Projektgruppe mit vier/fünf weiteren Institutionen, mit möglichst allgemeinen Fragen, die sich mit irgendwas befassen soll, im Oktober ein erstes Ergebnis vorzustellen, liebe Leute, das ist keine Dringlichkeit, sondern das ist eine Strategie der Verzögerung (*Applaus ÖVP*). Zum Zweiten bin ich mir nicht ganz sicher, wie die Entscheidungsverhältnisse in der SPÖ sind, ich würde gerne fragen, wie weit hinter dieser Verzögerung möglicherweise ein Bezirksvorsteher eines Bezirkes steht, das ist mir nicht ganz klar.

***Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Der Wurzinger.***

**Dr. Rüsich:** Der Kollege Wurzinger ist in diesem Fall, glaube ich, außerhalb jeglichen Verdachtes. Da sind jedenfalls die Dinge, die ich hier durchaus in den Raum stellen möchte. Ich kann Ihnen von meiner Seite nur versprechen, dass wir die angehenden Fragen intensiv weiterbearbeiten und wir werden sicherlich nicht bis Ende Oktober oder bis Oktober warten, bis wir hier die ersten Ergebnisse vorlegen, sondern wir werden das, wie angekündigt, im Ausschuss im Juni tun. Danke (*Applaus ÖVP*).

**GR. Eichberger:** Sehr geehrter Herr Stadtrat! Ich wollte mich an und für sich ja nicht zu Wort melden, aber du hast mich ja förmlich herausgefordert durch eure

panikartigen Reaktionen. Es ist ja wirklich verwunderlich, und das ist ja heute nicht das erste Mal, wenn eine Fraktion, die nicht den Verkehrs- und Planungsstadtrat stellt, hier zu einem Thema spricht und Möglichkeiten einer Verbesserung einer intensiveren Behandlung hier anspricht, dann auf einmal gibt es das große Aufschreien der ÖVP. Und ich denke nur daran, dass ich vor zwei Sitzungen hier gestanden bin (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) und zum Beispiel zum Thema Radfahrverkehr einige Verbesserungsvorschläge hier und Anregungen gebracht habe, da herrschte die gleiche Panik unter euch, die gleiche Aufregung so in die Richtung, als ob das Ganze eine Majestätsbeleidigung wäre, wenn sich eine andere Fraktion hier mit dem Thema öffentlicher Verkehr, Verbesserung der Wohnqualität und, und, und. Diese Themen, und liebe Kolleginnen und Kollegen der ÖVP, diese Themen der Wohnqualität, der Verkehrssituation sind keine ausschließlichen Themen eurer Fraktion, sondern ihr müsst einfach zur Kenntnis nehmen, dass auch wir in unserem Klub Personen haben und Persönlichkeiten haben, die sich auskennen und die Ideen haben und das wäre halt schön, wenn wir hier gemeinsam für die Bevölkerung Verbesserungen zustande brächten. Zur anderen Sache, es ist schon richtig, dass an Detailgeschichten hier gearbeitet wird und da ist auch dem Herrn Stadtrat zu gratulieren, zu danken, dass er diese Projektgruppe eingerichtet hat, aber nur wenn man sich unseren Antrag genauer durchgelesen hätte, dann wäre man draufgekommen, dass unser Antrag ein bisschen weiter geht als nicht nur jetzt bis zu der Grenze hin, wie könnte ich das unterführen...

***Zwischenruf GR. Schönegger: Ja, bis Oktober.***

GR. **Eichberger:** ...wie könnte ich unter Umständen das ECE einbinden, sondern uns ist es darum gegangen ein gesamtheitlicher Ansatz auch im Hinblick auf die Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität in diesem Bereich. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ihr werdet ja hier bitteschön nicht wirklich behaupten wollen, dass die Situation ob am Bahnhofsgürtel oder in vielen Straßen rund um den Hauptplatz



wirklich eine Top-Wohnqualität ist und ihr werdet ja hoffentlich nicht wirklich behaupten wollen, dass dort kein Handlungsbedarf besteht. Und wieso ihr heute hier mit dieser Vehemenz sagt, wir wollen diesen Antrag nicht, weil es ist ja eh alles bestens und meine Leute arbeiten, ist wirklich nicht zu verstehen. Und ein letztes Wort, geschätzter Herr Stadtrat Rüschi, gerade du, wo du die Bürgerbeteiligung immer wieder in diversen Veranstaltungen so hoch schätzt und immer wieder anführst, warum gerade du hier heute vor wenigen Minuten am Podium unter Umständen die Wohlmeinung und das Miteinbinden eines Bezirksvorstehers bei so einer wesentlichen Frage kritisch hinterfragst, und ich will nicht sagen, noch lustig machst, also das verstehe ich wirklich nicht, weil bei uns wird halt Bezirksdemokratie wirklich noch gelebt und bei uns können sich auch Bezirksvorsteher zu Wort melden, weil letztendlich auch die jene sind, die unheimlich viel draußen sind und die Probleme auch der Bevölkerung kennen.

*Zwischenruf GRin. mag. Fluch: Doch der Wurzinger.*

GR. **Eichberger**: Anscheinend geht das bei euch nicht so, sondern hier wird sehr diktatorisch bestimmt, was nicht sein darf, das wollen wir gar nicht hören. In diesem Sinne bin ich mehr als entsetzt über eure Haltung, wenn es um Verbesserungsvorschläge für Lebens- und Wohnqualität geht, wenn es um Verbesserungen geht im öffentlichen Verkehr. Danke (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren des Gemeinderates! Es geht um ein wirklich wichtiges Thema und über ein Jahr lang haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Magistrates gemeinsam mit dem Kollegen Rüschi an einem Projekt gearbeitet, und es ist mir gelungen, einen Investor hierher zu bekommen und das ist eine Investition, allein in der Bautätigkeit, ich rede jetzt noch gar nicht vom Einrichten und den Dingen, von 200 Millionen Euro. Und wenn ich mir gerade auch

die Wortmeldungen der Sozialdemokratie in den letzten zehn Jahren anschau, dann war es immer der Aufruf, tun wir was auch für den Westen der Stadt Graz. Und ich glaube, dass wir als Volkspartei uns sehr bemüht haben, einen Schwerpunkt zu schaffen, der wirklich eine Chance für den ganzen Bezirk ist und es hat keiner, der in der Diskussion bislang dabei war, von den Bezirksvorstehern, die mit dabei waren, ich habe viele Gespräche geführt bis alle, die heute zu Wort gekommen sind, irgendwann einmal daran gedacht, die Lebensqualität in der Annenstraße und in dem Bereich des Bahnhofs zu verschlechtern, sondern es geht einzig und allein darum, dass wir dort wieder einen Hoffnungsanker setzen und es wird schwierig genug mit Umweltverträglichkeitsprüfungen etc. Ich wundere mich ja nur weiterhin über die Raumordnungsdiskussionen, die wir da aus meiner Sicht schön langsam aber sicher fadenscheinig bis scheinheilig führen, weil das gerade vorhin vorgekommen ist. Vielleicht wird ein Einkaufszentrum im Zentrum einer Stadt, gewachsen aus dem einen oder anderem Grund, nicht möglich, dafür bauen wir dann wieder irgendwo im Süden bei Leibnitz ein großes Einkaufszentrum, wo dann wieder alle ins Auto steigen müssen und wieder hinfahren müssen, an einen Platz, wo alle Verkehrs- und Mobilitätsarten zusammenkommen, Bahnhof, Busse, Radfahren etc. und deswegen ist es mir so wichtig, dass wir wirklich professionellst da vorgehen. Ich nehme an, dass der Antrag heute eh durchgehen wird. Wir wollen nur als ÖVP auch noch einmal deutlich aufzeigen, dass der Kollege Rüschi wirklich schnell arbeitet, weil er auch weiß, dass das Land Steiermark, die Behörden dort oben, auch dieser Investor, Sicherheit und Klarheit haben will, was geht und was geht nicht und ich tu mir schon ein bisschen schwer damit, das wird viel Geld sein, ich freue mich, Herr Vizebürgermeister, wenn du schon Gespräche mit dem Herrn Minister geführt hast. Ich hoffe, dass wir auch eine Unterstützung kriegen werden. Diese Kreuzung, und dort leben bitte, nicht nur an der Kreuzung, leben viele Menschen, auch unsere Gemeindebauten sind de facto im selben Straßenzug, dass das kein Honiglecken ist, dort zu wohnen mit dieser Verkehrsbelastung, wir wissen es durch das eigene Bauamtsgebäude, was unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort aushalten müssen. Wir brauchen schon Lösungen, aber der Platz wird nicht viel größer werden können. Wir sollten jetzt eine Lösung machen und da bin ich bei allen, die sich zu Wort gemeldet haben, die so vorausschauend ist, wo man hoffentlich auch das Geld gemeinsam aufstellen wird, dass sich das wirklich, dass man es nach drei Jahren nicht wieder umplanen und wieder neu machen muss. Das ist das, was Gerhard

Rüsch auch nicht haben will, jetzt einmal eine Straßenbahn ein bisschen hinübereücken, dass man sie dann vielleicht irgendwann einmal später wieder unterführen. Das wird extrem viel Geld kosten und ich kann mich gut erinnern, wie wir den Beschluss hier hatten im Grazer Gemeinderat, ich war damals auch Finanzreferent, wie es damals darum gegangen ist, die ganze HL-AG in der Projektgenehmigung hier zu fassen, Karl-Heinz Herper, du weißt es auch noch, da war die Schleife unterirdisch oder vor dem Bahnhof dort unterirdisch gedacht. Wir haben gewusst, das kostet 250 Millionen Schilling, das haben wir herausnehmen müssen, weil wir gesagt haben, wir wissen gar nicht, wo wir das Geld noch hernehmen sollen, weil wir mit der HL-AG bis an unsere Grenzen schon gegangen sind. Und jetzt gilt es, einfach eine vernünftige Lösung zu finden. Wenn wir es beschließen, würde ich nur vorschlagen, dass man diese Arbeitsgruppe jetzt einmal bis Juni arbeiten lässt, wenn was vorher gelingt, ist gut, ansonsten ergänzen wir es etc. noch, nur nicht bitte eine zweite Arbeitsgruppe wieder separat gründen, weil es halten uns manchmal dann unsere Vertragspartner, mit denen wir verhandeln, ob Land, ob ÖBB, dann auch schön langsam für eine etwas eigenartige Organisation, dass man da schon wieder zu einem neuen Arbeitskreis dann einladen. Also, das wäre meine Bitte, wie auch immer die Abstimmung ausgeht und ich glaube, es liegt uns allen viel daran, dass wir endlich die Achse vom Jakominiplatz, Einkaufsachse beginnend bis zum Hauptbahnhof, wieder zustande kriegen. Ich weiß nicht, ob es da heute schon einmal gesagt worden ist, aber es ist wichtig im Einkaufsbereich, gerade im urbanen Einkaufsbereich so etwas wie zwei Pole zu haben, den ganzen Hauptplatz, Herrengassebereich, Sackstraße, Kastner da draußen, dann werden sich die Menschen dazwischen wieder hin- und herbewegen, dann gibt es die Frequenzen, auch für die Annenstraße. Es ist nicht gewährleistet, wenn die ECE baut, dass die Annenstraße gleich einen Aufschwung hat, aber es ist wenigstens eine Chance da und wenn wir die vertun, dann weiß ich nicht, was uns einfällt, was dort die nächsten Jahre und Jahrzehnte entstehen soll. Also ich bin momentan dankbar, dass es jemanden gibt, der bereit ist, soviel Geld in die Hand zu nehmen, sich alle Verfahren anzutun und ich wundere mich halt immer nur darüber, dass im Land Steiermark außerhalb von Graz all diese Verfahren nicht zur Anwendung kommen oder anscheinend relativ einfach gesehen werden. Ich kann es mir nicht vorstellen, dass jetzt schon wieder ein Outlet-factory in der Steiermark irgendwo

kommen soll, wo alle ins Auto hupfen und wir wieder hinfahren und in gestandenen Bereichen eine UVP nicht möglich ist (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Binder**: Mahnende Worte des Herrn Bürgermeisters. Zum Herrn Stadtrat Rüschi, es ist schon unglaublich, wie unterschiedlich man ein und dieselbe Sache interpretieren kann. Wenn ich das einigermaßen richtig gehört habe, hast du gemeint, dass von Landesebene sozusagen eigentlich eh grünes Licht gegeben wird für das Projekt. Habe ich das so halbwegs richtig verstanden? Kannst du noch einmal sagen, wie genau du das gesagt hast?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüschi**: Kann ich dir gerne sagen. Und zwar zunächst einmal habe ich dich ja persönlich informiert, wie du weißt, ich denke, das kann ja durchaus gesagt werden. Als du mich gefragt hast, ob eine positive Rückmeldung vom Land da ist und ich dir gesagt habe, es gibt keine positive Rückmeldung und zum Zweiten kann ich das hier noch einmal sagen, es kann ja jeder überprüfen, auch bei den Beamten der Landesregierung. Es ist so, dass das Land formal die Versagung angeschnitten hat. Das Land hat gleichzeitig in diesem Schreiben aber festgehalten, dass die Daten, die wir aufbereitet haben, ich kann es noch einmal sagen, plausibel sind und, ich weiß nicht, ob es das Wort plausibel war, jedenfalls im Sinn und dass die vorgeschlagenen Maßnahmen nachvollziehbar sind. Das Land glaubt, dass etwa die Umweltauswirkungen trotz UVP, die natürlich kommen muss, zu wenig beachtet worden ist, das heißt, es hat ein Lärmgutachten nachgeordert, es hat auch darauf hingewiesen, dass wir für Fußgänger und für Radfahrer aus Sicht des Landes noch nicht das Optimum herausgeholt haben, das sind alles Punkte, die wir zum Teil schon bearbeitet haben und die wir auch bearbeiten werden. Wir sind auch dabei, das war auch immer meine Vorgabe, dass es für Fußgänger und Radfahrer jedenfalls nicht schlechter werden darf. Das müssen wir nachholen und dann wird das Land am 31. Mai oder im Juni entscheiden.

GRin. **Binder:** Also das klingt jetzt schon wesentlich anders. Also es gibt eine Versagungsandrohung durch das Land und das muss hier schon klar gesagt werden, auch auf Grund meiner Aufsichtsbeschwerde, die ich eingereicht habe und in dieser Versagungsandrohung greift die Beamtenschaft auf Landesebene auf meine Vorwürfe zurück und gibt mir im Wesentlichen Recht. Und sagt dann auch noch, wenn du auch jetzt wieder sagst, und wir arbeiten ja ohnehin schon daran und es wird ja sicher eine Lösung geben, dann muss ich dir sagen, es verwundert mich, dass, bevor zum Beispiel der Flächenwidmungsplan angegangen wurde und ich kann mich gut erinnern, wie wir uns da auseinandergesetzt haben, auch mit der SPÖ, weil ich gesagt habe, jetzt ist noch nicht der Zeitpunkt, um den Flächenwidmungsplan durchzudrücken, sondern es müsste etwas Vorgesprochenes zuerst gemacht werden und genau die Beamtenschaft gibt mir in dieser Hinsicht Recht und sagt, gibt den Ball zurück, gibt den Ball der Stadt zurück und in Übersetzung sagt sie, ihr habt schlampig gearbeitet, das ist es. Und es fehlen einfach die Grundlagen, die Argumentationsgrundlagen für Behauptungen, warum eigentlich eh alles paletti ist, wenn es um das ECE geht. Und es ist nicht alles paletti und heute, oder wie ich das gestern erfahren habe, habe ich mir gedacht, na Gott sei Dank, es gibt ja doch noch sozusagen eine Ebene, an die man sich wenden kann und die etwas sehr genau durchschaut. Ich gebe zu, das ist erst die Beamtenschaft, ob die Politik auch so dieser Versagungsandrohung zustimmen wird, das ist wieder eine andere Frage, da spielen ja schon wieder andere Dinge dazu. Also ich denke mir, man muss schon so aufrichtig sein, um auch sagen zu können, irgendwann einmal, ja, da sind uns Fehler passiert und nachdem ich sehr genau diese Entwicklung um die Entstehungsgeschichte des ECE in Graz verfolge und auch schon intensiv Kontakt aufgenommen habe mit Kolleginnen und Kollegen in Deutschland, in diesen Städten, in denen der Otto-Konzern Einkaufszentren aus dem Boden gestampft hat, wo ich sehr viele Geschichten gehört habe, wie der Otto-Konzern arbeitet, dann frage ich mich, warum lassen wir es eigentlich zu, obwohl der Herr Bürgermeister meint, wir müssen eine Achse vom Dietrichsteinplatz bis zum Bahnhof und was weiß ich wohin wieder aktivieren. Ich sehe das auch, dass etwas aktiviert werden muss, aber warum lassen wir es zu, dass solche Hyänen hier bei uns Platz greifen? Und ich würde vielmals bitten, gerade dir, Gerhard Rüschi, habe ich einige Zeitungsartikel von der „Zeit“ zum Beispiel gegeben, das ist eine seriöse Zeitung, na klar kann ich das auch wegwischen und sagen, mein Gott, ist zwar

interessant, aber ich will trotzdem, dass das ECE kommt. Oder ich schaue mir das genau an und überlege mir andere Dinge, muss es das ECE sein, muss es genau diese Galerie oder wie es dann heißen wird, oder kann es etwas anderes sein. Mir ist die Phantasielosigkeit, die mir so heraufstößt in letzter Zeit...

*Zwischenruf GR. Schönegger: Nenn nur einen.*

GRin. **Binder**: Ihr beschränkt euch doch nur auf ein Modell, anstatt dass ihr einmal überlegt, wie viele Möglichkeiten gäbe es noch und dann hätte man Wahlmöglichkeiten. Nein, Herr Kollege Schönegger, es gibt nicht nur eine Möglichkeit im Leben, es gibt immer viele Möglichkeiten,

*Zwischenruf GR. Dr. Piffl Percevic: Aber es gibt auch eine Chance...*

GRin. **Binder**: Aber nicht mit dem Otto-Konzern und nicht mit ECE. Ihr redet, ohne dass ihr euch wirklich in diese Materie einlasst und schaut's einmal wie die in Graz schon gearbeitet wird mit einer unheimlich kompetenten geschulten Dame, die irre freundlich ist, die die Kommunikation im Effe hat, alles klar, aber ich weiß mittlerweile von Geschichten über das ECE, wie sie die Menschen hier auch bei uns unter Druck setzen. Und was mich besonders freut, die ÖVP wird immer ganz nervös, wenn sie keine Argumente mehr hat und ich muss euch sagen, dann kümmert euch bitte um die Argumente und ich habe genug, ihr könnt nicht nur zuhören, es gibt auch vieles zu lesen über den Otto-Konzern.

*Zwischenruf GR. Schönegger: Habt ihr eine andere Idee? Ich habe noch keine gehört.*

GRin. **Binder:** Wir sind ja noch nicht einmal dazu gekommen, weil wir ja ständig auf Aufklärungsebene uns befinden, um euch irgendwie Nachhilfe zu geben und euch zu bewegen, zu sagen, vielleicht ist es das ECE doch nicht. Wir können uns gerne zusammensetzen und über Alternativen nachdenken, morgen schon, Herr Kollege Schönegger und Peter Piffli-Percevic, setzen wir uns zusammen, machen wir das noch einmal auf und schauen wir uns das an, was herauskommt, wenn wir zusammensitzen.

*Zwischenruf GR. Dr. Piffli-Percevic: Sigi, wir sind ja keine Unternehmer.*

GRin. **Binder:** Was heißt denn das, haben wir deswegen keine Phantasie oder was, Peter?

*Zwischenruf GR. Dr. Piffli-Percevic unverständlich.*

GRin. **Binder:** Also Peter, schwaches Argument, aber setzen wir uns wirklich zusammen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, Sie haben Recht, Sie haben so viele Argumente gegen alles auf dieser Welt, da kommt wirklich fast keiner mit. Bringen Sie einen konkreten Vorschlag, der den Menschen wirklich hilft, die Arbeitsplätze wieder schafft, wo Investitionen wieder da sind.

*Zwischenruf GRin. Binder: Machen wir.*

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, aber dann bitte auf den Tisch damit und solange die nicht da sind, reden wir über die Projekte, die wir zusammenbringen.

*Zwischenruf GRin. Binder unverständlich.*

Bgm. Mag. **Nagl**: Nein nichts, Sie haben noch nichts auf den Tisch gelegt, Frau Gemeinderätin, greifen Sie nicht die Volkspartei an, dass sie eine Chance ergreift. Frau Binder, Sie werfen meiner Fraktion vor, dass uns quasi Argumente ausgehen würden, die gehen mir überhaupt nie aus. Ich werde Ihnen jetzt erzählen, warum wir uns so einsetzen, dass dort eine Lösung auch wirklich gelingt. Ich möchte Kaufkraft in dieser Altstadt erhalten und zwar in der gesamten, das ist wichtig da draußen, ich möchte Unternehmungen, die sonst vielleicht absiedeln und da können Sie einmal mit ihnen sprechen, weil Sie die Häuser in dieser Größenordnung dort nicht mehr führen wollen da mitbieten mit einem anderen und der hat sich Gott sei Dank gefunden, dass dort investiert wird. Wir möchten haben, dass die Menschen, die dort wohnen, nicht irgendwann in Slums und Ghettos dort sind, wo wirklich nur mehr die Prostitution und ein richtiges Bahnhofsviertel existiert, wie in vielen anderen Städten Europas und der Welt (*Applaus ÖVP*), sondern ich hätte dort gerne einen prosperierenden Bezirk, wo sich Menschen wohlfühlen und deswegen arbeitet der



Gerhard Rüschi nur schneller als hier gewünscht, das nehmen wir heute zur Kenntnis als Volkspartei, arbeiten wir dran, dass auch die Verkehrslösung wirklich gut ist. Die Verkehrslösungen, die bis jetzt am Tisch waren, waren fürchterlich, das haben wir zurückgenommen.

GR. Dipl.-Ing. **Topf**: Liebe Kollegen des Gemeinderates! Wieder zurück zum eigentlich Punkt, den Günter Getzinger heute angesprochen hat, mitvermerkt natürlich auch das Projekt ECE. Es geht ja darum, dass wir nichts anderes wollen oder nichts anderes zulassen, dass ein Projektwerber in der Stadt Graz eine Idee verwirklichen will. Das ist der eigentliche Wunsch des Projektwerbers, er möchte einen bestimmten Standort, der wirtschaftlich interessant ist, aber auch für die Stadt Graz, ein Projekt entwickeln, nach den Gesichtspunkten, wie halt ein Projekt zu entwickeln ist. Die Raumordnungsgeschichte ist schon angesprochen, deswegen melde ich mich zu Wort, weil ja letztendlich jetzt auch das Thema Raumordnung, nicht nur Verkehr, sondern Raumordnung in Verbindung mit Verkehr angesprochen wurde. Es ist ganz eindeutig, dass nach dem Raumordnungsgesetz die verschiedenen Stufen einzuhalten sind, es ist schon angesprochen worden, wir sind derzeit, liebe Kollegen, für das Projekt derzeit in der untersten Stufe der Projektentwicklung, nämlich der Änderung des Flächenwidmungsplanes. Und es ist nicht unüblich bitte, das muss ich jetzt schon sagen, es ist nicht unüblich, dass ein Flächenwidmungsplanentwurf von der Aufsichtsbehörde angeschaut wird und die eine oder andere Ergänzung gefordert wird. Also ich sehe da überhaupt keine Aufregung, das kommt immer wieder vor bei den Bebauungsplänen...

*Zwischenruf GRin. Binder unverständlich.*

Dipl.-Ing. **Topf**: Nein, Frau Kollegin Binder, dann schau dir doch bitte an die verschiedenen Bebauungspläne, wo immer wieder auch durch die Aufsichtsbehörde

gesagt wird, bitte schaut euch das genau an, das müsst ihr ergänzen, allenfalls das eine oder andere Gutachten noch dazu abgeben, dann ist es soweit, dass auch die Aufsichtsbehörde dem Flächenwidmungsplan zustimmen kann. Das ist erst der Flächenwidmungsplan, liebe Kollegen, die erste Stufe, wir sind ganz am Anfang. Dann kommt der Bebauungsplan mit allen Möglichkeiten (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) auch wieder der Bezirksvertretungen, der Möglichkeiten aller Interessentengruppen hier Einspruch, Einwendungen zu erheben, wo auch wieder alle Probleme, die Problematik des Verkehrs, Lärms, Luft hier entsprechend im Bebauungsplan, also in der zweiten Stufe, wenn Sie so wollen, behandelt werden. Ich rede jetzt gar nicht von der Umweltverträglichkeitsprüfung, die also die strengste Möglichkeit ohnedies schafft, hier ein Projekt zu beurteilen, mit allen Facetten, die eben von Sachverständigenseite einzubringen sind. Also liebe Kollegin Binder oder liebe Kollegen des Gemeinderates, ich sehe da wirklich einige Stufen davor, die hier angebracht sind, ein Projekt, das wir nicht verhindern wollen, das wir zulassen wollen, hier entsprechend zu prüfen bis hin zur strengen Prüfung des Umweltverträglichkeitsgesetzes. Sie wissen das ganz genau, welche Schutzgüter, welche Materien, Gesetze hier behandelt werden müssen und Sie können mir glauben, das auf der Ebene des Landeshauptmannes die zuständige UVP-Behörde das sehr genau angeschaut wird. Wir sind jetzt, und damit möchte ich wieder ein wenig kalmieren (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), in der Stufe des Flächenwidmungsplanes, nichts Außergewöhnliches, die Aufsichtsbehörde hat gesagt, bitte das eine oder andere ist zu ergänzen, dann werden wir schauen, ob der Flächenwidmungsplan in der Form genehmigungsfähig, bewilligungsfähig ist oder dass hier dieser Flächenwidmungsplan rechtskräftig wird, dann kommt erst die zweite Stufe, da werden wir uns wieder ausführlich mit der Bebauungsplangeschichte mit allen Möglichkeiten, die hier vorhanden sind, mit den Bebauungsplan beschäftigen und dann kommt erst womöglich das Einreichprojekt mit der Umweltverträglichkeitserklärung usw. Ich möchte Sie gar nicht langweilen mit dem Stufen, aber ich glaube, dass hier auf jeden Fall genügend Möglichkeiten da sind, ein so Projekt zuzulassen; ob es bewilligungsfähig ist, ist damit noch lange nicht ausgestanden (*Applaus ÖVP*).

GR. **Khull-Kholwald:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Stadtrat Dr. Rüschi, lieber Antragsteller, meine Damen und Herren! Es ist ganz kurz von unserem Herrn Bürgermeister mal so in der lebhaften Diskussion die Forderung nach einem konkreten Vorschlag gekommen. Ich habe so einen kleinen konkreten Vorschlag und ich möchte Ihnen diesen konkreten Vorschlag für unsere Arbeitsgruppe dringend ans Herz legen, als ich nämlich glaube, dass dieser konkrete Vorschlag eigentlich so etwas ist wie eine Notwendigkeit, wenn wir von so einer Achse, ich nenne die jetzt wirklich Dietrichsteinplatz bis Hauptbahnhof, über die Details kann man sich streiten, sprechen wollen und wenn wir wirklich diese Kaufkraft nicht nur in der Stadt halten wollen, sondern wenn wir vor allem auch diese Kaufkraft unseren hier ansässigen Unternehmen zuführen wollen, meine Damen und Herren. Diese Chance, die das ECE mit sich bringen könnte, sehe ich nicht so deutlich, wie vielleicht der eine oder andere oder die eine oder die andere hier in diesem Haus sie sieht, weil ich einfach diese Notwendigkeit vor Augen habe, die bei uns liegt, die einzige Chance, die ich sehe ist, dem ECE, so das möglich ist und da habe ich auch meine Gespräche mit der Dame vom ECE geführt, so das möglich ist, das unterstreiche ich noch einmal, dass ECE finanziell in die Pflicht zu nehmen. Worum es mir ganz konkret jetzt geht, ist Folgendes: Wir haben auf der einen Seite oder wir hätten auf der einen Seite der Annenstraße eben dieses ECE als Frequenzbringer, auf der anderen Seite haben wir unseren Hauptplatz mit seinen Umgebungen als Frequenzbringer gegebenfalls und dazwischen haben wir spätestens seit diesem Platz, wo das Kunsthaus steht, eine Straße, die mit größten wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. In den Diskussionen mit der Vertreterin des ECE bin ich zu einem Schluss gekommen, der uns darauf hinführen kann, woher diese Probleme zum Teil kommen und zwar liegt das wirklich nicht nur an der Straße, es liegt nicht nur an den Geschäften, die dort einen durchaus nicht gerade vorbildlichen Branchenmix darstellen, sondern es liegt vor allem auch an der fehlenden Attraktivität der Parallelstraßen zur Annenstraße in südlicher und nördlicher Richtung. Und da meine ich jetzt nicht Attraktivität in Form von Geschäften, sondern ich meine ganz konkret die Attraktivität für eine sozial durchmischte Wohnbevölkerung. Meine Damen und Herren, wenn Sie sich anschauen, wie die Gebäude dort beisammen sind, dürfen Sie sich nicht wundern, wer sich dort einmietet und wenn ich jetzt Menschen habe, die in der Lage sind und willig sind, ein Geschäft zu besuchen, dort aber nicht wohnen wollen, die werden

weder mit dem Bus noch mit dem Auto auf einer total verstaubten Straße noch sonst irgendwie in die Annenstraße kommen. Meine Damen und Herren, worum wir uns bemühen müssen, ist eine Gesamtattraktivierung auch der Parallelstraßen zu Wohnzwecken in diesem Bereich, weil sonst sehe ich diese Chance wirklich nicht. Und das sage ich Ihnen mit Ernst und mit großem Nachdruck.

GRin. **Binder**: Bei uns zu Hause hat es ein Sprichwort gegeben, das hat geheißen, mit voller Hose ist leicht stinken. Das ist mir jetzt eingefallen, wie uns der Vorwurf gemacht wurde, ja, ihr habt ja kleine Vorschläge und ihr bringt ja keine Vorschläge und hin und her. Ja, Herr Bürgermeister, das möchte ich Ihnen schon zurückgeben. Die Möglichkeiten, die Sie haben, schöpfen Sie auch nicht aus oder die Möglichkeiten, die andere als Stadträte und Stadträtinnen haben. Uns, die wir GemeinderätInnen sind und uns, die wir auch noch nebenbei im Beruf stehen usw. den Vorwurf machen, ja ihr habt keine Vorschläge, das ist ein bisschen zu billig, das möchte ich schon sagen. Wenn das ECE wirtschaftlich so wichtig wäre, frage ich mich, warum ist keine Wirtschaftlichkeitsprüfung durchgeführt worden? Wir haben das eingefordert, das ist abgelehnt worden. Brauchen wir nicht, weil es ist einfach wirtschaftlich, wenn das ECE kommt, da brauchen wir ja nichts unterfüttern mit irgendeiner Überprüfung. Das kommt mir fast so vor, das ist ein sicheres Naturgesetz, ECE bringt Kaufkraft zurück und ECE rettet unsere Stadt so wie möglicherweise nicht nur das ECE unsere Stadt retten wird, sondern auch eine Einkaufsmeile vom Rathaus bis zum Fischplatz usw. Geben Sie die Möglichkeit, Herr Bürgermeister, diesen Prozess zu verlangsamen und geben Sie uns die Möglichkeit, uns zusammzusetzen, geben Sie uns allen die Möglichkeit, nachzudenken was welche Projekte gäbe es, die nicht auf reiner Verkommerzialisierung aufgebaut sind, nicht auf Verdrängung, nicht auf Konzentration aufgebaut sind, sondern die wirklich dieser Stadt wieder individuelles Aussehen, auch was den Handel betrifft, zurückgibt beziehungsweise das, was vorhanden ist, auch schützt. Denn bis jetzt hat mir noch niemand von Ihnen beweisen können, außer durch irgendwelche Glaubenssätze, warum unser Innenstadthandel gerettet beziehungsweise aufleben wird, wenn es das ECE geben wird.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Also ehrlich gesagt, verstehe ich die Aufregung gar nicht, wüsste auch nicht, warum die ÖVP diesem Stück nicht die Zustimmung geben könnte, aus einem sehr einfachen Grund, da steht mit keinem Wort drinnen, dass ein Projektant nicht unterstützt werden soll in der Stadt, ganz im Gegenteil. Nur die Erfahrungen, die wir in der Steiermark mit ein bisschen überwutelten und überhudelten Verfahren gemacht haben, ich sage nur einmal Spielberg, lieber Georg Topf, du kommst aus dem Metier, ich komme aus dem Metier, ich habe UVP-Verfahren geleitet, du hast als Sachverständiger UVP-Verfahren geleitet, wir wissen, was schief gehen kann, wenn nicht gut vorbereitet ist. Da wird dann nicht mehr drüber diskutiert, welche Verkehrspolitik macht die Stadt, welche Raumordnungspolitik macht die Stadt, sondern es wird nur diskutiert, passt dieses vorgelegte Projekt in den Rahmen hinein und da wird ein verkehrstechnischer Sachverständiger kommen und möglicherweise feststellen, leider, so wie das da geplant ist von ECE, passt das nicht und dann gehen die Arbeitsplätze flöten, von denen wir da alle träumen und die wir uns wünschen, meine Damen und Herren. Und daher geht es darum, dass wir gut vorbereitet sind auch im Interesse von Projektwerbern und dass wir ihnen gegebenenfalls auch sagen können, das geht oder das geht nicht. Nicht mehr und nicht weniger steht in diesem Stück drinnen und daher ist die Aufregung darüber, dass irgendwas verhindert wird oder das ECE blockiert werden soll, völlig falsch an dieser Stelle, darum geht es in diesem Stück nicht, es geht hier darum, dass eine umfassende Verkehrsplanung und eine umfassende Planung auch des Stadtbildes hier erfolgt. Jetzt will ich nicht sagen, dass der Gerhard Rüschi sich nicht um diese Fragen bemüht, aber es geht ja auch noch um etwas anderes, es geht darum, dass der Gemeinderat, die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte darüber informiert werden wollen, was dort passiert, das ist möglicherweise die größte städtebauliche Veränderung in Graz in den nächsten Jahren und da kann man nicht so tun, als ob das niemanden was angehen darf, meine Damen und Herren (*Applaus SPÖ*). Und daher, lieber Kollege Schönegger, komm raus, wir können ja gerne diskutieren, ich rede gerne laut, damit du es auch verstehst, weil manchmal habe ich den Eindruck, dass du meine Worte nicht verstehst. Nachdem es kein intellektuelles Problem bei dir sein kann, rede ich gerne ein bisschen lauter und eindringlicher, damit das endlich verstanden wird. Dieses Stück sagt nichts anderes, als dass wir uns darum bemühen sollen, dass das UVP-Verfahren, das kommen wird und von dem der Georg Topf gesprochen hat,

auch möglichst gut abgewickelt werden kann und die Stadt ihre Hausaufgaben erledigt hat. Oder es steht im Übrigen auch nichts von einer Verzögerung drinnen, der Gerhard soll spätestens, aber vorher steht ehebaldigst dem Gemeinderat berichten, ehebaldigst könnte auch schon der Juni sein, keine Verzögerung, meine Damen und Herren (*Applaus SPÖ*).

GR. **Lozinsek**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Vorredner, Stadtrat Riedler, hat es eigentlich auf den Punkt gebracht, es geht nicht um das ECE. Obwohl ich bei den Wortmeldungen der Kollegin Binder sehr wohl den Eindruck habe, dass es ihr ausschließlich um das ECE geht und ausschließlich um die Verhinderung des ECE geht (*Applaus ÖVP und FPÖ*).

**Zwischenruf GRin. Binder: Ich habe meine Meinung kundgetan.**

GR. **Lozinsek**: Das ist ein Stil, den du heute gezeigt und geprägt hast, der sehr zur Verwunderung anregt. Nämlich zu sagen, ich habe, ich war in Deutschland in ein paar Städten und habe ein paar Geschichten gehört und auf Grund dieser Geschichten, die wir alle nicht kennen, aber die halt irgendwo erzählt werden, sind das Hyänen, also so geht man mit Investoren, auch wenn man ihnen vielleicht das eine oder andere durchaus vorwerfen kann, sicherlich nicht um, indem man ihnen sagt, kommt rein, ihr seid Hyänen (*Applaus ÖVP und FPÖ*). Doch das hast du gesagt, du hast gesagt, das sind Hyänen und ich habe sehr wohl den Eindruck, ich meine eine Wirtschaftlichkeitsprüfung, das habe ich sowieso noch nie gehört. Da kommt ein internationaler Konzern, du hast es selbst gesagt, ein großer Konzern, der in unzähligen Städten entsprechende Einrichtungen betreibt, her, ist bereit, welche Summe ist genannt worden heute, 200 Millionen Euro zu investieren und du gehst davon aus, dass sozusagen wir im Grazer Gemeinderat oder im Magistrat dann vielleicht dem ECE vorrechnen, ob er dort wirtschaftlich reüssieren kann oder nicht,

ich meine, das ist doch wirklich absurd, dass man annimmt, dass die Damen und Herren eines Konzerns, die also schon mehr als genug Erfahrung auf dem Gebiet haben, hier nicht ausreichend betriebswirtschaftliche Rechnungen anstellen können, um zu sagen, das könnte sich rentieren oder könnte sich nicht rentieren und das ist ja die Hoffnung und der Pluspunkt, den auch der Bürgermeister angesprochen hat, wenn ein so ein renommiertes Unternehmen bereit ist, diese Summen zu investieren, dann muss dort, davon gehe ich einmal aus, die Lage sein oder zumindestens das wirtschaftliche Umfeld gegeben sein, dass sich das auch rentieren kann. Ob es sich letztendlich rentiert für das ECE, ob es sich letztendlich rentiert für die Anrainer und für die anrainenden Unternehmungen, das wird erst die Zukunft zeigen, das können höchstens die Wahrsager hier vielleicht ins Stammbuch schreiben, aber sicherlich keine konkreten und seriösen Berechnungen. Also ich würde bitten, dass man mit solchen Investoren etwas „freundlicher“, unter Anführungszeichen, umgeht und wenn du Beweise hast, Sigi Binder, für unredliches Verhalten dieses Konzerns, dann bitte lege sie auf den Tisch, dann können wir drüber diskutieren, aber von Geschichten oder sonstigen Artikelchen, also da lasse ich mich nicht beeindrucken (*Applaus ÖVP und FPÖ*).

GR. Mag. **Frölich**: Herr Bürgermeister, meine geschätzten Damen und Herren! Ich mache jetzt da weiter und spreche auch nicht über das Stück, weil wir gehen jetzt in Richtung ECE und ich kann also nur unterstreichen, was der Herr Kollege Lozinsek gesagt hat. Aber eines kann ich nicht einfach hinnehmen, da kommen Leute in die Stadt, die sagen, wir möchte ganz einfach etwas tun, was unser Beruf ist. Wir möchten ein Projekt entwickeln auf Basis der gesetzlichen Grundlagen, auf Basis unseres Könnens und wir üben unseren Beruf aus. Wir sind Manager, wir haben das in Klagenfurt bewiesen, gehen Sie bitte dorthin, sprechen Sie dort mit den innerstädtischen Unternehmen, die Ihnen sagen werden, dass ECE in Klagenfurt eine enormen Kaufkraftzufluss gebracht hat und dass innerstädtische Traditionshäuser, die in Klagenfurt kurz vor dem Zusperrren waren, überlebt haben, weil ECE in dieser Qualität, wie sie von ECE selbst vorgegeben wird, dort hingekommen ist. Und ich muss noch etwas dazusagen, wir stellen uns heute da her, Frau Binder, in Ihrer bewährt, fast schon menschenverachtenden Art gehen Sie hin

und sagen, das sind Hyänen, ich frage Sie ganz einfach, können Sie einen Investor, der 200 Millionen in die Stadt bringt, auch nur annähernd interessieren, der wird nach dem ersten Gespräch schon auf die andere Seite der Welt wechseln, ich sage es Ihnen (*Applaus ÖVP*), das ist die Realität. Die Sprache bin ich mittlerweile gewohnt, weil wenn man sich die Homepage anschaut, dann merkt man, was Sie für einen Umgangston offenbar im Grünen pflegen. Für mich ist eines wichtig, ECE geht auch hochprofessionell an diese Verkehrsplanung heran, ECE sucht sich den Standort aus, ECE kennt das einfachste Prinzip von Wirtschaft und Handel, heißt, ich brauche hier einen großen Betrieb und hier einen großen Betrieb und dazwischen ist Frequenz, das ist einfach so, das werden Sie nicht wegdiskutieren können, das werden wir nicht wegdiskutieren können. Dort sind Profis am Werk, die werden sich auch nicht von irgendeiner Bilderbuchwirtschaftsanalyse des Grazer Gemeinderates irgendwas ausrichten lassen. Die Leute wollen einfach nur tun, was sie können und die Stadt hat die Dinge, die Voraussetzungen zu schaffen wie die Arbeit, die die Projektgruppe, die Gerhard Rüschi ins Laufen gebracht hat und die schon sehr viel gelistet hat, sie macht. Also Faktum ist bitte, man sollte wirklich vorsichtiger damit umgehen, wenn man sich da herausstellt und sagt, das sind Hyänen und die wollen uns allen nur wehtun, denken Sie an die Arbeitsplätze, denken Sie an die Betriebe, denken Sie an die Kommunalsteuer, denken Sie an all diese Dinge auch, das ist etwas, was Ihnen völlig egal ist offenbar (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Candussi**: Also es ist interessant, wie sich aus einem an sich harmlosen Antrag eine emotionale Debatte entwickeln kann. Im Prinzip, es ist eh schon gesagt worden, steht im Antrag nichts von einer Verhinderung des ECE, von einer geplanten, sondern steht, wenn man das will, dann sollten die Rahmenbedingungen rechtzeitig stimmen.

**Zwischenruf GR. Schönegger: Ja eben, rechtzeitig.**



Mag. **Candussi**: Und das die Sorge, ob diese Rahmenbedingungen stimmen könnten rechtzeitig oder nicht; dass diese Sorge berechtigt ist, beweist aus unserer Sicht zumindest die Versagungsandrohung des Landes, dass diese Sorge berechtigt ist und nicht mehr und nicht weniger könnten wir heute diskutieren. Ich mag jetzt nicht sagen, wer angefangen hat, aber für mich war es schon sehr stark, sage ich einmal, von Seite des Bürgermeisters und seiner Fraktion, sofort eine Verteidigungshaltung für das ECE da und das ist das, was mich in der ganzen ECE-Geschichte und ich sehe das, glaube ich, relativ nüchtern, ich habe im ECE kein immenses Feindbild, aber ich habe auch meine Skepsis, und Kollege Frölich, ich beziehe diese Skepsis unter anderem aus einer ganz linken Postille, nämlich aus der „Zeit“. Und aus der ausgiebigen Beilage der „Zeit“, wo auf gut 10 bis 15 Seiten die Geschichte des ECE und die Praktiken des Konzerns in Deutschland und auch anderswo geschildert werden und diese Praktiken sind, würde ich einmal sagen, das Resultat einer Politik, die immer dann so reagiert hat, dass sie gesagt hat, wenn ein Investor kommt, dann haben wir a priori, am Bauch zu liegen und zu sagen, wir sind dankbar, dass ihr kommt und das ist das, was ich da hier auch ansatzweise immer wieder merke, dass ich sage, Moment einmal, wer bestimmt eigentlich, wer regelt eigentlich den Gang, die Entwicklung dieser Stadt? Sind es die Interessen ausschließlich der Konzerne und es hat ein Missverständnis gegeben und das finde ich super, es hat geheißen, Sigi Binder hat schon vor einigen Sitzungen eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gefordert und Sie haben sofort gesagt, ob ECE wirtschaftlich ist oder nicht, das wird wohl ECE entscheiden können, keine Frage. Diese Frage der Wirtschaftlichkeit soll ECE entscheiden. Wir wollten eine andere Form der Wirtschaftlichkeitsprüfung, nämlich die haben, dass tatsächlich überprüft wird, ob ECE an diesem Standort in dieser Dimension, ob das ein Einkaufszentrum in dieser Dimension an diesem Standort für die Stadt tatsächlich so gut ist, wie manche meinen. Manche meinen, es ist sehr gut, andere meinen, es könnte eine Gefahr sein. Und das sind durchaus auch seriöse, Eva-Maria schüttele nicht den Kopf, das sind durchaus auch seriöse Leute und meines Wissens gibt es den zweiten großen Einspruch gegen ECE auch von ganz bösen Linken, nämlich von der Wirtschaft, die Befürchtungen haben, dass durch ECE unter Umständen eine Überhitzung des Marktes an diesem Ort stattfinden könnte.

***Zwischenruf GRin. Mag. Fluch: Das wird ja bedacht.***

Mag. **Candussi**: Und diese Wirtschaftlichkeitsprüfung ist bis heute verweigert worden, das ist der Punkt. Was mich schon immer wieder wundert, und jetzt bleiben wir bei dieser ideologischen Geschichte, ist, dass die Stadt schon bereit ist, bei bestimmten Investoren immer wieder ein bisschen ein Auge zuzudrücken, wenn es um die eigenen Spielregeln geht. Ich habe mich zum Beispiel sehr gewundert, ich habe keinen großen Aufschrei aus dem Büro des Stadtplanungsstadtrates gehört, wie jetzt vorgestern in der Zeitung gestanden ist, welches Gebäude die Styria am Sportklubplatz baut. Und ich weiß genau, jetzt kommt sofort der Reflex, ja willst du nicht, dass die Styria in Graz baut und wärst du vielleicht dagegen, nein, ich will, dass die Styria in Graz baut, ich weiß, dass da viele Arbeitskräfte dran hängen, aber ich will, dass auch die Styria sich an das Grazer Modell hält, das du Gerhard, ganz stolz da präsentiert hast. Und dass die Styria als erstes großes Projekt das Grazer Modell umgeht und das Ergebnis des Wettbewerbes eigentlich ignoriert, halte ich für sehr traurig, ich weiß, wir können im Ernstfall wenig dagegen tun, aber ich hätte mir zumindest eine kritische Stellungnahme von dir dazu gewünscht und das Gleiche, Gerhard, gilt für mich für das ECE, auch dort sind wir weit entfernt von einem Wettbewerb, nicht einmal den Fassadenwettbewerb wollen sie haben und das gleichzeitig zu dem Zeitpunkt, wo wir da hier großartig beschlossen haben, wir wollen die Qualität, die Bauqualität dieser Stadt durch das Grazer Modell sichern. Aber beim ECE dürfen wir nichts sagen, das sind Arbeitsplätze, 200 Millionen, um Gottes Willen, bitte nicht zu laut sagen, dass die vielleicht daran interessiert sind, mit den Spielregeln, die wir da hier üblicherweise einhalten wollen, ein bisschen ungenauer umgegangen haben wollen, das ist das, was mich an den Debatten immer wieder stört. Mir geht es nicht darum, ECE zu verhindern, ein Einkaufszentrum dort zu verhindern, sondern ich will, und erinnert euch vielleicht daran, ich habe ganz am Anfang schon diese Frage gestellt, ich möchte, dass zuerst geklärt wird, wie groß kann ein Einkaufszentrum an diesem Ort sein, dass es die Stadt wirtschaftlich und von der Infrastruktur her erhält, nichts anderes sollte geklärt werden und wenn herauskommt, wir schaffen die entsprechenden Lösungen für die Kreuzung dort nicht, dann wird es halt ein bisschen kleiner sein müssen. Es hat immer geheißen,

nein, nein, das geht sich alles locker aus, jetzt haben wir, siehe da, vom Land die Zustimmung gekriegt, scheinbar reicht es nicht ganz, weil sonst hätten sie ja keine Versagungsandrohung gemacht (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Eine Klarstellung, die mir sehr wichtig ist, auch für die ÖVP und die Debatte, die da ist, weil da kommen ja immer so nette Unterstellungen mit. Wir meinen genau dasselbe, aber wir sind dabei, einmal etwas zu ermöglichen und nicht nur dagegen zu schießen und auch öffentlich gleich dagegen zu opponieren, weil das ist ganz, ganz schwierig und kann ein solches...

*Zwischenruf GR. Mag. Candussi unverständlich.*

Bgm. Mag. **Nagl**: Noch einmal, nein, das ist in keinster Weise der Fall und jetzt komme ich wieder zurück zu einem ganz, ganz wichtigen Thema und um das geht es eigentlich heute hier wieder. Es geht ein bisschen darum, mittels eines dringlichen Antrages einen Stadtrat quasi vorzuführen, der tolle Arbeit macht, der das da eh immer bestätigt kriegt und wo man jetzt sagt, wir brauchen wieder eine Arbeitsgruppe, die den Herrn Rüschi quasi begleiten soll. Und jetzt sagt der Herr Stadtrat Rüschi, und deswegen ist es uns heute nicht dieses Anliegen, dass da andere haben, es mag sein, dass der Informationsfluss so schlecht ist oder sonst was, aber deswegen versuchen wir es auch ganz genau zu erklären, der Stadtrat Rüschi hat längst eine solche Arbeitsgruppe...

*Zwischenruf GRin. Gesek: Und arbeitet.*

Bgm. Mag. **Nagl**: ...und er tut sein Möglichstes, damit die optimalste Verkehrslösung herauskommt unter Einbeziehung aller derer, ich weiß nicht, da steht jetzt nur drinnen, dass man noch die GBG einladen und die GPG einladen sollen, soweit habe ich jetzt gelesen aus dem Antrag.

*Zwischenruf GR. Herper: Es geht um Stadtteilentwicklung.*

Bgm. Mag. **Nagl**: Noch einmal, das ist ja alles gut und schön, aber es geht jetzt um zwei Dinge. Das eine ist, auf Grund dieses Investors nimmt die Stadt Graz die Gelegenheit beim Schopfe und selbstverständlich erwarte ich mir auch vom Investor, dass er bei Verkehrslösungen mitzahlt, haben wir ja auch schon zustande gebracht in der Stadt Graz, nicht üblich in Österreich. Zum Beispiel im Murpark, Zuzahlungen, Grundstücksabtretungen und, und, und. Das haben wir in der Stadt Graz zusammengebracht, das ist österreichweit eine große Geschichte bis ins Center West hinaus, Trassenabtretungen und, und, und. Das erwarten wir uns auch, selbstverständlich gibt es da eine volkswirtschaftliche Überlegung, die betriebswirtschaftlichen, das war die Grunddebatte da, die werden sie schon selber lösen. Die volkswirtschaftliche Debatte ist mir auch wichtig. Und jetzt sage ich noch einmal dazu, ich erwarte mir auch, dass diejenigen Herrschaften, die bei uns investieren wollen im Stadtgebiet, und das ist nicht mehr ganz so einfach in den letzten Jahren gewesen, dass sie sich auch unseren Gesetzen, unseren Regelungen in der Stadt Graz, die härter sind, als im Umland und viel härter sind als noch weiter draußen im Land Steiermark, dass sie sich diesen auch stellen. Und bei uns gibt es wie beim Murpark selbstverständlich eine UVP, das hat es draußen nicht gegeben und draußen, und jetzt spreche ich von draußen wieder ganz bewusst, werden schon wieder 100.000 Quadratmeter geschaffen, da brauchen wir das alles nicht. Da brauchen wir das alles nicht im Land Steiermark und jetzt bin ich ganz bei der Frau Binder, wenn sie sagt, sie hat Bedenken, muss man nicht gleich damit in die Zeitung gehen und Anzeige erstatten, ich glaube, man kann auch mit dem Kollegen Rüscher reden und sagen, das sind meine Bedenken, einige treffen zu, das ist in Ordnung,

nur der AROB und auch die vorgelagerte Behörde zeigen uns das im Regelfall ganz normal auf, das haben sie jetzt auch getan. Einige davon sind deckungsgleich, kann man sagen, sie haben mitgedacht, auch die denken mit, wie immer und der Kollege Rüschi hat mit seinen Abteilungen alles Mögliche jetzt zu tun, damit man auch die Bedenken, die da noch in der Luft schweben, vielleicht auflösen kann und wenn das nicht möglich ist, muss man mit dem Investor sprechen und sagen, dann musst du deine Projekte in der und der Form ändern, um etwas anderes geht es nicht. Wir haben nur ein bisschen das Gefühl als Volkspartei, dass man jetzt wieder sagt, sehr gut, Verkehrsgeschichte, er braucht Nachhilfe, wie hat es geheißen, man muss ihm den Rücken stärken, ist ja heute da gefallen. Also der Kollege Rüschi ist Gott sei Dank ein Mensch mit Rückgrat, mit einem starken Rückgrat (*Applaus ÖVP*) und mit einer enorm hohen Sachkenntnis. Und auf das kommt es mir so wesentlich drauf an und große Verkehrslösungen am Bahnhof wünschen wir uns schon lange, vielleicht wird es auch gerade durch einen Investor und bitte bringt uns wen anderen.

***Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Vielleicht will der Eichberger noch Orthopäde werden.***

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüschi**: Ein paar Kommentare möchte ich noch gerne abgeben. Zunächst einmal der Hinweis und der geht an den Wolfgang Riedler, der im Moment nicht da ist, ich bin voll seiner Meinung, ich unterstütze ihn voll in dem Zusammenhang, ich hoffe, es schadet ihm nicht und zwar deshalb, weil er darauf hingewiesen hat, wie intensiv und gut vorbereitet die UVP sein muss. Das ist überhaupt keine Frage, nur das steht nicht im Antrag, im Antrag geht es ausschließlich um die Einrichtung einer Projektgruppe für den Hauptbahnhof. Das Zweite, was ich gerne sagen wollte, das ist zur Frage der gründlichen Planung oder nicht, weil hier immer wieder gesagt worden ist, es ist nicht gründlich vorbereitet. Ich kann Ihnen ganz genau sagen, wie das war. Wir haben bei der Flächenwidmungsplanänderung uns überlegt, ob eine strategische Umweltprüfung erforderlich ist oder nicht. Wir sind zur Auffassung gekommen, nachdem es bei der

Flächenwidmungsplanänderung um ein ganz, ganz kleines Stück geht, um das das Kern- und Geschäftsgebiet erweitert wird, nämlich jenes über die Niesenberggasse, sind wir zu dem Schluss gekommen, dass auf Grund dieser Änderung es aus Umweltgründen keine Probleme geben kann. Wir haben das begründet und das Land hat dem zugestimmt. Es gibt keine strategische Umweltprüfung und jetzt haben wir daraus geschlossen, ok, klar ist, dass es keiner strategische Umweltprüfung bedarf, klar ist auch, dass das Projekt einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen werden muss, aus diesem Grunde keine strategische, dann kommt aber die Umweltprüfung, dann haben wir gesagt, dieses Thema können wir für den ersten Bereich offensichtlich abhaken. Das war, wenn du so willst, unser Fehler, der jederzeit zugegeben ist, das war eine Falscheinschätzung und jetzt hat das Land gesagt, ihr müsst zwar keine strategische, aber das und das wollen wir noch wissen und da haben wir jetzt nachgegeben. Das ist alles, was hinter den Wünschen des Landes dahintersteckt. Was ich überhaupt nicht verstehen kann, dass wir etwa drübergefahren sind oder wir sind überhaupt noch nicht gefahren, wir bereiten vor, es ist im Moment Business as usual. Vorbereitung plus Abwicklung von Planungsverfahren, nicht mehr und nicht weniger. Der Bebauungsplan ist aufgelegt, wir haben immer gesagt, bevor nicht die Flächenwidmungsplanänderung und das Stadtentwicklungskonzept geändert wird, kommt auch die zweite Stufe des Bebauungsplanes nicht, wir planen es für den Juni, wir werden ja sehen, ob es klappt. Also drübergefahren sind wir noch über gar nichts. Ich kann sehr gut verstehen, dass nach außen da der Eindruck entstehen mag, wir wollen das ECE und sonst gar nichts. Ich möchte nur umgekehrt, liebe Klubobfrau sagen, ich glaube, deine Vorstellung von Stadtentwicklung ist ehrlich gesagt, etwas naiv und zwar aus folgendem Grund: Selbstverständlich muss niemand und soll auch niemand vor der ECE auf die Knie fallen und sagen, Gott sei Dank kommt ihr, macht was ihr wollt. Sondern unsere Aufgabe kann doch nur sein zu definieren, unter welchen Bedingungen ECE kommen kann und dann müssen wir mit ECE verhandeln, ob sie mit diesen Bedingungen einverstanden sind. Und dann müssen wir entscheiden, ja oder nein, aber so zu tun, als könnten wir eine Planungsgruppe einrichten, die entscheidet dann, was am Bahnhof passiert, tut mir leid, das ist ein Wunschkonzert, das ist nicht unser Leben, denn selbstverständlich wir brauchen einen Investor, wir werden von Seiten der Stadt nie so viel Geld haben (*Applaus ÖVP*), wir werden von der Stadt Graz nie so viel Geld haben. Liebe Sigi Binder, so funktioniert

Stadtentwicklung in der gesamten westlichen Welt, die Investition, man mag das kritisieren, das ist mir durchaus klar und kann man auch kritisieren, aber so funktioniert es, so funktioniert es in Wien, rede mit meine lieben Kollegen Rudi Schicker, rede mit dem Kollegen von Innsbruck, es geht immer darum, dass es Investoren gibt, die etwas unternehmen wollen in einer Stadt und wir müssen prüfen, passt uns das, in welchem Zusammenhang, wo sind die öffentlichen Bedingungen, passt es uns nicht, dann müssen wir nein sagen, wir sind bei der ECE noch nicht so weit, wir sind, wie gesagt, in der Planungsphase. Ich möchte gerne noch zum Wettbewerb zu sprechen kommen. Lieber Hermann, die Styria ist tatsächlich ein schwieriger Fall und zwar deshalb, ich habe selbstverständlich den Zeitungsbericht gelesen, habe schon vorher gewusst, dass Riegler/Riewe als Gewinner nicht genommen wird. Aber ich bin mir in diesem Fall nicht so klar, ob die Styria das Grazer Modell verletzt hat und zwar aus folgendem Grund, das Modell, das jetzt vorgeschlagen wird, war schon das Grundmodell für den Bebauungsplan, das heißt, wir haben das gekannt und jetzt denke ich mir, wenn der Wettbewerb der Styria nicht ernst gemeint gewesen wäre, dann hätten sie das Projekt genommen. Das haben sie aber nicht, sondern sie haben einen Wettbewerb ausgeschrieben, haben keine Kosten gescheut, er war sehr teuer, war unter großer internationaler Beteiligung, ...

***Zwischenruf unverständlich.***

Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Lasse mich nur schnell ausreden, und sind auf ein Siegerprojekt gekommen, das in der Jury einstimmig durchgegangen ist. So, also dieser Wettbewerb wurde durchgeführt und jetzt hat der Aufsichtsrat der Styria gesagt, uns gefällt das Projekt nicht, wir möchten gerne ein anderes haben, das ist etwas, was natürlich schmerzt, aber jedenfalls ist das Grazer Modell umgesetzt worden, indem die Styria einen international sehr beachtlich besetzten Wettbewerb durchgeführt hat. Mir hat es genauso weh getan wie dir, aber ich denke mir, das muss einem Bauherrn schon noch möglich sein, wenn er einen Wettbewerb durchführt und er ist mit dem Ergebnis,...

**Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Und zahlt.**

Dr. Rüscher: ...zahlt ihn auch, selbstverständlich und er ist mit dem Ergebnis nicht einverstanden, hätte gerne ein anderes Projekt, soviel dazu. Zu ECE möchte ich schon noch was sagen. Es war von Anfang an klar, dass bei der ECE, wenn nur ein Fassadenwettbewerb in Frage kommt. Wir bleiben auf unserer Position und wir sind auch dabei, ein Papier für die interne Diskussion und für die ECE vorzubereiten, indem wir auf die Bedingungen eingehen, die am Bahnhof erfüllt sein müssen und dort wird drinnen stehen, trotz vielfacher Diskussion, dass die Stadt sich einen Wettbewerb wünscht und auch einen Wettbewerb fordert. Wie du richtig gesagt hast, können wir ihn nicht durchsetzen, es wird die Entscheidung der ECE bleiben, ob sie ihn macht oder nicht. Aber wir haben sehr intensiv diskutiert, wir haben mit den Bauträgern diskutiert von Graz, wir haben auch mit den Architekten diskutiert, es sind alle der Meinung, dass dieser Wettbewerb selbstverständlich durchgeführt werden könnte, auch innerhalb der Zeitschiene passt und in dem Papier von uns jedenfalls, von meinem Bereich, wird drinnen stehen, dass die Stadt ihn gerne haben möchte. Nur zum Abschluss noch, ich möchte schon noch einmal betonen, das soll nicht verloren gehen, die ÖVP ist selbstverständlich für eine möglichst rasche Umsetzung einer Straßenbahnunterführung unter dem Bahnhofgürtel und unter der Eggenberger Straße. Ich denke, dass das jedenfalls ein gemeinsames Ziel ist und wir müssen selbstverständlich sicherstellen, dass dieses Projekt durch die ECE nicht verhindert wird. Das ist ein ganz klares Planungsziel, ich denke, das ist schaffbar, dazu müssen wir auch gemeinsam arbeiten, aber das ist jedenfalls, das sei am Schluss betont, das ist ein klares Ziel, nicht nur der ÖVP, sondern auch der anderen Parteien, aber jedenfalls auch der ÖVP. Danke (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv. **Ferk**: Also, lieber Gerhard, ich bin dir jetzt ganz besonders dankbar, weil du zum Ausdruck gebracht hast, dass auch die ÖVP diesem Antrag zustimmen wird. Ich bin dir deswegen dankbar, weil um das geht es ja in Wirklichkeit. Wir haben ja heute in keinem Punkt eine ECE-Diskussion, weil sonst hätten wir einen anderen



Antrag eingebracht, sondern gehen tut es um die Stärkung des öffentlichen Verkehrs in der günstigsten Situation, dass zum ersten Mal im Land Steiermark auch im Rahmen der Regierungserklärung der Punkt S-Bahn aufgenommen worden ist.

**Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic:** *Ach so, warum sagst du das nicht gleich?*

Bgm.-Stv. **Ferk:** Soweit waren die Wünsche der Landeshauptstadt, lieber Kollege Frölich, noch nie und daher ist es wesentlich nachzuschauen und zu überlegen, können wir auch ein Projekt auf den Tisch legen, natürlich ist jetzt der Verkehrsreferent gefordert, aber ein Projekt dieser Größenordnung Nahverkehrsdrehscheibe und möglicher Straßenunterführung kann doch wohl nur in gemeinsamer Anstrengung aller Kräfte gehen und ich bin froh, dass euer Verkehrsreferent, deswegen ist er es ja auch und Planungsreferent, genau diesen Punkt jetzt zuletzt ausgeführt hat. Denn um das geht es und ich bin froh, dass ihr diesem Stück auch zustimmen werdet. Danke (*Applaus SPÖ*).

Dr. **Getzinger:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie können mir glauben, ich habe nicht vermutet, dass es zu diesem Stück so kontroversiell diskutiert wird, es ist halt ein ECE-Stück draus konstruiert worden im Bewusstsein mancher Debattenrednerinnen und -rednern, obwohl es das ja eigentlich nicht ist. Aber vielleicht hat zu dieser Kontroverse auch eine besondere Begabung unseres Bürgermeisters beigetragen, nämlich das öffentliche Konstruieren von Feindbildern. Die gibt es nämlich nicht, Herr Bürgermeister, es will hier niemand, aber auch wirklich niemand unseren Planungs- und Verkehrsstadtrat vorführen...

***Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Bei der Technologie lassen wir euch den Vortritt.***

Dr. **Getzinger**: ...und schon gar nicht die sozialdemokratische Fraktion. Niemand will den Verkehrsstadtrat vorführen. Es ist aber schon auch ein Faktum, Herr Bürgermeister, und insofern freue ich mich, dass es doch Bewegung gibt innerhalb der ÖVP, vielleicht sogar Zustimmung zu diesem Antrag. dass festgestellt wurde von Ihnen, Herr Bürgermeister, dass es natürlich nicht hinreichend ist, das eine oder andere Gleis zu verrücken, so wie es im Plan Rüschi ursprünglich vorgesehen war. Dieser Plan ist natürlich völlig unzureichend, völlig insuffizient, sowohl zur Lösung des Verkehrsproblems, das durch ECE verursacht wird, als auch durch die anderen Entwicklungen rund um den Hauptbahnhof. Völlig unzureichend, wir müssen unter die Erde gehen mit der Straßenbahn, das steht mittlerweile außer Zweifel, auch Sie, Herr Bürgermeister, haben das, wenn ich das richtig sehe, außer Streit gestellt. Die Grazer Bürgerinnen und Bürger würden uns schlicht und einfach auslachen, wenn wir zunächst einmal eine kleine Lösung machen jetzt im Laufe des Jahres 2008, um ECE möglich zu machen und dann im Jahr 2010 oder 2011 unter die Erde zu gehen, das ist einfach Unsinn, war aber genau das, lieber Gerhard Rüschi, was du mir in der entsprechenden Verkehrsausschusssitzung gesagt hast. Du hast gesagt, jetzt einmal tun wir ein Gleis verrücken und dann erst nach 2010 peilen wir die größere Lösung an. Weil es ist ja gar nicht so gewiss, ob es das Land wirklich so ernst nimmt mit der S-Bahn. Heute tönt der Bürgermeister, Gott sei Dank sage ich dazu, schon ganz anders, er weiß es, dass da einiges im Laufen ist, er akzeptiert es, und auch du, wenn ich dich richtig verstanden habe in deiner abschließenden Wortmeldung, schließt dich dieser Analyse an. Wir müssen also den Krampen und den Spaten in die Hand nehmen am Hauptbahnhof und eine größere Verkehrslösung anpeilen, die nicht nur den öffentlichen Verkehr umfasst, nicht nur die Straßenbahn, nicht nur den Bus, sondern natürlich auch den Individualverkehr, ruhend wie fließend, den Radverkehr, den Fußgängerverkehr neu regeln. So, und wenn das jetzt so ist, dann ist das Ansinnen der SPÖ ja ein ganz ein eindeutiges und richtiges und schlüssiges, nämlich das aus städteplanerischer Perspektive und nicht nur aus verkehrsplanerischer Perspektive sich anzusehen. Die Lebens- und Wohnqualität in

diesem Bezirk deutlich anzuheben. Der Herr Bürgermeister hat das richtig gesagt, es geht um die Prosperität eines Stadtteils. Die wird natürlich nicht ausschließlich durch die Ansiedlung eines Einkaufszentrums beeinflusst, sondern durch die gesamte Verkehrs- und auch Stadtplanung. Da muss man ein bisschen mehr machen. Nichts anderes als das hat die SPÖ in ihrem Antrag gefordert, gemeinsam mit den Grünen, nämlich eine etwas integralere Sicht dieses Problems. Nicht unbedingt die Gründung einer neuen zweiten Arbeitsgruppe, wie so gern missverstanden worden ist von der ÖVP, das ärgert dann schon, wenn sozusagen knapp vor den Wahlen nicht nur Scheuklappen aufgesetzt werden, sondern wirklich die Augenbinde aufgesetzt wird...

***Zwischenruf GR. Schönegger: Nein, wir haben genau gesehen.***

Dr. **Getzinger**: ...und sozusagen etwas behauptet wird und etwas hineininterpretiert wird, was in diesem Antrag tatsächlich nicht steht. Es geht um die Erweiterung der Perspektive auf Städteplanung, auf andere Probleme als nur das Verkehrsproblem, das sicherlich das vordringliche ist. Es geht eben um die Einbeziehung der Stadtplanung in diese Arbeitsgruppe, es geht um die Einbeziehung der GBG, der GPG in diese Arbeitsgruppe, um diese erweiterte Perspektive sicherstellen zu können und eben nicht nur ein paar Schienen zu verlegen oder sich ausschließlich auf diese Unterführung zu konzentrieren. Mir liegen selbstverständlich die Planungen bereits vor, die von dieser relativen kleinen Arbeitsgruppe erstellt wurden und sie schauen halt relativ mickrig aus, da geht es um eine kleine Schleife, Unterführungsschleife hin zum Bahnhof, das scheint mir nicht hinreichend zu sein angesichts der Probleme, die sich am Hauptbahnhof und im ganzen Stadtteil Hauptbahnhof ergeben. Also noch einmal, bitte nicht missverstehen, ich glaube, das Konstruieren von Feindbildern ist tatsächlich auch im Gemeinderat fehl am Platze,...

***Zwischenruf Gr. Schönegger: Themenverfehlung.***

Dr. **Getzinger**: ...es geht darum, gemeinsam am Strang zu ziehen, gemeinsam die Ärmel aufzukrempeln, um diesen Stadtteil, der gefährdet ist, wie übrigens jede Gegend rund um einen Hauptbahnhof, durchaus gefährdet ist in seiner sozialen Strukturierung, in seiner ökonomischen Situation, in der nicht erreichbaren Prosperität, Zitat Bürgermeister, deswegen macht es Sinn, sich einen integraleren Zugang zu wählen, einen ganzheitlicheren Zugang zu wählen. Es ist nunmehr wirklich, ich hoffe, dass es zum Beschluss kommt, der Stadtrat Rüschi gefordert, lieber Gerhard Rüschi, machen wir in diesem Fall wenigstens einmal, wir brauchen ihn wirklich, einen Nagel mit Kopf (*Applaus SPÖ*).

***Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.***

## **5) Mehrweggeschirr bei Veranstaltungen auf öffentlichen Plätzen**

GR. **Herper** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Herper**: Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, das ist notwendig ist, drei Jahre nach einem dringlichen Antrag nachzusetzen und nachzufragen, beziehungsweise im Konsens einen neuen Ansatz zu finden, einen gemeinsamen. Es gibt in unserer Stadt eine Vielzahl von Veranstaltungen im öffentlichen Raum, die ja durchaus das Grau beleben, das ist unbestritten. Was sich dann im Nachfeld bei mancher dieser Veranstaltungen abspielt, ist alles andere als erfreulich: Dann türmen sich immer noch – trotz der längst funktionierenden Mehrweg-Alternative - achtlos weggeworfenes Einweggeschirr und Einwegbecher auf Straßen und Plätzen. Die Folge: Die Reinigungstrupps der Wirtschaftsbetriebe haben Großeinsatz und die Müllberge wachsen.

Wie gesagt: Es gibt die Alternative „Mehrweg“ und sie funktioniert auch die Alternative. Das zeigt sich beispielsweise beim Hamburger Fischmarkt, und wir

selbst, auch SPÖ, haben das unter Beweis gestellt am letzten 1. Mai wiederum beim Familienfrühschoppen.

Woran es aber noch fehlt, sind natürlich die klaren Verordnungen beziehungsweise Richtlinien, um Mehrweg bei solchen Veranstaltungen im öffentlichen Raum einzusetzen; in den „Richtlinien für die Erteilung der Zustimmung zur Durchführung von Veranstaltungen auf öffentlichen Flächen“ heißt es lediglich vage, „Mehrweggeschirr und –besteck ist der Vorrang einzuräumen“. Ich gebe zu, ich habe mit unserem Mitglied (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) in dieser Arbeitsgruppe, die ja an den neuen Richtlinien arbeitet, Dagmar Krampfl, gesprochen, die letzte Sitzung fand im Sommer des Vorjahres statt, weil die Gruppe einfach Schwierigkeiten hatte, zu einer Einigung zu kommen aus inhaltlichen und sachlichen Gründen. Ich glaube, es sollte wiederum ein Anstoß sein, sich wieder zu finden und vielleicht auch das weiterzubringen, damit die neuen Richtlinien möglich werden.

Nachdem es in den nächsten Jahren immer wieder eine Reihe von Großveranstaltungen geben wird, ich denke die Euro im nächsten Jahr, die Großveranstaltungen der beiden großen Medien, die angekündigt sind, mit 10.000 Besucher und Besucherinnen, die Chorolympiade im Speziellen stattfinden wird, wäre es hoch an der Zeit, in Zusammenhang mit der Verwendung von Mehrweggeschirr eine deutlichere Sprachregelung auch in Form von Empfehlungen zu finden. Zumal ich ja noch einmal, wie gesagt, schon darauf hinweise, dass mein Kollege Willi Kolar vom 11. Februar 2004, also vor drei Jahren, einen diesbezüglichen dringlichen Antrag gestellt hat und er uns damals eindrucksvoll dargelegt hat, dass sich auch für die Veranstalter selbst Mehrweg rechnet, was die Kosten anbedingt, als Einweg. Ich zitiere ihn: „Berechnungen des Kantinenbetreibers zum Beispiel im damals Schwarzenegger-Stadion, jetzt UPC, zufolge kann er sich in einem durchschnittlichen Spieljahr mit 375.000 Besuchern durch die Verwendung von Mehrwegbechern rund 11.000 Euro ersparen – das Müllaufkommen kann in einem solchen ‚Mehrwegbecher-Spieljahr‘ (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) um sage und schreibe 20.000 Kilogramm auf 12.500 Kilogramm verringert werden.“

Auf Grund dieser Erfahrungen wäre es natürlich hoch an der Zeit, würden wir hier in der Stadt Graz einen sehr deutlichen Schritt in Richtung Mehrweg setzen. Ich habe gerade auf Wunsch und Einwendungen der Kollegin Eva-Maria Fluch, der Kollegin Dr. Andrea Sickl noch einmal darauf hinzuweisen, dass es natürlich notwendig ist, wenn wir, wie im konkreten Antrag anschließend angesprochen, entsprechende Richtlinien und Verordnung auszuarbeiten haben, von den zuständigen Magistratsabteilungen auf die Zumutbarkeit Bedacht zu nehmen haben, natürliche Übergänge zu schaffen haben, weil, ich glaube erste Schritte notwendig sind, dass wir auch an die sogenannten kleineren Veranstalter zu denken haben in den Bezirken, wobei zu definieren ist, was unter kleinere Veranstalter genau zu verstehen ist und dass wir auch an spezielle Veranstaltungen, durchaus auch Großveranstaltungen, zu denken haben unter speziellen Bedingungen, ich denke hier vor allem auch an den Graz-Marathon, der bestimmte Herausforderungen mit sich bringt, wie wir alle wissen, nämlich bei den Labestationen, wo ja wahrscheinlich nicht möglich sein wird, mit Mehrweg zu arbeiten.

Deswegen sage ich auch in Form eines sozusagen sehr kompromissbereiten Vorgehens namens unseres SPÖ-Gemeinderatsklubs den

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g ,**

gemäß Motivenbericht die zuständigen Magistratsabteilungen damit zu beauftragen, gerade unter Bedenkung der Zumutbarkeit und der kleineren Veranstalter und Übergänge entsprechende Richtlinien beziehungsweise Verordnungen ausarbeiten zu lassen, die gewährleisten,

- dass bei allen städtischen Veranstaltungen
- bei allen genehmigungspflichtigen Veranstaltungen auf öffentlichen Flächen

ausschließlich Mehrweggeschirr und Mehrwegbesteck zur Verwendung kommen darf. Vielleicht lässt sich jetzt mit meinem dringlichen Anforderung ein gewisser Anstoß geben, dass wir nach drei Jahren vielleicht doch zu einen Kompromiss kommen und zu einer Konsensfähigkeit. Danke (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Rücker** zur Dringlichkeit: Ich will eigentlich nur eine Verständnisfrage stellen an dich und deswegen auch hinterfragen, wie dringliche Anträge da herinnen sind. Wenn der Willi Kolar, da ist mir nämlich eingefallen der Antrag von ihm, den er vor drei Jahren gestellt hat, damals den Antrag gestellt hat, seid ihr dem nachgegangen, warum der bis jetzt nicht umgesetzt wurde, weil das wäre ja interessant, wenn wir den jetzt wirklich durchbringen sollen, wo es gescheitert ist. Kannst du mir darauf einfach eine Antwort geben, weil das hat mich nämlich schon verwundert, dass der Antrag eben vor drei Jahren eingebracht wurde und offensichtlich nicht viel passiert ist.

GRin. Dr. **Sickl**: Wie schon der Herr Klubobmann Karl-Heinz Herper gesagt hat, war es uns wichtig, dass es drinnen steht, dass eben kleine Feste wie Heimgartenfeste oder Feste, einfach die auf öffentlichen Plätzen stattfinden und auch Sportveranstaltungen, dass die da herausgenommen werden und dass man auf die Zumutbarkeit achtet. So wie ich das jetzt wahrgenommen habe, steht das jetzt im dringlichen Antrag im Antragstext drinnen oder ? Du hast das so vorgelesen, es steht aber nicht dezidiert drinnen, deswegen möchte ich auch das noch aufmerksam machen, dass das besonders wichtig ist. Vielleicht kann man das nachher ergänzen, damit das dann auch für die Nachwelt erhalten bleibt, was das Motiv des Gemeinderates ist. Auf alle Fälle stimmen wir der Dringlichkeit und auch dem Inhalt zu. Danke.

GRin. Mag. **Fluch**: Lieber Karl-Heinz, liebe Kolleginnen und Kollegen, das mit der Dringlichkeit von Anträgen in diesem Haus, das hat ja so etwas Besonderes. Wir haben heute einen dringlichen Antrag erlebt, bei dem dann manche Wortmeldungen besagt haben, er ist deswegen dringlich, damit wir uns bei der Entscheidung ein bisschen Zeit lassen, solche Dringlichkeiten gibt es in dem Haus auch. Dieser dringliche Antrag, wir waren uns ein bisschen unsicher, ob er wirklich jetzt so dringlich ist, die Dringlichkeit gestehen wir ihm gerne zu, weil wir auch dokumentieren wollen, dass wir da ein gemeinsames Anliegen haben. Denn es ist

ganz klar, wenn es um Ressourcenschonung geht, wenn es um Verringerung des Müllaufkommens geht, wenn es um eine gewisse Festkultur in unserer Stadt geht, dann sagen wir, das ist wichtig und dann gestehen wir dieser Frage durchaus eine gewisse Dringlichkeit zu. Ich kann es mir trotzdem nicht verkneifen, dass ich sage, mit einigem Bauchweh und das hat die Kollegin Sickl auch schon formuliert, denn dieser Antragstext ist für mich einfach nicht präzise genug. Du hast sozusagen dazugesagt, dass es einfach ein paar genauere Definitionen braucht, dass man genauer sagen muss, welche Auswirkungen dieser dringliche Antrag in der Form haben könnte. Denn die Tücke liegt wirklich im Detail, ich will euch und Sie nicht zu lange damit plagen, aber ich habe ein bisschen nachgefragt, was denn das bedeutet, wenn in Zukunft Mehrweggeschirr verpflichtend bei allen genehmigungspflichtigen Veranstaltungen verwendet werden müsste. Denn im Antrag steht überhaupt nicht drinnen, was genehmigungspflichtig ist, das ist entweder alles oder gar nichts. Es gibt das sogenannte Veranstaltungsgesetz und da gibt es viele Veranstaltungen, die für uns schon größere Veranstaltungen wären, die nicht genehmigungspflichtig sind laut Veranstaltungsgesetz, das wären zum Beispiel Pferderennen oder Preisschießen, das sind Veranstaltungen, die könnte man dann in Graz durchführen, also auf Pferderennen in der Innenstadt sind wir noch nicht gekommen, aber auch Motocross-Rennen oder große Radrennen, die wären nicht genehmigungspflichtig, die wären also von so etwas ausgenommen, weil die sind nämlich nur meldepflichtig oder anzeigepflichtig. Dafür gibt es wieder genehmigungspflichtige Veranstaltungen, die aber sehr oft mit entsprechenden Betriebsstätten zu tun haben, das sind nämlich alle Veranstaltungen, wo sozusagen Bauten errichtet werden, die dann auf Dauer bestehen bleiben. Ich glaube, das wird nicht gemeint gewesen sein. Die Stadt Graz hat Richtlinien, nach denen sie Veranstaltungen genehmigt. Das sind sozusagen privatrechtliche Genehmigungen, aber bei vielen davon geht es dann auch um die Straßenverkehrsordnung und dann hat nicht die Stadt Graz das Sagen, sondern die Polizei. Wie gesagt, das sind einfach nur ein paar Bedingungen, die zeigen, dass das Anliegen eines ist, das wir gerne teilen, dass es aber wirklich darum geht, dass man genau hinschaut, was ist gemeint. Der Graz-Marathon war so ein Beispiel, ich stelle mir das schon recht lustig vor, wenn wir dann eher Glasgebilde verlangen bei den Labestationen im ganzen Gebiet und ich glaube, da treiben wir in ganz Österreich nicht genug Anbieter auf, die da Mehrweggeschirr zur Verfügung stellen können und auf der anderen Seite war heute schon von Ehrenamtlichen und von der Wichtigkeit



von freiwilligem Engagement die Rede, das stelle ich mir auch ein bisschen schwierig vor, wenn wir jetzt kleinen Vereinen vorschreiben, sie müssen in Zukunft Mehrweggeschirr verwenden und die stehen dann mit dem Waschwandl da unten und da sage ich ganz ehrlich, da sind dann Getränke, die ich nicht mehr gerne aus diesen Gläsern zu mir nehme, weil ich mir nicht sicher bin, wie das mit den Hygienevorschriften aussieht. Also, wie gesagt, die Tücke liegt im Detail. Dazu das eine, das heißt, genehmigungspflichtig ist zum Glück so unpräzise, dass ich mich beim Durchgehen dieses Antrages, wir werden gerne dem zustimmen, darauf verlasse, dass die zuständigen Stellen des Magistrates da auch entsprechend sinnvolle und zumutbare Bedingungen finden werden, erstens. Zweitens, weil es geheißen hat, dieser erste Antrag ist längere Zeit nicht behandelt worden. Zuerst einmal auch zur Urheberschaft, das Thema Mehrweggeschirr ist von mehreren Seiten aufgegriffen worden in den letzten Jahren, ich glaube der Kollege Mandl war einer im 91er-Jahr, Kollege Miedl hat im 96er-Jahr einen Antrag gestellt, wir sind zum Glück inzwischen bei der Stadt Graz soweit, das steht in deinem Antrag auch drinnen, dass Mehrweggeschirr der Vorrang eingeräumt wird bei Veranstaltungen. Ich mache in meinem Privatberuf öfter Veranstaltungen in der Stadt Graz und bekomme das vorgeschrieben und das ist gut so. Warum bisher keine Umsetzung passiert ist, wenn es um verpflichtende Einführung von Mehrweggeschirr zu tun hat, das hat mit den von dir angesprochenen Veranstaltungsrichtlinien zu tun. Ich denke, das wird zu klären sein im Zusammenhang mit deinem Antrag, ob wir jetzt nur dieses Thema herausgreifen und dort versuchen, im Hinblick auf die Großveranstaltungen, die anstehen, zu Präzisierungen zu kommen und sozusagen zu einer Verpflichtung, dort wo es zumutbar ist oder ob wir in diesem Zusammenhang wieder die Veranstaltungsrichtlinien angehen. Denn das ist der eigentliche Grund, warum es bisher zu keiner Umsetzung gekommen ist, es hat sich das Straßenamt, das in der Verantwortung von Stadtrat Rüschi liegt, sehr wohl darum bemüht zu definieren, was auf welchen Plätzen der Stadt verträglich ist. Ich höre, dort wo es um die Lärmverträglichkeit geht, nämlich von Umweltseite her, fehlen manche Definitionen, wie gesagt, die Veranstaltungsrichtlinie ist ein höchst komplexes Ding. Denn auf der einen Seite wissen wir, für die Anrainer an Plätzen ist es ganz, ganz wichtig, gewisse Schutzfunktionen auch vorzusehen, auf der anderen Seite wollen wir Veranstaltungen in der Stadt. Wie gesagt, ich wünsche mir, dass wir im Zusammenhang mit diesem Antrag auch entscheiden, geht es nur um die eine

Frage, ändern wir diesen einen Passus und kommen wir da zu Präzisierungen oder gehen wir wirklich die Veranstaltungsrichtlinie an und last but not least, da nehmen wir uns, glaube ich, alle an der eigenen Nase, wir bemühen uns bei unseren eigenen Veranstaltungen auch als ÖVP inzwischen sehr, dass wir auf Mehrweggeschirr umsteigen, ich vertraue darauf, dass das die anderen Parteien ebenso machen.

***Zwischenruf GRin. Edlinger. Zum Beispiel am 1. Mai.***

Mag. **Fluch**: Ich habe nur herausgefunden, das Augartenfest hat immer wieder auch über die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Graz Unterstützungen bekommen wie andere Feste auch. Ich weiß nicht genau, worin die Unterstützungen bestanden, wahrscheinlich auch in einem Teil Müllbeseitigung. Ich kenne die genauen Zusammensetzungen dieser Beträge nicht, vielleicht werde ich wirklich einmal zu eurem Fest gehen und schauen, ob ihr dabei auch eure Mehrweggeschirr einsetzt. In dem Sinne stimmen wir gerne der Dringlichkeit und auch dem Inhalt zu.

GRin. Mag. **Taberhofer**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich erlaube mir nur eine kurze Bemerkung, auch mir ist eingefallen, dass der Gemeinderatskollege Kolar also 2004 einen Antrag eingebracht hat ähnlichen Inhalts und natürlich werden wir als KPÖ dem Inhalt auch diesmal zustimmen und wenn ich überlege, wie schnell Dinge realisiert werden, kann ich irgendwie davon ausgehen, dass wir auch in der nächsten Periode als KPÖ-Fraktion wieder einem Antrag ähnlichen Inhalts zustimmen werden. Die einzige Einschränkung, die ich machen muss, ist, dass ich nicht garantieren kann, dass wir in der selben Stärke und Zusammensetzung hier im Gemeinderat sein werden, aber die Garantie der Zustimmung, die kann ich Ihnen geben. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. **Herper**: Ich kann mich den Kolleginnen Eva-Maria Fluch und Andrea Sickl auch inhaltlich anschließen. Es geht um klare Definierung und Definition und es geht um ein Wiederaufleben, ich habe den Magistratsdirektor gesprochen, nachdem sich ja vor einem Jahr zuletzt die Gruppe getroffen hat, ob man sich über einige Punkte geeinigt hat, über einige nicht. Dass dieser Dringliche eine Aufforderung ist, über das Präsidialamt neuerlich diese Arbeitsgruppe einzuberufen, festzulegen, was wollen wir, was geht, was geht nicht und alle, die bislang säumig waren, einzuholen und dass wir vielleicht doch noch in dieser Funktionsperiode zu einer Entscheidung kommen können. Zumindest mit einer klaren Festlegung, mit einer klaren inhaltlichen Vorgabe seitens der Stadt Graz. Danke (*Applaus SPÖ*).

*Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.*

*Der Antrag wurde einstimmig angenommen.*

## **6) Reduzierung der Zahl der Stadtsenatsmitglieder von 9 auf 7**

GRin. **Bergmann** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Bergmann**: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister! In diesem Dringlichkeitsantrag geht es wieder einmal um die Reduzierung der Anzahl der Stadtsenatsmitglieder von 9 auf 7. Auf Landesebene ist zur Zeit eine intensive Diskussion über die Abschaffung des Proporz und über eine sogenannte Demokratiereform in Gang gekommen. In der Stadt Graz herrscht in den letzten Monaten Stillschweigen über das versprochene „Demokratiepaket“. Noch im Jahr 2006 wurde über die Medien eine intensive Diskussion dazu geführt. Alle Fraktionen haben über die Presse ihre Vorstellungen darüber verbreitet.

Leider kam es im Gemeinderat bis heute zu keiner ausführlichen Diskussion drüber. Jeder Antrag in diese Richtung wurde mehrheitlich mit dem Argument, „es werde bereits ein Demokratiepaket diskutiert und dieses werde ohnehin dem Gemeinderat vorgelegt“, abgelehnt. Bis heute wurde jedoch kein Vorschlag im Gemeinderat eingebracht.

Die Forderungen der KPÖ in diesem Zusammenhang sind umfassend. Wir treten für ein weisungsfreies BürgerInnenbüro und für eine Bürgerfragestunde in Gemeinderatssitzungen ein.

Wir verlangen das Teilnahmerecht aller im Gemeinderat vertretenen Fraktionen an den Sitzungen des Stadtsenates sowie die Vertretung aller Fraktionen in den Kontrollorganen von stadteigenen Gesellschaften und Beiräten. Die Aufwertung der Bezirksräte und der Bezirksdemokratie ist uns ein besonderes Anliegen.

Schon seit Jahren fordert die KPÖ die Verkleinerung des Stadtsenates, weil es notwendig ist, dass man beim Sparen ganz oben mit gutem Beispiel vorangeht. Übrigens müssten wir heute nicht mehr darüber diskutieren, wenn man im Jahr 1998 dem Vorschlag von Ernest Kaltenecker zugestimmt hätte und eine Abspeckung von 9 auf 7 Stadträte und Stadträtinnen akzeptiert hätte. Damals ist der entschiedenste Widerstand gegen dieses Sparpaket von der FP gekommen, weil sie auf einen Stadtsenatsitz verzichten hätte müssen. In der Zwischenzeit wurde auch von der FPÖ ein Antrag in diese Richtung im Gemeinderat eingebracht.

Wenn der Gemeinderat beziehungsweise die Stadtpolitik bei den Bürgern und Bürgerinnen der Stadt Graz ernst genommen werden will, ist es endlich an der Zeit zu handeln und nicht immer nur Theaterdonner von sich zu geben.

Soll in der nächsten Gemeinderatsperiode eine Reduzierung, für die sich ja alle Fraktionen schon in irgendeiner Form ausgesprochen haben, ernsthaft umgesetzt werden, ist es höchst an der Zeit konkrete Beschlüsse zu fassen.

Aber unabhängig vom Demokratiepaket sondern als Denkanstoß für die Diskussion auf Landesebene, aus diesem Grund stelle ich daher im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs abermals den

**dringlichen Antrag:**

Der Gemeinderat fordert den Landesgesetzgeber in einer Petition auf, im Statut der Landeshauptstadt Graz vorzusehen, dass die Zahl der Mitglieder des Stadtsenates von 9 auf 7 reduziert wird (*Applaus KPÖ*).

GR. **Herper** zur Dringlichkeit: Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir brauchen uns nichts vormachen, wir stehen ein halbes Jahr vor der Gemeinderatswahl und jetzt gibt es natürlich aus allen Fraktionen Vorschläge, Ideenstöße, Bernd Schönegger, die Direktwahl, weil er sich Gedanken gemacht hat, wer wirklich die Macht in der Stadt hat, habe ich gelesen, wer ist wirklich mächtig in dieser Stadt und vieles andere mehr. Die KPÖ und viele andere, die freiheitliche Fraktion und andere Fraktionen auch haben sich in den letzten Monaten immer wieder mit solchen Vorstößen vorgewagt und das ist auch richtig so. Wir haben ja auch gemeinsam unter Vorsitz des Bürgermeisters, der ja sozusagen die Rahmenrichtlinienkompetenz in dieser Frage hat als Verantwortlicher für das Präsidialamt, eine Klubobmännerkonferenz inklusive der Mitglieder des Verfassungsausschusses immer wieder durchgeführt. Wir sind immer wieder mit neuen Vorstößen, neuen Diskussionen konfrontiert gewesen, es gab unterschiedliche Zugänge, Einigkeit gab es keine. Es gab zu Teilaspekten Einigkeit, aber zu einem gesamten Demokratiepaket gab es keine Einigung. Jetzt haben sich endlich, nach einer herben Debatte davor, die beiden Landeshäuptlinge, nämlich Landeshauptmann Voves und sein Stellvertreter Schützenhöfer geeinigt, dass auf Landesebene nicht nur der Proporz abgeschafft werden soll, sondern auch viele andere Fragen angesprochen werden sollen, sowohl in der Pressekonferenz und den Veröffentlichungen ist immer wieder Graz, auch die Reduktion Gemeinderat, Stadtsenat und viele andere Fragen klare Regelung Opposition, Regierung, Direktwahl etc. angesprochen worden. Ich sage, jetzt soll, so spüre ich das, mit dem Wunsch und dem Willen der beiden Landeshäuptlinge gemeinsam Nägel mit Köpfen gemacht werden. Es ist gut so, wir brauchen jetzt keine Einzelvorstöße, wir brauchen keine Einzelaktionen, wir brauchen nicht einzelne Fraktionsvorstöße, wir brauchen nicht fraktionell wahlkämpferische Töne, wir sollten jetzt gemeinsam mit dem Land, aber in einer gemeinsamen Linie in der Stadt

zumindest aller konsensbereiten und zusammenarbeitenden Fraktionen eine gemeinsame Linie haben, weil ich möchte mir auch nicht gerne vom Land vorschreiben lassen, was wir in Graz tun sollen oder nicht, sondern wir sollten sehr eigenständig, sehr kräftig, sehr autonom unsere Grazer Vorstellungen in diese Debatte einbringen und die wird jetzt in den nächsten Monaten stattfinden, weil das Land hat auch einen Fahrplan, wenn man so will, den Proporz und die zusammenhängenden Fragen, vielleicht auch einer Verkleinerung der Landesregierung bis zur Landtagswahl spätestens bis 2009 gelöst wissen. Wenn diese Lösung gemeinsam mit Graz, und das ist auch eine Aufgabe der kommenden Stadtregierung und des kommenden noch zu wählenden Gemeinderates, wird es die in der kommenden Funktionsperiode eine wesentlicher Bestandteil der Arbeit sein, sodass wir in der nächsten Funktionsperiode unter neuen Bedingungen, unter neuen, auch statutarischen Rahmenbedingungen arbeiten können. Für heute muss ich sagen, kann ich dem Vorstoß nichts abgewinnen, weil wir sollten nicht wieder isoliert, vereinzelt und wieder sozusagen in Soloaktionen Vorstöße machen, wir sollten jetzt gemeinsam eine Gesamtpaketlösung anstreben. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Candussi**: Liebe Kollegin Bergmann, werte Kolleginnen und Kollegen! Auch wir haben mit dem Dringlichen Probleme und zwar aus zwei Gründen, ich kann das genau erklären. Der erste Grund ist der, dass die KPÖ schon einen Hang hat, Politik prinzipiell einmal als Kostenfaktor zu sehen und das den Leuten auch immer wieder sagt. Helfen statt reden, sprich Parlamentarismus ist schlechter als Pragmatismus. Es wird ein Bild hergestellt, wir kassieren nur, die Stadtregierung kostet nur und das stimmt nicht ganz, die Stadtregierung arbeitet, sie arbeitet nicht ganz, so wie wir es wollen und dafür brauchen wir Parlamentarismus und ich bin keinem der Stadträtinnen und keinem der Stadträte das Geld neidig, das sie verdienen, weil ich mag den Job nicht haben, weil die Lebensqualität, glaube ich, eine andere ist. Und es ist relativ leicht, und ich glaube, wir tun uns allesamt nichts Gutes, wenn wir die Politik immer so darstellen, immer nur als Kostenfaktor. Das wird auch euch irgendwann einmal auf den Kopf fallen. Weil die Leute werden euch irgendwann einmal zu der Politik dazuzählen, die ihr dauernd so beschimpft, das passiert eh schön langsam und ich glaube, das ist eine ziemlich gefährliche

Gratwanderung, die ihr da begeht, das ist der eine Punkt. Der zweite Punkt, ich hätte kein Problem, dem Antrag zuzustimmen, wenn er gelautet hätte, es wird eine Arbeitsgruppe, die Stadtregierung, wer immer aufgefordert, ein Konzept vorzulegen, wie eine Verkleinerung und ob eine Verkleinerung sinnvoll ist, weil mir geht es nicht zu diskutieren, ob es die Zahl 9, die Zahl 6, die Zahl 7, die Zahl 8 oder 5 ist, sondern ich möchte eine Zahl haben, wo gewährleistet ist, dass die Verwaltung dieser Stadt gut zu bewerkstelligen ist und möglicherweise ist das nicht 7, sondern vielleicht geht es sogar mit 5. Vielleicht brauchen wir aber die 9, das weiß ich nicht, vielleicht brauchen wir mehr und die verdienen ein bisschen weniger und es geht sich auch aus, was immer und deshalb ist mir das ein bisschen zu billig zu sagen, reduzieren wir von 9 auf 7. Überlegen wir, ob wir eine andere Struktur brauchen, ob es in einer anderen Struktur besser geht und wenn es kostengünstiger geht, soll es auch nicht stören, aber sagen wir nicht einfach, runter von 9 auf 7, sagen wir nicht runter von 56 auf 36, der nächstbessere Politiker sagt 33. Das ist mir zu billig, das erinnert mich auch fatal an die Zeiten, wo Jörg Haider immer getönt hat und gesagt hat, 60.000 sind genug und mit keinem Wort erwähnt hat, dass fünf Millionen Spesen im Jahr erlaubt sind. Das ist eben diese Geschichte, es ist sehr billig da mit Zahlen allein zu argumentieren und deshalb wäre mir da ein anderer Zugang lieber.

GR. Dr. **Piffli-Percevic**: Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Ich möchte zunächst sagen, dass der Antrag der Kommunistischen Fraktion durchaus ein Gradmesser ist auch für die bisherige Bereitschaft, in dem Bereich was zu verändern. Insofern sehr positiv, ebenso positiv wie, Herrmann, du ganz treffend ausgeführt hast, du sprichst da wahrscheinlich allen aus vollem Herzen, die Politik kann nicht nur als belastender Kostenfaktor gesehen werden, denn so eine Betrachtung geht eindeutig zu Lasten der Qualität. Die Qualität wollen wir heben der Politik und die Qualität ist selbstverständlich auch eine Frage der Effizienz der eingesetzten Mittel und ich gebe ohne weiteres zu, die Reduktion hat durchaus ansprechbar auch einen Kostenaspekt. Und wenn die Kommunisten dann in ihrem Antrag sagen, und ich verhehle nicht, dass wir dem Antrag nicht wirklich näher treten können, unabhängig vom Demokratiepaket einen Denkanstoß auf der Landesebene zu geben, dann ist das einfach die falsche Botschaft. Nochmals, alle Fraktionen

haben mitgearbeitet und auch Candussi in dem Punkt richtige Diagnose, es ist kein gemeinsamer Nenner, es ist natürlich zu wenig, wenn man nur sehr nachhaltig in den Unterausschuss auch mitarbeitet, ich danke auch der Magistratsdirektion, es wurden Screenings der gesamten österreichischen Situation durchgeführt, umfangreiches Material, aber man hat sich eher immer weiter entfernt von einer ursprünglich sich abzeichnenden gemeinsamen Position. Und wir wollen die Qualität verbessern, eine Verkleinerung ändert nichts an der Qualität der politischen Zusammenarbeit. Und Bernd Schönegger ist mit Recht ausgerückt und hat gesagt, alle Macht dem, der die Mehrheit hinter sich scharren kann. Auch wenn es nur die relative Mehrheit ist. Wir wollen aus diesem Hick-Hack durch ein qualifiziertes, demokratiepolitisch akzeptables und rechtsstaatlich akzeptables Mehrheitswahlrecht eine Verbesserung erreichen. Und, wir stehen, das hat der heutige Tag auch gezeigt, ist ja kein Geheimnis vor einer Wahlauseinandersetzung, und da ist noch einmal Amerika uns aus den Medien ja nur gut bekannt und unser letzter Wahlkampf bitte, auch auf Bundesebene, war ein amerikanischer Wahlkampf. Es wurde schlecht gemacht, die Medien haben noch gefragt, wird das honoriert werden oder nicht, ich sage, wir wollen auch hier im Gemeinderat und in der Stadt Graz Elemente eines Mehrheitswahlrechtes und nochmals, eine proportionale Verkleinerung ist da hier kein Beitrag dazu. Wir wollen ein Mehrheitswahlrecht zu einem fairen Wahlkampf und wir können nicht amerikanischen Wahlkampf führen und ein europäisches oder österreichisches Wahlrecht haben, das passt in Hinkunft nicht zusammen. Dieser Antrag bringt uns nicht näher in diese Richtung, daher können wir diesem Antrag auch die Zustimmung nicht geben (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, liebe Kollegin von der KPÖ! Wir werden der Dringlichkeit dieses Antrages natürlich zustimmen, weil es, wie gesagt, von uns schon einige Anträge in dieser Hinsicht gab. Wir würden uns noch leichter tun, wenn nicht im Motivenbericht dieser Schlenkerer gegen uns drinnen steht, aber es gehört einmal zur politischen Rhetorik scheinbar dazu, dass man immer ein bisschen was verpacken muss dann. Zu der zur Zeit laufenden Diskussion muss ich natürlich sagen, und die zwei großen Parteien zeigen das wieder vor, die Grünen sind da auch im Boot, dass das natürlich ein



Hinausschieben auf den Sankt-Nimmerleins-Tag, weil es natürlich ganz klar, dass es für die nächste Periode, für das Jahr 2008 natürlich zu keiner Reduktion kommen kann, da können die zwei Klubobleute das noch so schönreden, weil wenn sich jetzt die zwei Häuptlinge im Land sich langsam geeinigt haben und auch im Land einsehen, dass es so nicht mehr weitergehen kann, dann frühestens 2009 es zu einer Beschlussfassung kommen kann, also für die nächste Periode in Graz es natürlich zu keiner Reduktion kommen wird und das für unverständlich ist, wenn man auf der einen Seite dem Bürger immer wieder sagt, dass er einsparen muss oder dass er einsparen soll und dann auf der anderen Seite aber von Seiten der Politik her man nicht bereit ist, Einsparungen durchzuführen. Zum Kollegen Schönegger, der dieses Modell jetzt gebracht hat mit Amerika, also ich glaube, da liegt schon noch der Atlantik dazwischen und ich kann nur sagen, Kollege Schönegger war wahrscheinlich zu lange in Kalifornien und vielleicht zu lange in der Sonne gelegen, dass ihm einige Sachen hat er etwas missverstanden. Aus unserer Sicht her ist das sicher abzulehnen und natürlich kann man sagen, na ja, die tun sich da in Graz schwer, weil sie relativ klein sind und wenn man das wirklich so in 17 Wahlkreise jetzt wieder einteilen wird, das Mehrheitswahlrecht, dann wird es wahrscheinlich eben, ob das jetzt englisches oder amerikanisches System ist, wird es immer nur einen Gewinner geben, müsste man wahrscheinlich ein zweites oder drittes Wahlverfahren machen. Aber ich möchte euch nur erinnern, schaut ein bisschen über die Pack zu euren Kärntner Kollegen, die Kärntner Kollegen werden keine Freude haben mit diesem, weil die Kärntner Kollegenschaft im Landtag nicht einmal mehr die 10%-Hürde, also glaube ich, muss man das schon nicht nur aus einer Augenblickslaune heraus, weil man zur Zeit einmal relativ gut gelegen ist, dass man als Augenblickslaune jetzt heraus sagt, und das war ein bisschen unverständlich, du hast es heute ein bisschen relativiert, aber aus der Zeitung habe ich entnommen, dass wenn jemand 32 % in der Stadt Prozente macht oder 31, wie auch immer, und der nächste 27, dann hat der mit 31 % das große Reden. Was anderes ist, und das ist ja auch immer unser Reden schon seit langem, dass wir gesagt haben, weg von dem Modell, das sich nach dem Weltkrieg sicher bewährt hat, dieses Modell der großen Koalition oder Zusammenarbeit aller starken Fraktionen, nur inzwischen sind ja, Gott sei Dank, 60 friedvolle Jahre ins Land gezogen und dieses Modell bewährt sich eben nicht mehr. Wenn das so gemeint ist, dass du sagst sozusagen, wer auch immer mit anderen, allein oder mit anderen 51 % zusammenbekommt, dass der natürlich das Reden in

der Stadt hat, dann können wir uns das durchaus vorstellen. In der Zeitung ist es aber anders gekommen und du hast das ein bisschen relativiert dann, aber wenn das so gehen kann, dass jemand, der mit 32 oder 33 % und dann die Mehrheit stellt und eben diese englischen und amerikanischen Verhältnisse, wo es dann nur mehr auf einen Zweiparteienstaat hingeht, wo eben Fraktionen wie zum Beispiel die Liberalen in England teilweise mit 17/18 Prozent überhaupt nicht im Parlament vertreten sind oder mit einem Abgeordneten, in Amerika gibt es überhaupt nur mehr einen Zweiparteienstaat, ich glaube, es hat überhaupt ganz selten einmal einen Dritten und wenn hat es ein oder zwei Abgeordnete geben, aber es hat überhaupt auf lange Sicht, hat es in Amerika ja über Jahre oder Jahrhunderte fast immer nur eben die Demokraten und die Republikaner gegeben. Das ist etwas, was nicht der europäischen Tradition entspricht, dass eben relativ große Gruppe, das kann sein bis theoretisch bis zu 33 %, gibt ja Wahlbezirke in England, wo die Liberalen fast an 31 oder 32 % stellen und nicht vertreten sind, also ich glaube, das kann es nicht sein. Für uns ist es natürlich unbefriedigend, muss ich ganz ehrlich sagen, dass wieder einmal ein Vorstoß, der von der KPÖ kommt und ist ja lobenswert dann, wenn die KPÖ auch mit dem natürlich rechnen muss, dass sie natürlich beim nächsten Mal dann sicherlich einen Stadtsenatsreferenten wahrscheinlich verliert und von vornherein dieses Modell vorschlägt dann, dass neun zuviel sind, braucht man sich nur anschauen, ich habe es jetzt leider nicht da, aber ich rate allen, das noch einmal anzuschauen das Ornigramm der Stadt Graz Die Stadtsenatsreferenten, wie die Verteilung ist, das trifft leider in dem Fall die KPÖ, dass die Frau Stadträtin nur im Prinzip sozusagen nur ein einziges Amt leitet, also dafür brauche ich ehrlich gesagt keinen Stadtrat.

***Zwischenruf StRin. Kahr: So ist es nicht.***

Mag. **Korschelt:** Sie haben im Prinzip nur ein Amt. Wenn man sich das anschaut, dann sieht man ja die zwei KPÖ-Stadträte und das ist natürlich, da können Sie nichts dafür, Sie würden wahrscheinlich mehrere Ämter leiten, das ist ganz klar, nur eben

weil die Mehrheit eben nicht mehr zuweist, sondern sie hat Ihnen ja nur ein Amt zugewiesen und das ist natürlich, ehrlich gesagt, für die Tätigkeit eines Stadtrates, meines Erachtens, entschuldige, wenn ich das sage, ein bisschen mickrig, das ist ein bisschen wenig. Es ist eh hoch anzurechnen, dass Sie trotzdem sagen, ok, reduzieren wir und das, glaube ich, spricht natürlich schon dafür, dass mit sieben Stadtsenatsreferenten ist auch diese Stadt locker zu führen. Also von unserer Seite her eine Enttäuschung, dass es leider nicht in dieser nächsten Periode zu einer Reduktion kommen wird. Wir werden der Dringlichkeit zustimmen, aber ich glaube, wie ich sehe, werden es nur KPÖ und FPÖ sein und damit wird der Antrag wieder einmal in die Schublade gelegt werden. Mich reißt es nicht vom Sessel oder vom Rednerpult, aber ich sage nur, das wird natürlich jetzt ein bisschen aufgeköcht werden, jetzt werden noch ein paar Ideen kommen und dann wird das Ganze im Jänner 2008 oder im Februar 2008 wird das Ganze schubladiert werden, es wird dann wieder drei oder vier Jahre wird es in der Schublade liegen und dann wird man wahrscheinlich wieder auf die Idee kommen, jetzt reduzieren wir wieder, dann, ich weiß nicht, wer noch da sein wird, dann werden die wieder sagen, ja, jetzt geht es sich wieder nicht aus und dann will ich gar nicht mehr hochrechnen, wahrscheinlich im Jahr 2017 wird man wahrscheinlich einmal reduzieren und vielleicht werden unsere Enkel dann einmal mit sieben Stadtsenatsreferenten auch auskommen. Danke.

GRin. **Bergmann:** Grazer Mühlen mahlen langsam, kann ich da nur sagen. Wenn man bedenkt, dass jetzt schon seit zehn Jahren das Thema im Grazer Gemeinderat immer wieder zur Sprache kommt. Wenn es jetzt so genannt wird, dass das jetzt unmittelbar vor der nächsten Gemeinderatswahl kein Thema sein kann, dann kann ich nur sagen, im Jahr 2004 wurden schon Anträge eingebracht, ich habe auch gesagt, dass die FPÖ einen Antrag in diese Richtung eingebracht hat und schon damals hat es geheißen, es gibt eine Arbeitsgruppe, man muss das gesamt sehen, das sehen wir auch so in diese Richtung, nur wenn wir jetzt fast eine gesamte Gemeinderatsperiode gebraucht haben und zu keinem Ergebnis gekommen sind, dann muss ich sagen, welches Ergebnis wird es in der nächsten Gemeinderatsperiode bringen? Wenn wir jetzt davon ausgehen, 2013, auch wenn

sich im nächsten Jahr der Gemeinderat über so etwas einigen kann, wird es trotzdem im Jahr 2013 erst wirklich umgesetzt werden können und die Aussichten, dass es eben nicht wieder, so wie jetzt schon innerhalb der zweiten Gemeinderatsperiode, wo das immer wieder verschleppt wird, kann ich nur sagen, sind Projekte, die über Jahrzehnte gehen in Graz und man darf sich dann wirklich nicht wundern, wenn die Bürger und Bürgerinnen wirklich auf die Politik nicht gut zu sprechen sind. Das heißt, es wird, und ich habe das im Antrag schon gesagt, immer wieder nur Theaterdonner abgegeben und in Wirklichkeit ist man gar nicht ernsthaft interessiert daran, etwas zu ändern. Zum Kollegen Candussi möchte ich sagen, dass er auf den Job nicht reflektiert, das kann ich mir vorstellen, aber immerhin haben die Grünen ja auch schon über die Presse ausrichten lassen, ihr Wahlziel ist es, ein Stadtsenatsmandat zu bekommen. Das wäre nur zu dem zu sagen. Danke (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren! Nachdem ich mich bemüht habe, sowohl was die Tagesordnung hier im Gemeinderat anbelangt als auch was quasi eine Verfassungs- und Statutenänderung und damit das Demokratiepaket anbelangt, federführend da dabei zu sein, gab es mehrfach Gespräche. Beim letzten Gespräch und da war ich wirklich dankbar, allen Klubobfrauen und –obmännern, die da waren. Es war eine wirklich gute Diskussion und es ist um Minderheitenrechte gegangen, es ist um vieles gegangen. Und ich habe auch darum gebeten, ob man mir zusammenfassen kann aus den Fraktionen die Wünsche, die da sind. Ich habe sie auch bekommen dort oder da. Wenn ich das noch dazunehme, was an Wortmeldungen in den Medien war, dann muss ich nur dazu sagen, es gibt im Moment keinen gemeinsamen Nenner und auch das muss man demokratisch einmal laut und deutlich sagen. Und ich habe keine Freude damit, wenn man über zwei Dinge so drüberholpert. Ich war in der Reformgruppe zur großen Verfassungsänderung Österreichs und zwar im Konvent und dort ist drüber debattiert worden, entlassen wir die Kommunen aus dieser Proporzgeschichte, und ich kann Ihnen nur sagen, es war unisono auf der ganzen Wiener Ebene, die dort diskutiert hat, nicht einmal ein Ansatz dazu da, da dran was zu verändern. Das heißt, im Moment ist es in der Bundesverfassung eben geregelt, wenn Kollege Schönegger

jetzt sagt, ich mache das einmal über die Medien, die Diskussion hat da herinnen de facto gar keinen Sinn. Solange es in der Bundesverfassung mit Proporz so drinnen steht, gibt es aus meiner Sicht, wenn man den Proporz wegstreichen will, nur die Möglichkeit, amtsführend und nicht amtsführend, alles andere funktioniert nicht. Es geht um den Proporz, ob man das klein oder größer macht, da gibt es auch noch unterschiedliche Auffassungen. Ich bin auch gerne bereit und möchte es auch tun, wieder einzuladen in diese Runde, nur eines bitte auch, ich werde mit keinem Stück, wo ich überhaupt keinen gemeinsamen Nenner finde, in den Grazer Gemeinderat da hereingehen, weil dann kommt ein Zufallsprodukt vielleicht heraus und das will, werde und kann ich auch als Bürgermeister gar nicht tun. Ich unterstreiche wirklich alles, was der Hermann Candussi heute da gesagt hat, auch zum Thema Kostensparen und vieles mehr und wir sollen da weiter behutsam umgehen und ich glaube, man sollte auch den Mut haben, und das haben einige hier im Gemeinderat durchaus schon bewiesen, den Medien auch einmal wieder klar zu sagen, meine Damen und Herren, Politik hat auch ihren Preis, das geht hin bis zu den Parteienfördergeldern und, und, und. Sonst kriegen wir ein rein amerikanisches Wahlsystem und das will keiner, das was mein Geschäftsführer Gemeinderat Bernd Schönegger war, insgesamt eine Mehrheitswahlrechtsdebatte wieder vom Zaun zu treten, das wäre gut, ich sehe momentan überhaupt keine große Chance, dass auf Bundesebene das gelingen wird. Also ich werde die Gruppe wieder einladen, schauen wir, was wir an Verbesserungen noch zustande kriegen, auch deswegen, weil wir auch in der Bezirksdemokratie unseren Bezirksvorstehern und –vorsteherinnen auch gesagt haben, dass wir ihnen das eine oder andere auch in Zukunft verbessern wollen. Also ich gebe noch nicht ganz auf, aber ich gehe da sicher mit keinem Stück rein, wo sich nicht annähernd eine Mehrheit abzeichnet (*Applaus ÖVP*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.***

***Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

## 7) Lärm macht krank – Lärminderungs- und Luftreinhaltemodell für Graz

GRin. Dr. **Sickl** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Dr. **Sickl**: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Stadtregierung! Mein dringlicher Antrag betrifft heute das Thema Lärm. Nämlich dahingehend, Lärm macht krank. Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Nicht nur im Universitätsviertel, sondern in der gesamten Stadt leiden die Bewohnerinnen und Bewohner Tag und Nacht unter Lärmbelastungen.

Bei der statistischen Erhebung Mikrozensus 2003 gaben rund 29% der Österreicher an, sich in ihren Wohnungen durch Lärm gestört zu fühlen, 9% sogar stark oder sehr stark. Von diesen 29% nannten 73% den Verkehrslärm als Verursacher. Alarmierend ist auch, dass rund 60% der Bevölkerung in Gebieten leben, in denen sie tagsüber Straßenverkehrslärm aushalten müssen, der stärker als 55 Dezibel ist. Damit sind die empfohlenen Werte der WHO für vorbeugenden Gesundheitsschutz ebenso überschritten wie die Planungsrichtwerte für Wohngebiete nach den verschiedenen Landes-Raumordnungsgesetzen.

Es handelt sich dabei um kein 'grazspezifisches' Problem. Das Europäische Parlament und der Rat haben die Richtlinie über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm beschlossen. Die innerstaatliche Umsetzung der Richtlinie erfolgte durch das Bundes-Umgebungslärmschutzgesetz und das trat mit 5. Juli 2005 in Kraft. Und vorgestern, also am 22. Mai 2007, wurde vom Steiermärkischen Landtag das Steiermärkische Landes-Straßenverwaltungsgesetz geändert und damit die Umgebungslärmrichtlinie auf Landesebene umgesetzt.

Der operative Kerninhalt der Umgebungslärmrichtlinie ist die Einführung von sogenannten „strategischen Lärmkarten“, mit denen Flächen beziehungsweise Zonen, in denen sich bestimmte Lärmquellen befinden, mit den Lärmpegeln und der Ausbreitung des Lärms dargestellt werden sollen. Auf den strategischen Lärmkarten aufbauend sind „Aktionspläne“ auszuarbeiten. Weiters sieht die Umgebungslärmrichtlinie die Festlegung – einschließlich der grundsätzlichen technischen Anknüpfungspunkte – von Lärmindizes vor, die in sämtlichen

Mitgliedsstaaten zur Lärmbewertung verwendet werden sollen. Das heißt, dass Lärmquellen lokalisiert werden sollen, der dort verursachten Lärm soll gemessen und berechnet werden, weiters sind strategische Lärmkarten zu erstellen, Aktionspläne zu erarbeiten und die Öffentlichkeit ist laufend zu informieren und es sind Berichtspflichten wahrzunehmen.

Lärmschutz ist daher als Gesundheitsvorsorge zu verstehen, denn Lärm macht krank. Die Folgen der Lärmbelastigungen sind Stress und ein erhöhter Krankenstand. Lärmbedingter Stress erhöht das Risiko von Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Da sich das Ohr dem Lärm nicht verschließen kann und der Mensch sowohl im wachen als auch im schlafenden Zustand damit ausgesetzt ist; Ruhe und vor allem eine ungestörte Nachtruhe sind jedoch von immenser Bedeutung für die Gesundheit.

In Deutschland ist man bei der Lärmbekämpfung bereits viel weiter als in Österreich. Zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen, dem bevölkerungsreichsten und verkehrsreichsten Bundesland Deutschlands, wurde eine Strategie entwickelt, mit der die Aufgaben der Lärmkartierung effizient durchgeführt werden kann, so dass die Lärmkartierung sachgerecht, fristgemäß und kostengünstig erfolgt. Im Rahmen der nordrhein-westfälischen Lärmschutzpolitik nimmt die Umsetzung der Umgebungsrichtlinie der EU einen wichtigen Stellenwert ein.

Auch andere Bundesländer in Deutschland haben detailliert ausgearbeitete Maßnahmen zur Lärminderung, wie zum Beispiel Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Bremen, Brandenburg, Hessen, Niedersachsen usw.

Und vor allem interessant für die Stadt Graz, die vom Feinstaub geplagt ist, möchte ich das Modellprojekt, und zwar ein Modellprojekt der Fontanestadt Neuruppin mit 32.000 EinwohnerInnen, die eben einen kombinierten Lärminderungs- und Luftreinhalteplan ausgearbeitet haben und es geht dabei darum, dass die zu ergreifenden Maßnahmen sowohl im Hinblick auf die Luftgüte, als auch betreffend die Lärminderung also in diese Richtung gesetzt werden. In einer Studie ist man zum Ergebnis gekommen, dass eine kombinierte Lärminderungs- und Luftreinhalteplanung fachlich und ökologisch sinnvoll ist. Ist eine kombinierte

Erstellung nicht möglich, sollte zur Nützung von Synergieeffekten die Lärminderungsplanung im Vorlauf zur Luftreinhalteplanung durchgeführt werden.

Nahezu alle Maßnahmen gegen den Straßenverkehrslärm als Hauptverursacher der Lärmbelastung betreffen auch die Luftreinhaltung und dienen somit der Feinstaubbekämpfung in Graz.

Nun ist es nicht so, als ob in Graz in den letzten Jahren gar nichts geschehen wäre: es gibt zum Beispiel einen punktuellen Schallmesskataster, der Grazer Lärmkataster, der Beschluss des Umweltsachprogramms Ökostadt 2000/Lokale Agenda 21 mit Lärmschwerpunkt, das Pilotprojekt in der St.-Peter-Hauptstraße, die Evaluierung der Ökostadt Graz und natürlich den eigenen Arbeitskreis 'Lärm' im Rahmen des Grazer Gesundheitsforums.

Diese Maßnahmen sind, meiner Meinung nach, sinnvoll und bilden sicherlich eine wertvolle Grundlage für zukünftigen Aufgaben. Die geleistete Arbeit hat jedoch nur punktuelle Auswirkungen, denn in der Stadt Graz ist es einfach, wie auch in anderen Städten, viel zu laut. Es ist mir zwar klar, dass Luftbelastungen und komplexe durch Verkehr, Industrie und Gewerbe verursachte Lärmbelastungssituationen nicht kurzfristig zu lösen sind, jedoch vermisse ich eine engagierte koordinierte und gebündelte Vorgehensweise der Stadt Graz für ein so wichtiges Thema. Ziel muss es für uns alle sein, dass es den Lärm als eine der letzten wahrnehmbaren, großflächigen Umweltverschmutzungen zu mindern gilt.

Daher stelle ich den

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g ,**

der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz ersucht Herrn Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, sich dafür einzusetzen, dass unter seiner Federführung und unter Einbeziehung aller dafür zuständigen Magistratsabteilungen ehestmöglich ein Lärminderungs- und Luftreinhaltemodell für die Stadt Graz nach deutschem Vorbild



erstellt wird und dass sowohl der Gemeinderat als auch die Öffentlichkeit laufend über bereits gesetzte beziehungsweise zu erfolgende Maßnahmen und Initiativen informiert werden. Danke.

GR. Dipl.-Ing. Dr. **Getzinger** zur Dringlichkeit: Ich mache es ganz kurz, wir stimmen sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt dieses Antrages zu. Wenngleich schon angemerkt sein soll, dass sich gerade der letzte Gemeindeumweltausschuss mit dem Lärmproblem sehr intensiv befasst hat und ich auch diesen Ausschuss für einen ganz guten Ort hielte, dem Ansinnen dieses Antrages sozusagen näherzutreten und die Umsetzung zu begleiten. Ich glaube, dass das insofern ganz gut ist, als all jene Maßnahmen, die wir dort im Hinblick auf die Reduzierung der Feinstaubbelastung auch sich positiv auswirken, auf eine Reduktion der Lärmbelastung. Also ich sehe hier durchaus sinnvolle Synergieeffekte und hielte es für klug, wenn eine Zuweisung dieser Entwicklung von Lärmreduzierungsmodellen an diesen Ausschuss beziehungsweise die Begleitung durch diesen Ausschuss erfolgen sollte. Die Ausarbeitung muss selbstverständlich von den Fachbeamten erfolgen. Ist allerdings schon sehr weit fortgeschritten. Es gibt hier eine sehr enge Kooperation zwischen Stadt und Land und natürlich ganz klare bundesgesetzliche, letztlich EU-Vorgaben, die diese Arbeit auch wirklich zeitlich vorantreiben. Wir sind, wir, wenn ich sage, meine ich das Land Steiermark, sind auch schon in einigen Bereichen säumig. Hier sollten wir als Stadt Graz durchaus Gas geben, ohne Lärm zu erzeugen, ohne die Luft zu verschmutzen (*Applaus SPÖ*).

GRin. Mag. **Fluch**: Ich habe mich gut begleitet gefühlt durch unseren Kollegen Spielberger, der aha gesagt hat. Liebe Andrea Sickl, liebe Kolleginnen und Kollegen, keine Frage, auch als Grazer ÖVP werden wir sehr gerne der Dringlichkeit und dem Inhalt dieses Antrages zustimmen. Ein paar zusätzliche Bemerkungen dazu. Zuerst ich habe im Gedächtnis, dass es auch im Bürgerbeteiligungsprozess Zeit für Graz sehr viel Sensibilität für dieses Thema gegeben hat, auch von Seiten der Bürgerinnen und Bürger kam das Thema Lärm immer wieder aufs Tapet; ich denke,

es ist wichtig, wenn wir hier konzertiert vorgehen. Wir finden auch, dass das Thema in der Koordinierung durch unseren Herrn Bürgermeister sehr gut angesiedelt ist. Ich möchte dem Herrn Bürgermeister nicht vorgreifen, aber ich denke, wenn wir Lärminderung und Lärmschutz als strategisches Thema angehen, ist es gut, wenn es hier wirklich zu einer Zusammenschau aller Ämter kommt. Also, ich habe auch herausgehört beim Kollegen Getzinger, der meint, der Gemeindeumweltausschuss passt gut als Ausschuss, der sich mit diesem Thema beschäftigt. Ich persönlich hätte schon eine Vision für die Stadt Graz und für einen künftigen Gemeinderat. Wir haben uns in dieser Gemeinderatsperiode sehr intensiv mit dem Thema Feinstaub auseinandergesetzt, ich denke, das Thema Lärm wäre es wert, dass man sich in ähnlicher Weise vielleicht auch wieder über einen künftigen Gemeindeumweltausschuss sehr intensiv damit auseinandersetzt, denn es geht um sehr viele verschiedene Bereiche. Ich möchte jetzt angesichts der fortgeschrittenen Zeit nicht zuviel nennen, aber es gibt allein von Dingen, die die Bürger immer wieder bemängeln, wie zum Beispiel Altglasbehälter, die einfach in der Nachbarschaft Lärm verursachen, auch von der Lärmbelastung, die in Schulen da ist, da hat Stadtrat Miedl ja auch schon angefangen, sich dieses Themas anzunehmen, da sind ja Dinge, die dann durchaus gesundheitsschädigend sein können. Auch so Sache, Schall, der sich einfach fortsetzt durch Bebauungsarten, ich denke nur an die Burgruine Gösting, wo man sich wundert, wie laut es soweit oben in der idyllischen Natur ist, das hat einfach sozusagen mit dem Schall, der sich fortpflanzt, zu tun. Es gibt viel zu tun, es würde mich freuen, wenn das wirklich eines der Hauptthemen unserer künftigen Arbeit würde. Danke (*Applaus ÖVP*).

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

GRin. Dr. **Sickl**: Es freut mich, dass ich so auf breite Unterstützung gestoßen bin mit meinem dringlichen Antrag. Was mir wichtig ist, ist einfach die Federführung des Bürgermeisters, dass da alle Abteilungen beziehungsweise auch der Umweltausschuss und alle Institutionen, die wichtig sind, mitarbeiten können, dass wir da zu einem guten Ergebnis kommen. Und besonders möchte ich noch einmal

hervorheben, dass man das mit Feinstaub kombinieren kann, dass Experten sagen, dass das sinnvoll ist, also nicht nur den Lärm, sondern auch ein Luftreinhaltmodell zu entwickeln und ich glaube, das ist eine gewisse Chance der Grazer...

*Zwischenruf Bgm.-Stv. Ferk: Das haben wir schon.*

Dr. **Sickl**: Nein, aber dass man das kombiniert mit diesem Kataster. Es gibt viele grundlegende Arbeiten, das habe ich in meinem Antrag so beschrieben, die man kombiniert und wie man sieht, in Deutschland ist man da einfach viel engagierter und das möchte ich eben auch, dieser Spirit möchte ich sagen, dass der auf Graz überschwappt und ich hoffe, mit dieser einstimmigen Bezeugung der Unterstützung, dass wir da mit gutem Schritt und gutem Beispiel vorangehen können. Danke.

*Der Antrag wurde einstimmig angenommen.*

## **8) Schutzzone Hauptplatz**

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Immer wieder kommt es am Hauptplatz zu Vorkommnissen, die in einem Polizeieinsatz enden. Von Belästigungen über verbale Beschimpfungen bis hin zu strafbaren Handlungen nach dem Strafgesetzbuch und nach dem Suchtmittelgesetz spannt sich der Bogen. Die objektive Sicherheit ist nicht mehr in ausreichendem Umfang gegeben, das subjektive Sicherheitsempfinden vieler Grazerinnen und Grazer ist empfindlich gestört. Zeitungsmeldungen wie 'Auf dem Hauptplatz regiert die Angst'

werden nicht unbegründet abgedruckt. Es besteht akuter Handlungsbedarf, weshalb auch von der Grazer Polizei angekündigt wurde, im Sommer verstärkte Polizeipräsenz zu zeigen.

Um den Polizeibeamten mehr Handlungsspielraum geben zu können, ist im Sicherheitspolizeigesetz die Einrichtung von Schutzzonen vorgesehen. Dadurch wird es den Organen des öffentlichen Sicherheitsdienstes ermöglicht, Personen, von denen anzunehmen ist, dass sie strafbare Handlungen nach dem Strafgesetzbuch, dem Verbotsgesetz oder nach dem Suchtmittelgesetz begehen können, aus der Schutzzone wegzuweisen.

In Innsbruck wurde im und um den Rapoldipark eine Schutzzone eingerichtet. Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz zeigten sich Innenminister Günther Platter und der Tiroler Landeshauptmann Herwig van Staa hochofrendlich über die durchwegs positive Bilanz. Auch in Wien wurde bereits eine Schutzzone am Karlsplatz eingerichtet.

Da der Grazer Hauptplatz eindeutig ein Ort ist, an dem die Voraussetzungen zur Einrichtung einer Schutzzone vorliegen, sollte man die Erfahrungen aus Wien und Innsbruck nutzen und ebenfalls von dieser Möglichkeit Gebrauch machen. Es geht um den Schutz der Grazer Kinder und Jugendlichen, es geht darum, die Sicherheit zu erhöhen und es geht auch darum, einen wichtigen Beitrag zur Suchtprävention zu leisten.

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Der Gemeinderat wolle im Sinne des obigen Motivberichtes beschließen, dass von der Stadt Graz an die Bundespolizeidirektion Graz mit dem Ersuchen herangetreten werde, dass auf dem Grazer Hauptplatz eine Schutzzone nach dem Sicherheitspolizeigesetz verordnet wird (*Applaus FPÖ*).

GR. **Eichberger** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich darf namens unserer Fraktion relativ kurz bringen, wir werden diesem Antrag weder die Dringlichkeit, von der Dringlichkeit her gesehen, noch vom Inhalt die Zustimmung erteilen. Nur einige Bemerkungen dazu, warum es zu dieser Entscheidung gekommen ist. Zum einen, und das ist heute schon hier angesprochen worden, ist vorige Woche oder vor zwei Wochen im Stadtsenat der Herr Stadtrat Miedl gebeten worden, in nächster Zeit ein Konzept vorzulegen, wo es darum geht, gemeinsam mit der Polizei und anderen Verantwortungsträgern zu schauen, gibt es in dieser Stadt noch weitere Brennpunkte, wo gegebenenfalls Maßnahmen, ob Alkoholverbot oder sonstige Maßnahmen in Bezug auf Setzung von bürgerfreundlichen Dingen einfach hier erforderlich sind und gesetzt werden müssen. Zum anderen ist es auch so, und hier sind wir auch schon einen sehr weiten Schritt gegangen, was die Frage der Installierung eines Ordnungsamtes hier in der Stadt Graz betrifft, heißt im Klartext, diese zukünftige Einrichtung ist dazu da, gegebenenfalls angefangen von Verunreinigungen auf öffentlichen Plätzen bis hin zu Ruhestörungen hier zu ahnden, zu verfolgen und gegebenenfalls, und das erscheint uns natürlich in diesem Zusammenhang unheimlich wichtig, auch präventiv hier tätig zu werden, heißt im Klartext, es gibt hier bereits sehr, sehr viele Ideen, sehr, sehr viele Umsetzungsschritte in diese Richtung, wobei ich sehr wohl anmerken möchte in dem Zusammenhang, werter Kollege Mag. Korschelt, dass wir selbstverständlich auch mit offenen Augen durch die Stadt gehen und natürlich auch sehr wohl melden und merken und hören, dass es hier natürlich schon Belästigungen, dass es hier schon einen gewissen Problembereich gibt und dass sich hier sowohl PassantInnen und auch Geschäftsleute hier da oder dort, wie gesagt, nicht wohlfühlen, um es so zu formulieren, aber wir sehen einfach einen anderen Weg, um hier Probleme eventuell anzugehen, Probleme zu lösen und wir halten nichts davon, dass man möglicherweise in der Stadt Graz in Zukunft soundsoviele Schutzzonen hat, punktuelle Maßnahmen mögen in deinem, in eurem Interesse sein, aber sind nicht in unserem Interesse und ich glaube auch, und das möchte ich schon auch zu guter Letzt im Zusammenhang mit deinem Antrag festhalten, wenn die Polizei überzeugt ist, dass der Hauptplatz hier ein solcher Brennpunkt ist, wo es erforderlich sei und wäre, eine Schutzzone einzurichten, dann bedarf sie nicht nur der Aufforderung des Grazer Gemeinderates, sondern könnte von sich aus natürlich diese Schutzzone jeden Tag und allenfalls selber natürlich installieren und könnte hier die

entsprechenden Schritte in diese Richtung setzen. In diesem Sinn, wie gesagt, ein klares Nein der SPÖ-Fraktion zu Dringlichkeit und zum Inhalt (*Applaus SPÖ*).

GR. Dr. **Piffi-Percevic**: Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Die Vorgänge, gerade auf den öffentlichen Plätzen in Graz sind für alle einsehbar, sie ist einerseits das Erscheinungsbild der Stadt für den Touristen, den Besucher, aber es ist auch ein Spiegelbild der Menschen, die hier in dieser Stadt leben. Und mit allem, sind wir aber mit Recht nicht einverstanden, wie sich manche „aufführen“. Der Rechtsstaat wurde heute bereits mit Recht angesprochen und der Herr Bürgermeister hat auch klar zum Ausdruck gebracht, wenn es rechtsstaatliche Missstände, Übergriffe, sie sind zumindest behauptet worden, gibt, dann ist hier mit allem gebotenen Einsatz auch dagegen vorzugehen. Es gibt aber auch, und gerade in so einem Zusammenhang, in Wirklichkeit ist das Thema angesprochen worden von der Grünen Fraktion, von der Kollegin Jahn, der Verhältnismäßigkeit und es gibt Situationen, wo dieses objektive Vorgehen sogar notwendig wäre. Das ist aber nur im äußersten Fall notwendig und genauso verhält es sich mit der Schutzzone. Die Schutzzone ist das äußerste Mittel, das wir derzeit in unseren Polizeigesetzen haben für die Bekämpfung von Missständen. Wir selbst haben uns in diesem Gemeinderat zuvor ja doch nach einem verschlungenen Weg zu einer Novelle des Landespolizeigesetzes, zu einer Petition geeinigt und das liegt mittlerweile auch vor. Wir haben die Möglichkeit nach diesem Landespolizeigesetz, das nach unserem Vorschlag novelliert wurde, zum Beispiel ein Alkoholverbot zu verhängen, der Herr Bürgermeister hat beim Beschluss im Stadtsenat Verordnung Alkoholverbot Mondscheingasse, es ist heute schon ausgeführt worden, auch angeregt, das ist im Protokoll des Stadtsenates zu lesen, dass geprüft wird, dass der Jakominiplatz, der Hauptplatz und der Bahnhof geprüft wird, ob die Voraussetzungen für ein Alkoholverbot vorliegen. Wir glauben, dass diese Prüfung abzuwarten ist und wir haben zusätzlich zum Alkoholmissbrauch auch eben noch das Wegweisungsrecht, das nach diesem Landespolizeigesetz vorgesehen ist als gelinderes Mittel, als verhältnismäßigeres Mittel, und ich hoffe nicht, dass wir eines Tages hier stehen und sagen, jetzt ist es soweit für eine Schutzzone, es ist Gott sei Dank nach unseren Einschätzungen noch nicht soweit, wir schauen, ob ein gelinderes rechtsstaatliches Mittel möglich ist und daher

begrüßen wir einerseits die Sorge, dass alles ordnungsgemäß vorgeht, aber dieser Einsatz dieser Mittel ist derzeit noch nicht zu rechtfertigen. In diesem Sinne lehnen wir diesen Antrag ab. Danke (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Rücker:** Es ist einmal angenehm, wenn ein Thema, das sonst immer für sehr viel Emotionen sorgt, einmal sehr sachlich diskutiert wird. Wir als Grüne sehen auch die Probleme, die bestehen in dieser Stadt, wir wollen sie auch nicht wegleugnen. Ich möchte kurz ein bisschen berichten, wie es zum Thema Rapoldipark in Innsbruck steht und auch Karlsplatz. Weil wir uns auch erkundigt haben, wie dort die Schutzzonen letztendlich in ihrer Wirkung sind. Rapoldipark in Innsbruck war ein Park, wo sich zunehmend ein sehr aggressiver, ein Drogenhandel entwickelt hat und dort hat man dann zur Schutzzone gegriffen mit dem Erfolg, mit dem durchaus gegebenen Erfolg, dass der Park inzwischen wieder genutzt wird von verschiedenen Bevölkerungsschichten und wieder frei ist von problematischen Personen, aber, und das ist ein ganz ein wichtiger Hinweis, mit einer ganz deutlich wahrnehmbaren Verlagerung hin zum Bahnhof, wo die nächste Diskussion stattfindet und mit einer Verlagerung des Drogenhandels in den Bereich der Jugendzentren und in den halbprivaten Bereich. Insbesondere mit den Jugendzentren wird dort als ganz problematisch erlebt, weil dort ganz viele Leute plötzlich Eingang finden, die vorher dort nicht waren. Am Karlsplatz hat die Polizei auch bei der Präsentation der Schutzzone in Innsbruck schon ganz klar gesagt, für sie hat es die Arbeit am Karlsplatz deutlich erschwert. Durch die Verstreuung der Personen, es ist nirgends weniger geworden, ist der Überblick über die Szene weggefallen und das ist für die Polizei am Karlsplatz kein Erfolg gewesen. Also nur noch einmal klar, dass diese Form offensichtlich nicht erfolgreich ist und erfolgversprechend ist und deswegen werden wir uns natürlich auch konstruktiv in Lösungsvorschläge einbringen, aber das kann es nicht sein, deswegen Dringlichkeit und Antrag abgelehnt von den Grünen. Danke.

Mag. **Korschelt**: Es tut mir natürlich leid, aber scheinbar ist es immer, einmal wird ein Antrag abgelehnt und der nächste wieder angenommen und dann wird er wieder abgelehnt, so nach dem System geht das vor sich dann, kalt, warm. Ja, es ist halt so, man hat halt wieder einmal, so wie halt jetzt früher bei der Stadtsenatsdiskussion schiebt man natürlich wieder ein Problem auf die lange Bank, verniedlicht es, die Kollegin von den Grünen verniedlicht natürlich das ganze Problem, ist klar, wenn sie sich das anschauen, was der Tiroler Landeshauptmann zu der Schutzzone sagt und was der Innenminister zu der Schutzzone sagt, dann ist das sehr wohl als sehr positiv zu sehen. Aber natürlich es ist klar, das ist Ihre Ideologie, wenn man natürlich bei den Hochschülerschaftswahlen zu bleiben, wenn man die Zeitschrift liest, was Ihr Spitzenkandidat verlangt, dann wundert mich natürlich nicht, dass Sie natürlich mit solchen Sachen keine Freude haben und mir war auch ganz klar, dass ich mir Ihrer Zustimmung nicht rechnen habe können, also das ist mir klar. Mir tut es natürlich leid bei den anderen Fraktionen. Es ist mir schon klar, wie du gesagt hast, ein relativ hartes, aber es ist ja so, es ist ja nichts Grausiges, sondern es ist ja nur einmal sozusagen die Möglichkeit, deswegen muss ich ja noch nicht unbedingt einmal mit der vollen Härte des Gesetzes vorgehen, aber ich habe schon einmal die Möglichkeit eben, dass ich eben, was ich sonst nicht habe, eben das Wegweiserecht, was ich ja sonst nicht habe, weil sonst kann mich ja niemand hindern, am Bahnhof zu stehen, mit einem Doppler dort zu stehen den ganzen Tag. Aber das würde mit einem Schlag, mit der Kombination der Schutzzone hätte man das alles mit einem Schlag beseitigt dann. Ich glaube, dass da wieder einmal am Pult versucht wird, an der Bevölkerung vorbeizuregieren, weil wenn man sich (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) mit den Geschäftsleuten, ob das jetzt der Herr Weikhard ist auf der einen Seite oder ob das die Billa-Filialeiterin auf der anderen ist oder ob das der Apotheker ist, wenn man hier mit den Betroffenen spricht, dann sehen die das nicht so, wir es hier zwei Klubobmänner der großen Fraktion da sehr verniedlicht gesagt haben, so die sehen das Problem sehr wohl und die sagen auch, dass was getan werden muss dann und dass das immer schlimmer wird. Dass ist ja nicht so, dass man sagt, wir haben uns auf ein Niveau eingependelt, sondern es wird immer schlimmer und schlimmer und dann natürlich die Argumentation, das ist mir schon klar, dass man sagen kann, wenn man irgendwo ein Verbot erlässt, dann verdrängt man das natürlich, aber damit könnte ich dann sagen, dann hänge ich auf und für was mache ich überhaupt ein Gesetz, dann brauche ich eh nichts verbieten, brauche



ich einen Mord auch nicht verbieten, weil wenn ich da den Mord verbiete, dann wird er wahrscheinlich dort geschehen. Also, das sind natürlich schon Argumentationen, die ein bisschen an den Haaren herbeigezogen sind. Mir tut es leid, dass wir wieder einmal eine Chance vergeben haben, wie gesagt, wir haben es gesehen zum Beispiel in der Mondscheingasse, im Prinzip ist das ja auch nichts anderes, auch die Mondscheingasse ist ja schon, im Prinzip haben wir fast schon eine Schutzzone, also wahrscheinlich werden wir in ein oder zwei Jahren wieder hier stehen und sagen, hätten wir es gemacht, dann hätten wir eine Möglichkeit gehabt, den Hauptplatz, und das ist ja immerhin, wie der Name sagt, ist es ja der Hauptplatz, es ist ja der Platz in der Stadt, der eigentlich die Visitenkarte von Graz sein sollte und dann hätte man oder sollte man unserer Meinung etwas tun. Danke.

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, aber kein Missverständnis. Wir haben unterschiedliche Möglichkeiten, die die Sie ansprechen ist eine Möglichkeit, die die Bundespolizeidirektion dann einsetzt, wenn sie es für notwendig und wichtig erachtet und wir wissen auch, dass die meisten Problemfälle am Grazer Hauptplatz leider Gottes durch Konsumieren von Alkohol und Drogen letztendlich dann auch entstehen und der Wirbel dort ist. Jetzt prüfen wir im Moment gerade, ob wir das Modell Mondscheingasse, das gerade erprobt wird, auch ausweiten können auf andere Plätze dieser Stadt, verdrängen werden wir es immer, da bin ich auch bei Ihnen, die Debatte kennen wir und deswegen ist das jetzt nicht quasi von unseren Fraktionen SPÖ und ÖVP, weil wir jetzt bei der Dringlichkeit nicht mitgehen, gleichzeitig, dass man sagt, man will da nichts tun. Es gibt nur unterschiedliche Maßnahmen, das eine wird gerade ausprobiert. Wie gesagt, da gibt es auch die Verhandlung, deswegen ist es nicht dringlich.

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.***

***Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***